

GLEICHHEIT



Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus



Ländercodes

BE	Belgien
DE	Deutschland
FR	Frankreich
HU	Ungarn
IT	Italien
LV	Lettland
RO	Rumänien
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Abkürzungen

CEJI	A Jewish Contribution to an Inclusive Europe
CIDI	Centrum Informatie en Documentatie Israel
CST	Community Security Trust
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EUMC	Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Vorgängerorganisation der FRA)
EU-MIDIS	Erhebung der FRA zu Minderheiten und Diskriminierung
ILGA-Europe	Internationale Lesben- und Schwulen-Organisation – Europa
ODIHR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
TEU	Vertrag über die Europäischen Union
TFEU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Dieser Bericht befasst sich insbesondere mit Themen im Zusammenhang mit der Würde des Menschen (Artikel 1), der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 10), dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung, einschließlich aus Gründen der Religion oder des Glaubens (Artikel 21), und dem Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (Artikel 47) in Kapitel I „Würde des Menschen“, Kapitel II „Freiheiten“, Kapitel III „Gleichheit“ und Kapitel VI „Justizielle Rechte“ der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Die FRA deckt mehrere Titel der EU-Charta der Grundrechte ab, die durch folgenden Farbcode erkennbar sind:

	Würde des Menschen
	Freiheit
	Gleichheit
	Solidarität
	Bürgerrechte
	Justizielle Rechte

**Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden.**

Gebührenfreie Telefonnummer (*):00 800 6 7 8 9 10 11

(* Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren
(außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Umschlagfoto und Innenseiten: © Shutterstock und CC Creative Commons

Umschlag (von links oben nach rechts unten): Shutterstock (1, 3, 4, 6, 7, 8, 9 und 10) und CC Creative Commons (2 und 5)

Innenseiten: Shutterstock (S. 11, 15, 29, 41, 53 und 59) und CC Creative Commons (S. 11, 41 und 53)

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa
(<http://europa.eu>).

FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
Schwarzenbergplatz 11 – 1040 Wien – Österreich
Tel.: +43 158030-0 – Fax: +43 158030-699
E-Mail: info@fra.europa.eu – fra.europa.eu

Zahlreiche Informationen über die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte finden Sie im Internet.
Die Informationen können über die FRA-Website (fra.europa.eu) abgerufen werden.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

ISBN 978-92-9239-467-7
doi:10.2811/70364

© Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2013
Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Italy

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER





Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus

Vorwort

Antisemitismus ist eines der erschreckendsten Beispiele für das hartnäckige Fortbestehen von Vorurteilen über Jahrhunderte hinweg. Er beraubt die jüdische Bevölkerung der Möglichkeit, ihre gesetzlich garantierten Rechte auf Menschenwürde, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie Nichtdiskriminierung wahrzunehmen. Obwohl die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten alles in ihrer Macht Stehende tun, sind viele Juden überall in der EU Beleidigungen, Diskriminierung, Belästigung und körperlicher Gewalt ausgesetzt, sodass sie nicht offen als Juden leben können. Ungeachtet dessen sind kaum Informationen über Ausmaß und Art des Antisemitismus verfügbar, mit dem sich jüdische Menschen heute in der EU konfrontiert sehen – sei es am Arbeitsplatz, an öffentlichen Orten, in der Schule oder in den Medien. Diese Daten sind jedoch für politische Entscheidungsträger unverzichtbar, um wirksame Lösungen zu erarbeiten und dieser Form der Diskriminierung ein Ende zu setzen.

Über die verfügbaren offiziellen und nicht offiziellen Daten über antisemitische Vorfälle berichtete die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) in ihrem Jahresbericht über Grundrechte: Herausforderungen und Erfolge sowie in einem gesonderten jährlichen Arbeitspapier mit dem Titel Antisemitismus: Summary overview of the situation in the EU [Antisemitismus: zusammenfassender Überblick über die Situation in der EU], in dem anhand der verfügbaren Daten die Entwicklungen der letzten zehn Jahre nachvollzogen werden. Diese Berichte, die einen langfristigen Überblick über die Entwicklungen im Bereich antisemitischer Vorfälle bieten, sind Teil der Arbeiten der FRA zur Hasskriminalität, in denen die Erfahrungen unterschiedlicher Gruppen wie beispielsweise von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT), von Einwanderern und ethnischen Minderheiten sowie von Menschen mit Behinderungen beleuchtet werden.

Anhand der verfügbaren Daten können jedoch viele der Fragen nicht beantwortet werden, die für politische Entscheidungsträger, die sich um die Intensivierung der Maßnahmen zur Bekämpfung antisemitischer Übergriffe bemühen, von beträchtlichem Interesse sind. Wirksame Lösungen setzen Informationen darüber voraus, welcher Art die antisemitischen Vorfälle sind, in welchem Kontext sie stattfinden, aus welchen Gründen viele Vorfälle niemals gemeldet werden und ihre Zahl in offiziellen Statistiken tatsächlich deutlich zu niedrig angegeben ist, und wie viele Menschen Opfer solcher Übergriffe werden. Darüber hinaus sind in vielen EU-Mitgliedstaaten nicht einmal elementarste offizielle Statistiken über antisemitische Vorfälle verfügbar.

Um diese Informationslücke zu schließen und die Erarbeitung wirksamer Lösungen zu unterstützen, hat die FRA erstmals eine Erhebung durchgeführt, in deren Rahmen in einer Reihe von Mitgliedstaaten vergleichbare Daten über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus, Hasskriminalität und Diskriminierung zusammengetragen wurden. An dieser Erhebung, die in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und dem Vereinigten Königreich durchgeführt wurde, nahmen 5 847 Personen teil, die sich selbst als jüdisch betrachteten. Die Erhebung wurde auch in Rumänien durchgeführt, aufgrund der geringen Teilnehmerzahl werden die Ergebnisse für dieses Land jedoch gesondert in Anhang 2 dieses Berichts vorgelegt. Des Weiteren liefert die Erhebung Daten über Erfahrungen mit antisemitischen Übergriffen gegen die jüdische Gemeinde, wie beispielsweise mit gegen jüdische Stätten gerichtetem Vandalismus, antisemitischer Berichterstattung in den Medien oder antisemitischen Kommentaren im Internet.

Die in diesem Bericht vorgestellten Meinungen basieren auf den erhobenen und analysierten Evidenzdaten und bieten politischen Entscheidungsträgern der Mitgliedstaaten und der Organe und Einrichtungen der EU Anhaltspunkte für die Erarbeitung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus unter Berücksichtigung und Weiterführung der vorhandenen politischen Strategien und Rechtsvorschriften der EU.

Die FRA spricht all jenen ihren Dank aus, die sich die Zeit genommen haben, den Fragebogen auszufüllen und ihre persönlichen Erfahrungen mitzuteilen, und damit einen Beitrag zum Aufbau einer besseren Basis von Evidenzdaten über die Herausforderungen geleistet haben, mit denen die jüdische Bevölkerung bei der Wahrnehmung ihrer Grundrechte konfrontiert ist.

Morten Kjaerum
Director

Inhalt

VORWORT.....	3
WARUM WAR DIESE ERHEBUNG NOTWENDIG?.....	7
STELLUNGNAHMEN DER FRA UND ZENTRALE ERKENNTNISSE	11
1 ERSCHEINUNGSFORMEN DES ANTISEMITISMUS	15
1.1. Wahrnehmung des Ausmaßes des Antisemitismus	15
1.2. Gegen die jüdische Gemeinde gerichtete antisemitische Übergriffe	18
1.3. Prävalenz und Kontext negativer Aussagen über Juden	22
2 SICHERHEITSEMPFINDEN.....	31
2.1. Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen	31
2.2. Furcht vor Viktimisierung durch Hasskriminalität	34
2.3. Reaktionen auf Sicherheitsbedenken: ergriffene oder in Erwägung gezogene Maßnahmen	38
2.4. Auswirkungen von Ereignissen im Nahen Osten auf antisemitische Vorfälle	41
3 GEGEN JUDEN GERICHTETE GEWALT: ERFAHRUNGEN MIT BELÄSTIGUNG, VANDALISMUS UND KÖRPERLICHER GEWALT	43
3.1. Körperliche Gewalt und Androhung körperlicher Gewalt	44
3.2. Belästigung	45
3.3. Mutwillige Beschädigung persönlichen Eigentums	49
3.4. Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der Täter	49
3.5. Meldung antisemitisch motivierter Vorfälle	51
4 DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNGEN	57
4.1. Diskriminierungserfahrungen im Allgemeinen.....	57
4.2. Kontext der Vorfälle von Diskriminierung	59
4.3. Erwartungen hinsichtlich der Gleichbehandlung.....	60
4.4. Meldung von Diskriminierung	62
5 KENNTNIS DER EIGENEN RECHTES.....	65
5.1. Kenntnis von Schutzmaßnahmen gegen Diskriminierung.....	65
5.2. Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.....	67
5.3. Schutz traditioneller religiöser Riten	69
SCHLUSSFOLGERUNGEN	71
BIBLIOGRAFIE	73
ANHANG 1: ERHEBUNGSMETHODIK	75
ANHANG 2: ERHEBUNG IN RUMÄNIEN	82

Warum war diese Erhebung notwendig?

Die FRA berichtet jährlich auf der Grundlage der vorhandenen offiziellen und nicht offiziellen Daten und Informationen über Antisemitismus in der EU¹. Obgleich nur in begrenztem Maße Daten verfügbar sind, zeigen diese Berichte, dass Antisemitismus in vielen EU-Mitgliedstaaten nach wie vor Realität ist und in Form von antisemitisch motivierten Beleidigungen, Drohungen und Angriffen sowie gegen jüdische Einrichtungen gerichtetem Vandalismus zum Ausdruck kommt. Dieser Antisemitismus hindert die Betroffenen daran, offen ein Leben als Juden zu führen, frei von Furcht um ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden. Er hat somit tief greifende Auswirkungen auf die Grundrechte dieser Menschen, ungeachtet der auf Ebene der Vereinten Nationen, des Europarats und der EU geltenden Rechtsinstrumente zum Schutz vor Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus².

Das Fehlen belastbarer und vergleichbarer Daten über die Situation des Antisemitismus in der EU führt jedoch dazu, dass sich EU-weit politische Akteure in ihren Entscheidungen häufig lediglich auf lückenhafte Evidenzdaten stützen können und somit nur begrenzt in der Lage sind, effektiv gegen Antisemitismus vorzugehen. Die Forschungsarbeiten der FRA belegen beispielsweise, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts nur 13 der 28 EU-Mitgliedstaaten offizielle Daten über antisemitische Vorfälle erhoben, die polizeilich gemeldet oder strafrechtlich verfolgt wurden³. Von diesen Ländern verfügten lediglich Finnland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich über umfassende Datenerhebungsmechanismen für die Erhebung, Erfassung und Veröffentlichung von Daten über die Merkmale der Opfer, Täter und Vorfälle⁴.

Darüber hinaus zeigen frühere Forschungsarbeiten der FRA zur kriminellen Viktimisierung von Minderheiten, dass nur ein geringer Teil der Opfer, die Hasskriminalität und in diskriminierender Absicht begangene Straftaten erlitten haben⁵, diese Straftaten einer Organisation meldet und auch viele Diskriminierungsoffer

nicht über ihre Erfahrungen berichten⁶. Werden Diskriminierung und Hassdelikte nicht angezeigt, werden sie nicht verfolgt und bleiben unsichtbar⁷.

Mit dieser Erhebung werden einige der oben genannten Lücken in Angriff genommen. Die Ergebnisse bieten vergleichbare Daten über die Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung der EU über Ausmaß und Art des Antisemitismus, ob er nun in Hassdelikten, Hassreden und Diskriminierung zum Ausdruck kommt oder in jeder anderen Form, welche das Sicherheitsempfinden jüdischer Bürger untergräbt.

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Erhebung der FRA über die Erfahrungen und Wahrnehmungen von Personen, die sich selbst als jüdisch betrachten, im Zusammenhang mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus in acht EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – vorgestellt⁸. Es werden die persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der 5 847 jüdischen Befragten hinsichtlich Ausmaß und Art verschiedener Vorfälle aus ihrem täglichen Leben beschrieben, einschließlich Vorfällen von Hasskriminalität und Diskriminierung, die nach Auffassung der Befragten auf die Tatsache zurückzuführen waren, dass sie Juden sind, sowie verschiedener anderer Erscheinungsformen des Antisemitismus.

Die Erhebung wurde online in acht EU-Mitgliedstaaten durchgeführt, in denen schätzungsweise mehr als 90 % der jüdischen Bevölkerung der EU leben⁹. In Ermangelung eines anderen verlässlichen Stichprobenrahmens entschied sich die FRA für eine Online-Erhebung, da diese es den Befragten gestattet, den Fragebogen in ihrem individuellen Tempo auszufüllen und sich zugleich über die FRA, die für die Datenerhebung zuständigen Organisationen und die geplante Verwendung der erhobenen Daten zu informieren. Dieses Verfahren bot allen interessierten Personen in den erfassten EU-Mitgliedstaaten, die sich selbst als Juden betrachten, die Möglichkeit, an der Erhebung teilzunehmen und über ihre Erfahrungen zu berichten. Darüber hinaus stellte es die einfachste Option dar, die Erhebungsteilnehmer in

1 Siehe beispielsweise FRA (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) (2012a).

2 Diese Rechtsinstrumente werden im vorliegenden Bericht nicht vorgestellt – einschlägige Informationen sind jedoch anderen Berichten der FRA zu entnehmen. Siehe beispielsweise FRA (2012b); FRA, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und Europarat (2011).

3 FRA (2013a), S. 186.

4 FRA (2012b).

5 Artikel 22 der Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI, ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 57.

6 FRA (2013b); FRA (2012c); FRA (2010a); FRA (2010b); FRA (2009a); FRA (2009b); FRA (2009c).

7 FRA (2012b).

8 Neben diesen acht EU-Mitgliedstaaten führte die FRA ihre Erhebung auch in Rumänien durch. Aufgrund der geringen rumänischen Stichprobengröße (67 Befragte) werden die Ergebnisse dieses Landes nicht gemeinsam mit denen der übrigen acht Mitgliedstaaten im Hauptteil des Berichts vorgestellt. Stattdessen ist Anhang 2 ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse aus Rumänien zu entnehmen.

9 DellaPergola, S. (2010).

allen ausgewählten EU-Mitgliedstaaten unter identischen Bedingungen zu befragen. Andererseits kann mit diesem Verfahren jedoch keine Zufallsstichprobe gezogen werden, welche die statistischen Kriterien für die Repräsentativität einer Erhebung erfüllt.

Die in diesem Bericht vorgenommene Untersuchung der gelebten Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung in der EU mit Antisemitismus und Diskriminierung bringt belastbare und vergleichbare Daten hervor, die es den Organen und Einrichtungen und den Mitgliedstaaten der EU sowie Organisationen der Zivilgesellschaft erleichtern, gezielte und wirksame rechtliche

und politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus zu erarbeiten.

Die von der Erhebung abgedeckten Themenbereiche wurden in enger Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessengruppen ausgewählt (siehe Anhang 1). Das Spektrum der einbezogenen Interessengruppen reichte von politischen Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene bis hin zu Vertretern von Organisationen der jüdischen Gemeinde und umfasste auch führende Fachleute und Wissenschaftler, die sich mit Studien über die jüdische Bevölkerung, Antisemitismusforschung und wissenschaftlichen Erhebungen befassen.



KURZER ÜBERBLICK ÜBER DIE ERHEBUNG

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Erhebung der FRA über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus vorgestellt, die auf den in acht EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – erhobenen Antworten von 5 847 Befragten (im Alter von mindestens 16 Jahren) basieren, die sich selbst als jüdisch betrachteten. Die Erhebung wurde im September und Oktober 2012 online durchgeführt.

Wer waren die Erhebungsteilnehmer?

An der Erhebung konnten Personen im Alter von mindestens 16 Jahren teilnehmen, die sich selbst (aufgrund ihrer Religion, Kultur, Erziehung, Ethnizität oder Abstammung oder aus anderen Gründen) als Juden betrachteten und zum Zeitpunkt der Erhebung in einem der Erhebungsländer lebten. Die größten Stichproben wurden in den beiden Ländern gezogen, in denen Schätzungen zufolge die EU-weit größten jüdischen Bevölkerungsgruppen leben, d. h. in Frankreich (1 192 Befragte) und im Vereinigten Königreich (1 468 Befragte). Darüber hinaus wurden in fünf weiteren EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Ungarn, Italien und Schweden – jeweils 400 bis 800 Teilnehmer befragt, während die Stichprobe in Lettland 154 Personen umfasste.

Neben den acht oben genannten EU-Mitgliedstaaten führte die FRA ihre Erhebung auch in Rumänien durch, wo nur 67 Personen an der Befragung teilnahmen. Aufgrund dieser geringen Stichprobengröße werden die Ergebnisse dieses Landes nicht gemeinsam mit denen der übrigen acht Mitgliedstaaten im Hauptteil des Berichts vorgestellt. Stattdessen ist Anhang 2 ein Überblick über die Ergebnisse aus Rumänien zu entnehmen.

Welche Fragen wurden im Rahmen der Erhebung gestellt?

Es handelt sich hier um die erste EU-weite Erhebung zur Gewinnung vergleichbarer Daten über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung mit hassmotivierten Straftaten, Diskriminierung und Antisemitismus. Im Einzelnen wurden die Teilnehmer zu ihren Ansichten über die Zu- oder Abnahme des Antisemitismus im Zeitverlauf sowie über den Antisemitismus als ein Problem des täglichen Lebens, zu ihren persönlichen Erfahrungen als Opfer oder Zeugen antisemitischer Vorfälle sowie dazu befragt, inwieweit sie befürchten, Opfer eines antisemitischen Angriffs zu werden (persönliche Sicherheit sowie Sicherheit von Kindern, anderen Familienangehörigen und Freunden). Des Weiteren liefert die Erhebung Daten über das Ausmaß, in dem die Befragten antisemitische Übergriffe gegen die jüdische Gemeinde, wie beispielsweise gegen jüdische Stätten gerichteten Vandalismus, antisemitische Berichterstattung in den Medien oder antisemitische Kommentare im Internet, in ihrem Land als Problem empfinden.

Im Rahmen der Erhebung wurden Daten über die Auswirkungen des Antisemitismus auf das Alltagsverhalten der Befragten, ihr Sicherheitsempfinden und etwaige Maßnahmen erhoben, die aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus ergriffen werden. Im Anschluss an die Fragen zu persönlichen Erfahrungen mit bestimmten Formen von Belästigung, Vandalismus oder körperlicher Gewalt wurden nachfassende Fragen zu den Einzelheiten dieser Vorkommnisse gestellt, darunter zu deren Häufigkeit, zu Zahl und Merkmalen der Täter, zur Meldung der Vorfälle bei Organisationen oder Einrichtungen sowie zu etwaigen sonstigen Maßnahmen, die infolge der Vorkommnisse ergriffen wurden. Im Rahmen der Erhebung wurden Daten über persönliche Erfahrungen mit der Diskriminierung von Juden aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens erhoben, wie beispielsweise am Arbeitsplatz, in der Schule oder bei der Inanspruchnahme bestimmter Dienstleistungen. Im Anschluss an die Fragen zum Ausmaß der Diskriminierung wurden nachfassende Fragen zur Meldung der Vorkommnisse und zu den Gründen für eine etwaige Nichtmeldung gestellt. Des Weiteren wurden Fragen zum Bewusstsein für die eigenen Rechte im Hinblick auf die Antidiskriminierungsgesetzgebung sowie Einrichtungen der Opferhilfe und zur Kenntnis etwaiger Rechtsvorschriften über die Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust gestellt.

Weitere Einzelheiten zu den gestellten Fragen werden jeweils zu Beginn der einzelnen Kapitel genannt. Unter den Tabellen und Abbildungen, in denen Erhebungsergebnisse dargestellt werden, wird jeweils der exakte Wortlaut der Frage wiedergegeben, wie sie im Fragebogen gestellt wurde.

Darstellung der Ergebnisse

Viele der im Berichtstext erörterten Ergebnisse werden auch in den Tabellen und Grafiken dargestellt; einige Ergebnisse finden jedoch lediglich im Text Erwähnung. In einigen Fällen wird im Text auf Ergebnisse verwiesen, die eine Kombination aus zwei oder mehreren der in den Tabellen und Abbildungen einzeln ausgewiesenen Antwortoptionen darstellen (so wurde beispielsweise der prozentuale Anteil der Befragten, die erklärten, dass Antisemitismus in ihrem Wohnsitzland ein Problem darstellt, durch die Kombination der Antwortoptionen „ein sehr großes Problem“ und „ein ziemlich großes Problem“ ermittelt). In diesen Fällen können normale Rundungsfehler zu einer geringfügigen Differenz von +/- 1 Prozentpunkt zwischen dem im Text genannten Betrag (beispielsweise für den Anteil der Befragten, die erklärten, Antisemitismus stelle ein Problem dar) und der Summe aus den in den Tabellen und Grafiken für die einzelnen Antwortoptionen angegebenen Ergebnissen (d. h. der Summe aus dem Anteil der Befragten, die erklärten, Antisemitismus sei „ein sehr großes Problem“, und dem Anteil der Befragten, die erklärten, Antisemitismus sei „ein ziemlich großes Problem“) führen.

Im Bericht angeführte Zitate

Am Ende des Fragebogens wurden die Befragten aufgefordert, schriftlich etwaige weitere Informationen über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit Antisemitismus oder über sonstige Themen festzuhalten, die ihrer Auffassung nach in der Erhebung hätten angesprochen werden sollen. Eine kleine Auswahl aus den mehr als 2 000 individuellen Antworten auf diese offene Frage wird in diesem Bericht vorgestellt. Die aus der Ausgangssprache übersetzten Zitate werden möglichst originalgetreu wiedergegeben; lediglich Grammatik- oder Übersetzungsfehler wurden berichtigt.

Die Antworten betrafen ein breites Spektrum von Themen und Problemstellungen, die teilweise über den Erfassungsbereich der Erhebung hinausgehen. Die mannigfaltigen Antworten auf die offene Frage wurden zur Veranschaulichung der Erhebungsergebnisse herangezogen, um bestimmte Auffassungen und alternative Standpunkte der Befragten deutlich zu machen. Das Hauptkriterium für die Auswahl der Zitate für diesen Bericht war deren Relevanz für die in der Erhebung abgedeckten Themenbereiche.



Stellungnahmen der FRA und zentrale Erkenntnisse



Anhand der Erhebungsergebnisse und der vorangegangenen Arbeiten der FRA wurde folgende Stellungnahme formuliert, um die politischen Entscheidungsträger der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung und Umsetzung legislativer und nicht legislativer Maßnahmen zur Wahrung und zum Schutz der Grundrechte der jüdischen Bevölkerung zu unterstützen. Größtenteils werden hier die Stellungnahmen der FRA aus früheren FRA-Berichten über Diskriminierung und Hassdelikte bekräftigt und unterstrichen. Dies gilt insbesondere für die im FRA-Bericht *Hasskriminalität in der Europäischen Union sichtbar machen: die Rechte der Opfer anerkennen* aus dem Jahr 2012 vorgelegte Stellungnahme.¹⁰

Auf EU- und nationaler Ebene Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus verstärken

In den acht erfassten EU-Mitgliedstaaten sind zwei Drittel der Erhebungsteilnehmer (66 %) der Auffassung, dass Antisemitismus ein Problem darstellt, wobei durchschnittlich drei Viertel der Befragten (76 %) glauben, dass sich die Lage zugespitzt und der Antisemitismus in ihrem Wohnsitzland in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Fast die Hälfte der Befragten (46 %) macht sich Sorgen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum in den zwölf Monaten nach der Erhebung an einem öffentlichen Ort Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, während ein Drittel (33 %) der Befragten befürchtet, aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum in seinem Wohnsitzland körperlich angegriffen zu werden. Des Weiteren sind 66 % der Eltern oder Großeltern von Kindern im Schulalter besorgt, dass die Kinder in der Schule oder auf dem Weg dorthin Opfer antisemitisch

motivierter verbaler Beleidigung oder Belästigung werden könnten, und 52 % haben Angst, dass die Kinder in der Schule oder auf dem Weg dorthin aus antisemitischen Beweggründen körperlich angegriffen werden könnten. In den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung hat über die Hälfte aller Befragten (57 %) gehört oder gelesen, dass jemand behauptet hat, der Holocaust sei ein Mythos oder werde übertrieben dargestellt.

Stellungnahme der FRA

Um zu gewährleisten, dass Diskriminierung und Hasskriminalität systematisch und koordiniert bekämpft werden, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in einer Reihe relevanter Bereiche in die einschlägigen nationalen Strategien und Aktionspläne einbezogen werden, darunter auch in die Strategien und Aktionspläne für Menschenrechte, Gleichstellung, Prävention von Straftaten und Gewalt sowie in die auf lokaler Ebene konzipierten Strategien und Pläne.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die wirksame Umsetzung von Artikel 1 Buchstabe c des Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2008/913/JI) gewährleisten, kraft dessen die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das vorsätzliche öffentliche Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen unter Strafe gestellt werden.

Politiker und Meinungsbildner sollten antisemitische Äußerungen unterlassen und derartige Aussagen, die in öffentlichen Diskussionen von anderen getätigt werden, unmissverständlich zurückweisen und verurteilen.

¹⁰ FRA (2012b).

Sie sollten des Weiteren dafür Sorge tragen, dass die jüdische Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einbezogen wird und ihre Ansichten Gehör und Berücksichtigung finden, wenn für sie relevante Themen erörtert werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten untersuchen, inwieweit und auf welche Art der Holocaust in den Lehrplänen für Menschenrechtsbildung und im Geschichtsunterricht behandelt wird.

Ferner sollten sie die Wirksamkeit der Aufklärung über den Holocaust evaluieren, wobei verschiedene Kompetenzen, einschließlich Sozial-, Bürger- und Kulturkompetenzen, zu berücksichtigen sind. Des Weiteren sollten die EU-Mitgliedstaaten untersuchen, inwiefern der europäische Bezugsrahmen zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG) sowohl in die schulischen Lehrpläne als auch in die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte integriert wurde.

Die jüdische Bevölkerung vor Diskriminierung schützen

Etwa ein Viertel der Befragten (23 %) erklärte, sich in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung aufgrund seiner Religion oder seines ethnischen Hintergrunds diskriminiert gefühlt zu haben. Die Befragten, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert wurden, erklärten in allen acht EU-Mitgliedstaaten am häufigsten, am Arbeitsplatz (11 % der Befragten, die in diesem Zeitraum erwerbstätig waren), bei der Arbeitsuche (10 % der Befragten, die in diesem Zeitraum auf Arbeitsuche waren) oder durch Mitarbeiter des Bildungssystems (8 % der Befragten, die in diesem Zeitraum in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren oder deren Kinder eine entsprechende Einrichtung besuchten, fühlten sich von dem in diesem Bereich tätigen Personal diskriminiert) diskriminiert worden zu sein. Mehr als drei Viertel (82 %) der Befragten, die sich in diesem Zeitraum als Juden diskriminiert fühlten, haben den schwerwiegendsten Vorfall, der die größten Auswirkungen auf sie hatte, bei keiner Behörde oder Organisation gemeldet.

Stellungnahme der FRA

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Zusammenarbeit zwischen Gleichbehandlungsstellen und Organisationen der jüdischen Gemeinde fördern, um zu gewährleisten, dass jüdische Bürger, die Opfer von Diskriminierung werden, über ihre Rechte und die verfügbaren Beschwerdeverfahren aufgeklärt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Zusammenarbeit zwischen Gleichbehandlungsstellen und Organisationen der jüdischen Gemeinde fördern, um zu gewährleisten, dass jüdische Bürger, die Opfer von Diskriminierung werden, über ihre Rechte und die verfügbaren Beschwerdeverfahren aufgeklärt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sind gehalten, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in ihren Bemühungen um die Festlegung von Strategien für Vielfalt und Nichtdiskriminierung zu unterstützen. Diese Strategien sollten auch Maßnahmen umfassen, die darauf abzielen, den Bedürfnissen jüdischer Mitarbeiter am Arbeitsplatz besser Rechnung zu tragen, wie beispielsweise (sofern möglich) durch flexible Arbeitszeitvereinbarungen in Bezug auf Feiertage.

Die EU-Mitgliedstaaten sind gehalten, systematisch und wirksam Daten darüber zu erheben, wie die jüdische Bevölkerung ihre Grundrechte im Alltag wahrnimmt.

Antisemitismus im Internet bekämpfen

Antisemitismus im Internet – darunter beispielsweise auch antisemitische Kommentare in Diskussionsforen oder sozialen Netzwerken – stellt für die Mehrheit der Befragten ein großes Problem dar. Insgesamt betrachten 75 % der Befragten Antisemitismus im Internet als ein Problem, wobei 73 % der Befragten der Auffassung sind, dass diese Form des Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat.

Stellungnahme der FRA

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten wirksame Verfahren ermitteln, um der zunehmenden Besorgnis über Antisemitismus im Internet Rechnung zu tragen. Dies gilt umso mehr, als Antisemitismus im Internet seinem Wesen nach ein grenzübergreifendes Problem darstellt, das nicht durch die Grenzen einzelner Mitgliedstaaten beschränkt ist und somit gemeinsam in Angriff genommen werden muss.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen in Erwägung ziehen, um die Rechtsgrundlage für die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität und antisemitisch motivierten Straftaten im Internet zu verstärken. In diesem Zusammenhang sollte das Zusatzprotokoll des Europarates zum Übereinkommen von Budapest über Computerkriminalität ratifiziert und Artikel 9 des Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt werden, nach dem die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre gerichtliche Zuständigkeit in Bezug auf bestimmte Formen der Computerkriminalität zu begründen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten in Erwägung ziehen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Einklang mit diesen Rechtsinstrumenten in ihrem Strafrecht als Straftat zu umschreiben. Zugleich sollten sie ihre Strafjustizbehörden mit den erforderlichen verfahrensrechtlichen Befugnissen für

die Untersuchung und Verfolgung solcher Straftaten ausstatten. Sie sollten ferner, wie im Übereinkommen über Computerkriminalität vorgesehen, in ihren Bemühungen um die Bekämpfung solcher Straftaten auf internationaler Ebene zusammenarbeiten.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Errichtung polizeilicher Fachdienststellen in Erwägung ziehen, die Hasskriminalität im Internet überwachen und entsprechende Ermittlungen aufnehmen. Zudem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Internetnutzer zu ermutigen, antisemitische Inhalte bei der Polizei zu melden.

Das Internet spielt als Kommunikationsmittel für viele Europäer eine immer wichtigere Rolle, doch bietet es eine Anonymität, die so manchen Nutzer unter Umständen dazu verleitet, beleidigendes oder leichtfertig erstelltes Material online zu veröffentlichen. Mit Unterstützung der EU sollten die EU-Mitgliedstaaten Lehrmittel und Bildungsmaterial zur Vermittlung bewährter Vorgehensweisen für Veröffentlichungen im Internet entwickeln und sie in die Lehrpläne des muttersprachlichen Unterrichts integrieren.

Die Bedürfnisse jüdischer Opfer von Hassdelikten berücksichtigen

Ein Viertel der Befragten (26 %) wurde in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer antisemitischer Belästigung. Unter diesem Begriff waren in der Erhebung unterschiedliche Formen der Beleidigung und Bedrohung erfasst, wie beispielsweise antisemitische schriftliche Botschaften, Telefonanrufe, Verfolgung sowie gegenüber den Betroffenen persönlich oder im Internet getätigte beleidigende antisemitische Äußerungen. Insgesamt wurden 4 % der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer von körperlicher Gewalt oder deren Androhung. Im Durchschnitt erklärten 3 % der Befragten, in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung sei aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum ihr persönliches Eigentum mutwillig beschädigt worden. Die Mehrheit der Befragten, die in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer von antisemitisch motivierten Vorfällen von Belästigung (76 %), körperlicher Gewalt oder deren Androhung (64 %) oder mutwilliger Beschädigung persönlichen Eigentums (53 %) wurden, hat den schwerwiegendsten Vorfall, der die größten Auswirkungen auf sie hatte, weder bei der Polizei noch bei einer Organisation gemeldet.

Stellungnahme der FRA

Die Opfer von Straftaten haben gemäß Artikel 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union das Recht auf Zugang zur Justiz. Dieses Recht sollte nicht nur in der Theorie existieren, sondern auch in der Praxis wirksam sein. Angesichts des hohen Anteils der Opfer von Straftaten, welche die Vorfälle nicht behördlich melden, sollten verstärkt Bemühungen unternommen werden, um Mittel und Wege zu finden, die Opfer zu ermutigen und es ihnen zu erleichtern, bei der Polizei Anzeige zu erstatten.

Im Zuge der Umsetzung der Richtlinie über Opferrechte (Richtlinie 2012/29/EU) sollten die EU-Mitgliedstaaten besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Opfer antisemitisch motivierter Hassdelikte legen und dabei auch eine individuelle Begutachtung der Opfer zur Ermittlung besonderer Schutzbedürfnisse vornehmen (Artikel 22).

Sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten, einschließlich der lokalen Behörden, sollten konkrete Sensibilisierungsmaßnahmen erarbeiten oder diese verstärken, um jüdische Bürger bei einem wirksamen und einfachen Zugang zu den Mechanismen und Verfahren für die Meldung von Hassdelikten und Diskriminierung zu unterstützen.

Die Täter antisemitisch motivierter Hassdelikte strafrechtlich verfolgen

Im Rahmen der Erhebung wurden den Teilnehmern, die Opfer antisemitisch motivierter Gewalt, deren Androhung oder Belästigung geworden waren, nachfassende Fragen zu den Tätern des jeweils schwerwiegendsten Vorfalles gestellt. Von den Befragten, bei deren schwerwiegendstem Vorfall körperliche Gewalt oder deren Androhung eine Rolle gespielt hat, gab etwas mehr als ein Drittel an, es sei nur ein Täter an dem Vorfall beteiligt gewesen (35 %). An zwei von fünf Vorfällen (40 %) waren zwei oder drei Täter beteiligt, während an jedem fünften Vorfall (20 %) vier oder mehr Täter beteiligt waren. Ferner wurden die Befragten um eine Beschreibung der Täter gebeten, wobei für jede Art von Straftat eine Liste von 16 möglichen Antwortoptionen angeboten wurde. Im Hinblick auf den schwerwiegendsten Vorfall antisemitischer Belästigung aus den letzten fünf Jahren nannten beispielsweise 27 % der Befragten jemanden mit extremistisch muslimischer Orientierung, 22 % jemanden mit linksgerichteter politischer Orientierung und 19 % jemanden mit rechtsgerichteter politischer Orientierung als Täter.

Stellungnahme der FRA

Die EU-Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Beweggründe antisemitisch motivierter Straftaten von den Strafverfolgungsbehörden angemessen dokumentiert und im Verlauf des Verfahrens, sprich von den anfänglichen Ermittlungen der Polizei bis zur Gerichtsverhandlung, berücksichtigt werden.

Wie in der von der FRA in ihrem Bericht Hasskriminalität in der Europäischen Union sichtbar machen: die Rechte der Opfer anerkennen (2012) vorgelegten Stellungnahme betont wird, sollten die Gesetzgeber Modelle zur Einführung schärferer Sanktionen für Hassdelikte prüfen, um die besondere Schwere dieser Straftatbestände hervorzuheben. Dies würde darüber hinausgehen, vorurteilsgeleitete Beweggründe als erschwerenden Umstand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen – ein solcher Ansatz kann nur begrenzt Wirkung zeitigen, da das Risiko besteht, dass die vorurteilsgeleiteten Beweggründe in Gerichtsverfahren oder Polizeiberichten nicht entsprechend berücksichtigt würden.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten ferner gegen die Nichtmeldung und unzureichende Meldung von Hassdelikten vorgehen, indem sie beispielsweise für die Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden einschlägige Schulungen zur Opferhilfe und zur systematischen Erfassung von Vorfällen durchführen. Wie in der Stellungnahme der FRA in ihrem Bericht EU LGBT survey: Results at a glance (2013) [EU-weite LGBT-Erhebung: Ergebnisse auf einen Blick] erläutert, können darüber hinaus Verfahren wie die „Meldung durch Dritte“, bei der Organisationen der Zivilgesellschaft Vorfälle bei der Polizei melden oder die Opfer bei der Meldung unterstützen, in Erwägung gezogen werden, um die Melderaten einiger gefährdeter Gruppen zu erhöhen.

Stellungnahme der FRA

Auf EU- und nationaler Ebene sollten Rechtsvorschriften verabschiedet werden, um die Erhebung und Veröffentlichung von Daten über Hasskriminalität – darunter auch über Straftaten, die aus antisemitischen Beweggründen begangen werden – durch die EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Dies würde dazu beitragen, dass die EU-Mitgliedstaaten Opfer von Hasskriminalität anerkennen und damit der Verpflichtung nachkommen, vorurteilsgeleitete Beweggründe von Straftaten offenzulegen, wie es die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte fordert. Diese Daten würden keine Identifizierung der Betroffenen ermöglichen, sondern in Form von Statistiken publiziert.

Als Mindeststandard sollten statistische Daten über die folgenden Aspekte erhoben und veröffentlicht werden: Zahl und Art der von Bürgern gemeldeten und von Behörden erfassten antisemitisch motivierten Hassdelikte, Zahl der Fälle, in denen die Täter verurteilt wurden, Diskriminierungsgründe und gegen die Täter verhängte Sanktionen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich auf einen harmonisierten Ansatz für die Datenerhebung einigen, um aufzuzeigen, inwieweit die Opfer – darunter auch die jüdischen Opfer von Hassdelikten – ihre in der Richtlinie über Opferrechte (Artikel 28) verankerten Rechte wahrgenommen haben. Dies würde eine vergleichende Analyse der Umsetzung der Richtlinie und der Wirksamkeit der Maßnahmen erleichtern, die in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten ergriffen wurden, um den Bestimmungen der Richtlinie zu entsprechen.

Antisemitisch motivierte Hassdelikte durch Datenerhebung sichtbar machen

Die Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle wurden gefragt, ob sie den schwerwiegendsten Vorfall der letzten fünf Jahre vor der Erhebung bei der Polizei oder einer Organisation gemeldet haben. Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass viele der Befragten diese Vorfälle bei keiner Stelle gemeldet haben. Dies steht im Einklang mit früheren Erkenntnissen der FRA. So belegen die Ergebnisse, dass 64 % der Opfer von antisemitisch motivierter körperlicher Gewalt oder deren Androhung und 76 % der Opfer antisemitisch motivierter Belästigung den schwerwiegendsten Vorfall der letzten fünf Jahre nicht gemeldet haben.



1

Erscheinungsformen des Antisemitismus



In diesem Kapitel werden die Erhebungsergebnisse hinsichtlich der Wahrnehmungen der Befragten im Zusammenhang mit Antisemitismus und dessen Zu- oder Abnahme im Zeitverlauf dargestellt. Darüber hinaus werden die Erhebungsergebnisse bezüglich der wahrgenommenen öffentlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus erörtert, wie beispielsweise antisemitische Schmierereien, gegen jüdische Gebäude oder Einrichtungen gerichteter Vandalismus sowie antisemitische Äußerungen in den Medien, in der Politik oder im Internet. Im Rahmen der Erhebung wurden die Befragten auch gebeten, ausgewählte Aussagen über Juden und die jüdische Gemeinde zu beurteilen und anzugeben, ob sie diese als antisemitisch empfänden, wenn sie von Nichtjuden geäußert würden.

1.1. Wahrnehmung des Ausmaßes des Antisemitismus

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, in welchem Maße Antisemitismus heutzutage in dem EU-Mitgliedstaat, in dem sie leben, ein Problem darstellt. Diese Frage wurde nicht gesondert, sondern im Zusammenhang mit unterschiedlichen sozialen Themen gestellt, die für die Bevölkerung der acht Erhebungsländer relevant sein könnten. Das Spektrum der abgefragten sozialen Themen reichte von Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Situation bis hin zu Rassismus und Antisemitismus.

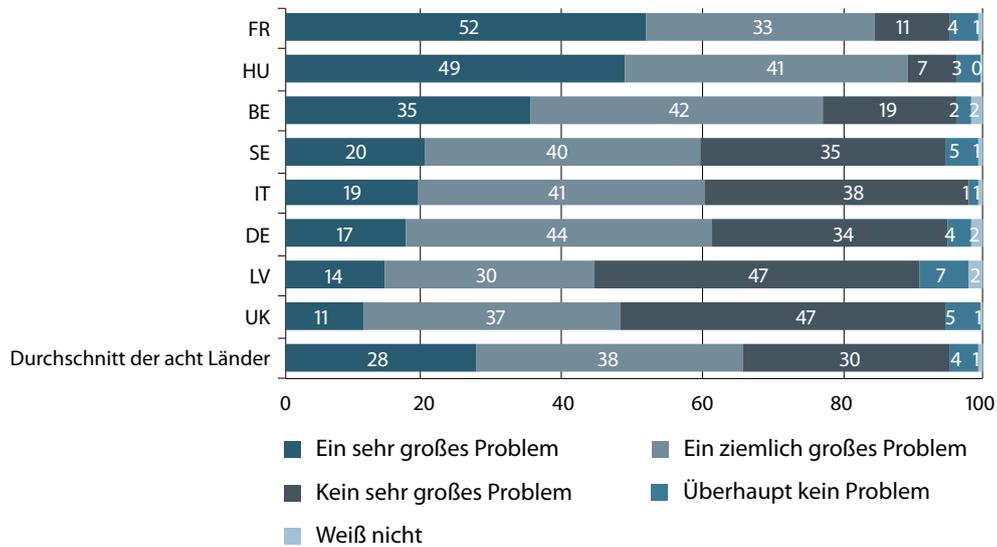
Zwei Drittel der Erhebungsteilnehmer (66 %) sind der Auffassung, dass Antisemitismus in ihrem Wohnsitzland „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ darstelle. Mit Ausnahme Lettlands und des Vereinigten Königreichs erachtet in allen erfassten EU-Mitgliedstaaten die Mehrheit der Befragten Antisemitismus als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“. Am häufigsten erklärten die Befragten in Ungarn, Frank-

reich und Belgien (90 %, 85 % bzw. 77 %), Antisemitismus stelle „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ dar. In Ungarn und Frankreich hat etwa die Hälfte der Befragten das Gefühl, dass Antisemitismus in ihrem Land heutzutage „ein sehr großes Problem“ darstellt (49 % bzw. 52 %) (Abbildung 1).

Zwischen den in der Erhebung erfassten EU-Mitgliedstaaten bestehen geringfügige Unterschiede bei der relativen Position des Antisemitismus in der Rangfolge der abgefragten sozialen und politischen Themen (Tabelle 1). Auf die Frage, ob die einzelnen genannten Themen in ihrem Wohnsitzland ein Problem darstellen, bewerteten die Erhebungsteilnehmer Arbeitslosigkeit (85 % bezeichneten diese als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“), die Wirtschaftslage (78 %) und Rassismus (72 %) häufiger als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes“ aktuelles Problem als Antisemitismus (66 %). In der Rangliste der von den Befragten als Problem bezeichneten Themen folgten die Kriminalitätsrate (62 %), Einwanderung (59 %), religiöse Intoleranz (54 %), der Zustand des Gesundheitswesens (51 %) und die Korruption der Regierung (40 %). Im Gegensatz zu den übrigen Ländern wurde Antisemitismus in Deutschland für ein größeres Problem erachtet (61 %) als die übrigen im Fragebogen genannten Themen, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit (59 %) oder Rassismus (57 %). Tabelle 1 zeigt einen Überblick über die Erhebungsergebnisse bezüglich aller abgefragten sozialen Themen, wobei für jedes Land die drei größten Probleme hervorgehoben sind.

Die Befragten aller erfassten EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Deutschlands erachteten die Arbeitslosigkeit als das drängendste Problem in ihrem Wohnsitzland. In fünf Ländern (Frankreich, Ungarn, Italien, Lettland und Vereinigtes Königreich) betrachteten mehr als 90 % der Befragten die Wirtschaftslage als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“. Die Befragten in Deutschland und Schweden zeigten sich weniger besorgt über

Abbildung 1: Anteil der Befragten, für die Antisemitismus im eigenen Land heutzutage ein Problem darstellt, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: Boz. Sind die folgenden Dinge Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in [Aoz: COUNTRY] und wenn ja, wie groß ist das Problem? Antwort: 6. Antisemitismus.

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

die Wirtschaftslage: Hier erklärten nur 41 % bzw. 25 % der Erhebungsteilnehmer, diese stelle „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ dar.

In Frankreich, Deutschland und Schweden rangiert Antisemitismus unter den drei drängendsten sozialen und politischen Problemen (85 %, 61 % bzw. 60 % der Befragten erachteten Antisemitismus als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“). Abweichend von den anderen Erhebungsländern bezeichneten die Befragten in Belgien – neben der Arbeitslosigkeit – die Kriminalitätsrate und die Einwanderung als die in ihrem Wohnsitzland drängendsten Probleme (81 % bzw. 80 %). Lediglich in Ungarn und Italien zählt nach Auffassung der Befragten die Korruption der Regierung zu den drei größten Problemen in ihrem Land (in beiden Ländern äußerten jeweils 94 % der Befragten diese Auffassung). In Lettland und im Vereinigten Königreich bezeichnete ein erheblicher Anteil der Befragten den Zustand des Gesundheitswesens als problematisch (92 % bzw. 69 % der Befragten).

In den erfassten EU-Mitgliedstaaten insgesamt betrachtet die Mehrheit der Befragten (66 %) Antisemitismus als ein Problem.

„Heute macht mir der Antisemitismus auf eine Weise Sorgen, wie es vor 30 Jahren nicht der Fall war. Etwas, das längst nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert werden sollte, wird immer stärker.“

(Frau, 55 bis 59 Jahre, Vereinigtes Königreich)

„Ich bin sowohl privilegiert als auch gut integriert – nur selten mit direktem Antisemitismus konfrontiert –, aber ich habe trotzdem das Gefühl, dass sich das Meinungsklima verschärft hat und Dinge, die [einst] nicht akzeptabel waren [...] heute gesagt werden, beispielsweise im Feuilleton. Es gibt aber nach wie vor innerhalb des schwedischen kulturellen Lebens starke Kräfte, die sich auch gegen Antisemitismus wehren.“

(Frau, 45 bis 49 Jahre, Schweden)

„Einige meiner Familienangehörigen glauben, in Belgien sei der Antisemitismus sehr stark. Ich glaube das nicht. Wir haben beschlossen, nicht darüber zu diskutieren, genauso wie über die Politik Israels.“

(Frau, 60 bis 69 Jahre, Belgien)

Die Erhebungsteilnehmer wurden auch gefragt, ob sie das Gefühl haben, dass der Antisemitismus in ihrem Wohnsitzland in den letzten fünf Jahren zu- oder abgenommen hat. In allen acht erfassten EU-Mitgliedstaaten erklärte eine Mehrheit der Befragten, dass der Antisemitismus im Zunehmen begriffen ist und „stark“ oder „etwas“ zugenommen hat (Abbildung 2). Besonders hoch (etwa 90 %) ist der Anteil der Befragten, nach deren Auffassung der Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat, in Belgien, Frankreich und Ungarn. Dies sind auch die Länder, in denen – wie oben erläutert – die meisten Befragten erklärten, Antisemitismus stelle heutzutage „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ dar.

Mehr als drei Viertel der Befragten (76 %) sind der Auffassung, der Antisemitismus habe sich in ihrem Land in den letzten fünf Jahren verschlimmert.

Tabelle 1: Bewertung sozialer und politischer Themen als Problem, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Soziales und/oder politisches Thema	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Arbeitslosigkeit	84	59	93	96	97	90	64	91	85
Wirtschaftslage	74	41	91	98	94	95	25	95	78
Rassismus	79	57	80	92	77	28	70	65	72
Antisemitismus	77	61	85	90	60	44	60	48	66
Kriminalitätsrate	81	25	83	77	68	55	40	59	62
Einwanderung	80	49	80	13	64	58	50	58	59
Religiöse Intoleranz	58	49	65	69	51	23	49	49	54
Zustand des Gesundheitswesens	16	32	44	88	53	92	30	69	51
Korruption der Regierung	32	15	29	94	94	82	15	27	40

Frage: Bo2. Sind die folgenden Dinge Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in [A02: COUNTRY] und wenn ja, wie groß ist das Problem: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

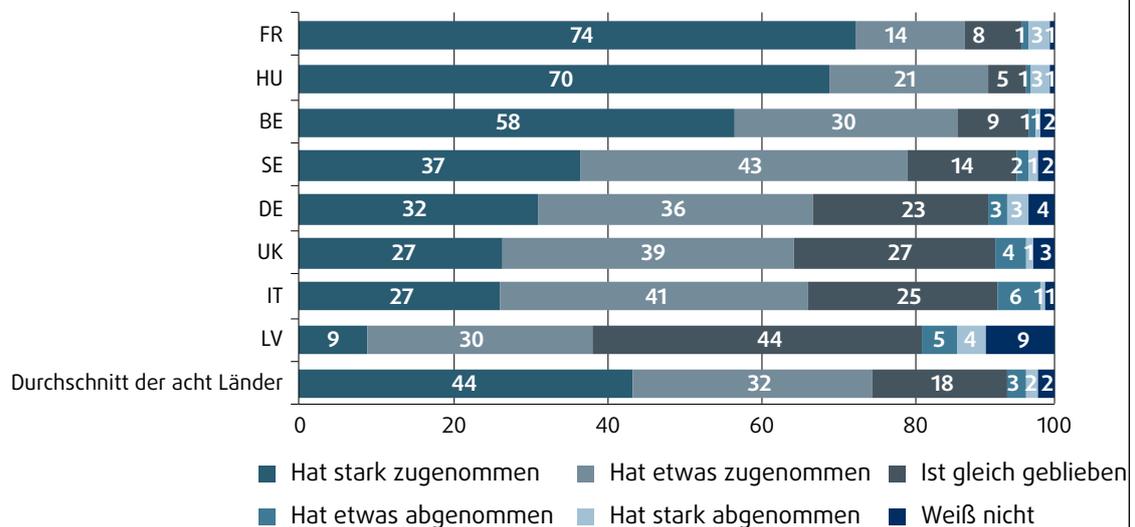
Berücksichtigt wurden die Antworten „ein sehr großes Problem“ und „ein ziemlich großes Problem“.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Für jedes Land sind die drei nach Auffassung der Befragten gravierendsten Probleme in der Tabelle hervorgehoben.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 2: Wahrnehmungen bezüglich der Veränderung des Ausmaßes des Antisemitismus im Land in den letzten fünf Jahren, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: Bo3. Denken Sie, dass die folgenden Vorkommnisse in den letzten fünf Jahren in [A02: COUNTRY] im Großen und Ganzen zugenommen haben, gleich geblieben sind oder abgenommen haben? Antwort: B. Antisemitismus.

Anmerkungen: N = 5 847; Aufgrund von Runden kann die bildliche Darstellung desselben Wertes leicht abweichen.

Quelle: FRA, 2013

„Meiner Meinung nach ist Antisemitismus in Deutschland kein so großes Problem. Ich lebe seit 20 Jahren in Deutschland und war niemals mit Antisemitismus konfrontiert. Wenn es in Deutschland Antisemitismus gibt, dann ist das eher der Hass der hier lebenden Muslime auf Israel. Deutschland investiert viel in die Erziehung zur Toleranz.“

(Mann, 40 bis 44 Jahre, Deutschland)

„In Belgien ist Rassismus insgesamt das Problem. Antisemitismus ist nur ein Aspekt davon.“

(Frau, 60 bis 69 Jahre, Belgien)

„Ich glaube, in Italien geht der Antisemitismus zurück, wenn auch langsam.“

(Mann, 70 bis 79 Jahre, Italien)

„Wenn sich die wirtschaftliche und soziale Lage im Land verbessert, geht der Antisemitismus vielleicht zurück, aber leider spielt hier noch eine andere Tatsache eine Rolle: der zunehmende Hass auf Roma. [Sollte man den bekämpfen? Er muss in Angriff genommen werden], aber es ist hoffnungslos, gegen Dummheit, Vorurteile und Verarmung vorzugehen.“

(Mann, 60 bis 69 Jahre, Ungarn)

Befragten wurden gebeten anzugeben, ob jede von ihnen in ihrem Wohnsitzland heutzutage ein Problem darstellt oder nicht. Des Weiteren wurden sie gefragt, ob ihrer Meinung nach die einzelnen Erscheinungsformen in den letzten fünf Jahren zu- oder abgenommen haben. Im Rahmen der Erhebung wurden die folgenden sieben Erscheinungsformen abgefragt:

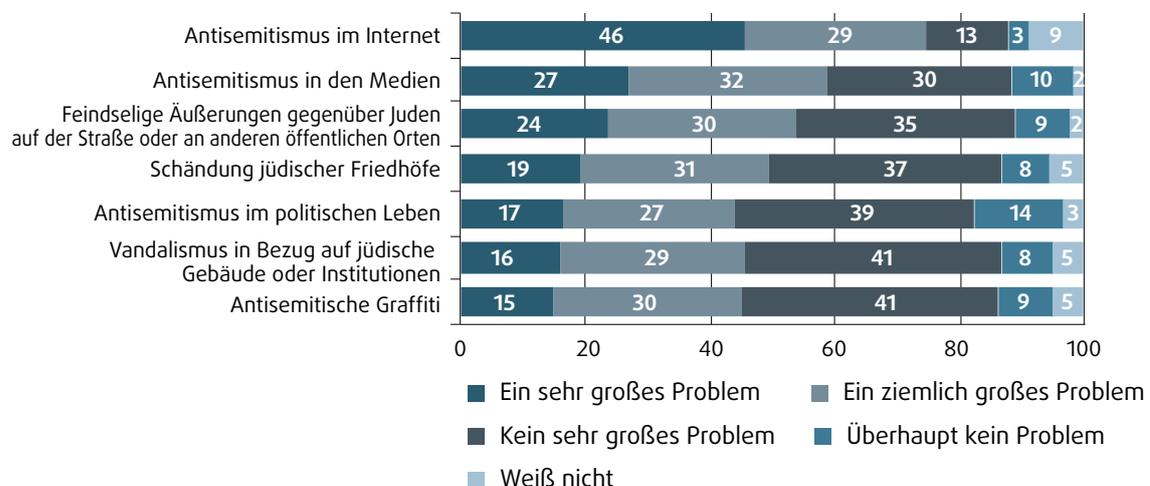
- Antisemitische Graffiti
- Schändung jüdischer Friedhöfe
- Vandalismus in Bezug auf jüdische Gebäude oder Institutionen
- Feindselige Äußerungen gegenüber Juden auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten
- Antisemitismus in den Medien
- Antisemitismus im politischen Leben
- Antisemitismus im Internet

1.2. Gegen die jüdische Gemeinde gerichtete antisemitische Übergriffe

Antisemitische Übergriffe haben tief greifende Auswirkungen nicht nur auf die Betroffenen und alle, die ihnen nahestehen – bestimmte Erscheinungsformen des Antisemitismus haben Auswirkungen auf die gesamte jüdische Gemeinde. In der Erhebung wurden sieben dieser Erscheinungsformen erfasst. Die

Jede dieser Erscheinungsformen des Antisemitismus wird von mindestens einem Drittel der Befragten als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ empfunden (Abbildung 3). Unter den genannten Erscheinungsformen im Einzelnen gilt Antisemitismus im Internet als ein besonderes Problem: Drei Viertel aller Befragten (75 %) halten ihn für „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“, wobei ein nahezu ebenso großer Anteil der Befragten (73 %) der Auffassung ist, dass diese Erscheinungsform des Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat (Abbildung 4).

Abbildung 3: Beurteilung der gegen die jüdische Gemeinde gerichteten Erscheinungsformen des Antisemitismus in der heutigen Zeit, Durchschnitt der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten (%)



Frage: B04a. Sind die folgenden Vorkommnisse Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in [A02: COUNTRY] und wenn ja, wie groß ist das Problem: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013.

Insgesamt erklärten 75 % der Befragten, Antisemitismus im Internet stelle heutzutage in ihrem Land ein Problem dar.

Etwa die Hälfte der Befragten bezeichnete die übrigen in der Erhebung genannten spezifischen Erscheinungsformen des Antisemitismus als Problem. So haben beispielsweise 59 % der Erhebungsteilnehmer das Gefühl, dass Antisemitismus in den Medien „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ darstellt, während 54 % erklärten, dies treffe auf feindselige Äußerungen gegenüber Juden auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten zu. Die Hälfte (50 %) der Befragten empfindet die Schändung jüdischer Friedhöfe als ein Problem.

In Ungarn und Frankreich – den Ländern mit dem höchsten Anteil der Befragten, die Antisemitismus im Allgemeinen als ein Problem bezeichneten – bewertete die Mehrheit der Befragten nahezu alle in der Erhebung abgefragten Erscheinungsformen des Antisemitismus als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“. In Lettland und im Vereinigten Königreich – den Ländern mit dem niedrigsten Anteil der Befragten, die Antisemitismus im Allgemeinen als ein Problem bezeichneten – betrachteten etwa 50 % bis 60 % der Befragten Antisemitismus im Internet als ein Problem (Tabelle 2).

In Frankreich (84 %), Belgien (74 %) und Ungarn (72 %) erachtet die Mehrheit der Befragten feindselige Äußerungen gegenüber Juden auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten in ihrem Land als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“. In Schweden (51 %) und Deutschland (48 %) stellt diese Erscheinungsform

des Antisemitismus für etwa die Hälfte der Befragten ein Problem dar, während sich in Italien (30 %) und im Vereinigten Königreich (35 %) ein Drittel der Befragten in diesem Sinne äußerte.

Der größte Anteil der Befragten, die gegen jüdische Gebäude oder Einrichtungen gerichteten Vandalismus als „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ erachten, wurde in Frankreich festgestellt (78 %), während diese Antworten in Belgien und Ungarn von etwa der Hälfte der Befragten (54 % bzw. 52 %) gegeben wurden. In den übrigen erfassten Ländern erklärte etwa ein Drittel (Italien, 43 %; Deutschland, 33 %; Vereinigtes Königreich, 31 %; Schweden, 30 %) oder ein geringerer Anteil (Lettland, 23 %) der Befragten, der gegen jüdische Gebäude oder Einrichtungen gerichtete Vandalismus stelle „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ dar.

Etwa zwei Drittel der Befragten in Frankreich, Ungarn und Italien (69 %, 69 %, bzw. 61 %) sowie die Hälfte der Befragten in Belgien (52 %) halten antisemitische Schmierereien für „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse bezüglich aller in der Erhebung abgedeckten Erscheinungsformen des Antisemitismus, wobei für jedes Land die drei Erscheinungsformen hervorgehoben sind, die von den Befragten am häufigsten als problematisch bezeichnet wurden.

In allen erfassten Ländern entspricht der Anteil der Befragten, welche die verschiedenen gegen die jüdische Gemeinde gerichteten antisemitischen Übergriffe als Problem empfinden, in etwa dem Anteil jener, die erklär-

Tabelle 2: Beurteilung der gegen die jüdische Gemeinde gerichteten Erscheinungsformen des Antisemitismus, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Soziales und/oder politisches Thema	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Antisemitismus im Internet	85	67	85	86	87	52	68	64	75
Antisemitismus in den Medien	70	40	71	73	59	37	54	52	59
Feindselige Äußerungen gegenüber Juden auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten	74	48	84	72	30	16	51	35	54
Schändung jüdischer Friedhöfe	42	46	74	79	41	56	34	35	50
Antisemitische Graffiti	52	30	69	69	61	21	29	26	45
Vandalismus in Bezug auf jüdische Gebäude oder Institutionen	54	33	78	52	43	23	30	31	45
Antisemitismus im politischen Leben	51	30	50	84	36	35	41	34	44

Frage: B04a. Sind die folgenden Vorkommnisse Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in [A02: COUNTRY] und wenn ja, wie groß ist das Problem: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Berücksichtigt wurden die Antworten „ein sehr großes Problem“ und „ein ziemlich großes Problem“.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Für jedes Land sind die drei nach Auffassung der Befragten gravierendsten Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Tabelle hervorgehoben.

Quelle: FRA, 2013

ten, dass diese Erscheinungsformen des Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen haben. Dies gilt insbesondere für Antisemitismus im Internet (73 % der Befragten erklärten, dieser habe „stark zugenommen“ oder „etwas zugenommen“), feindselige Äußerungen an öffentlichen Orten (60 %) und Antisemitismus in den Medien (59 %). Etwa zwei von fünf Befragten gaben an, der Antisemitismus in der Politik, antisemitische Schmierereien und der gegen jüdische Gebäude oder Einrichtungen gerichtete Vandalismus habe „stark zugenommen“ oder „etwas zugenommen“ (46 %, 43 % bzw. 42 %), während sich 39 % entsprechend über die Schändung jüdischer Friedhöfe äußerten.

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass die Befragten in allen erfassten Ländern mit Ausnahme Lettlands von den sieben in Tabelle 2 dargestellten Erscheinungsformen des Antisemitismus am häufigsten den Antisemitismus im Internet als im Zunehmen begriffen bezeichneten (Anteile der Befragten, die erklärten, dieser habe „stark zugenommen“ oder „etwas zugenommen“) (Abbildung 4). In Belgien, Frankreich, Italien und Ungarn äußerten sich 80 % der Befragten besorgt über das Ausmaß des Antisemitismus im Internet, der ihrer Auffassung nach stark oder etwas zugenommen hat. An zweiter und dritter Stelle der von den Befragten am häufigsten als im Zunehmen begriffen empfundenen Erscheinungsformen des Antisemitismus folgen feindselige antisemitische Äußerungen an öffentlichen Orten und Antisemitismus in den Medien.

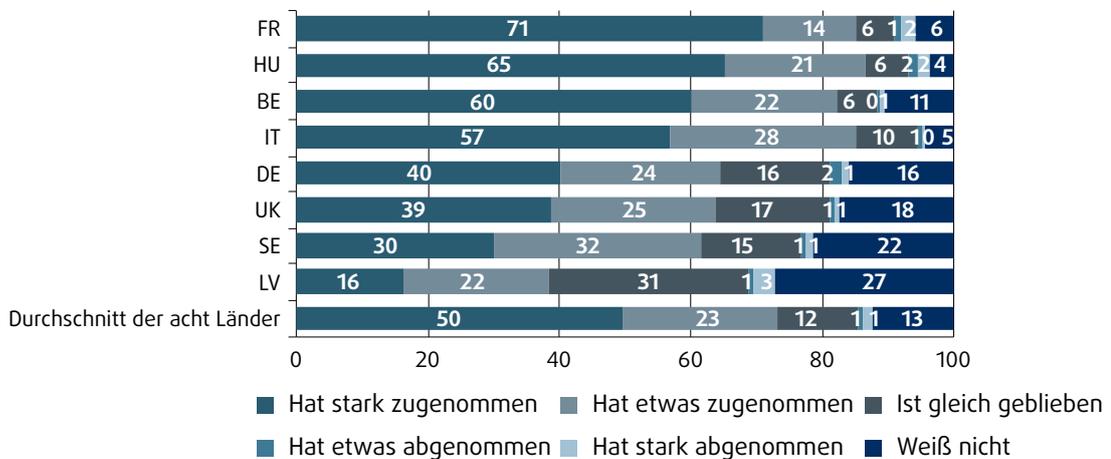
Insgesamt haben nahezu drei Viertel der Befragten (73 %) das Gefühl, dass der Antisemitismus im Internet in den letzten fünf Jahren zugenommen hat.

Die Erhebungsteilnehmer wurden ferner dazu befragt, ob sie antisemitische Aussagen gehört oder gelesen haben und in welchem Maße solche Äußerungen in verschiedenen Bereichen ein Problem darstellen, wie beispielsweise in den Medien, im Internet, in Gesprächen (wie beispielsweise am Arbeitsplatz) und in politischen Reden oder Debatten. Im Einklang mit den oben vorgestellten Ergebnissen empfanden drei Viertel der Befragten (75 %) antisemitische Kommentare im Internet als „ein sehr großes Problem“ oder „ein ziemlich großes Problem“, gefolgt von antisemitischer Berichterstattung in den Medien (56 %), antisemitischen Aussagen in Gesprächen (56 %) sowie antisemitischen Kommentaren in politischen Reden oder Debatten (53 %). Während in allen erfassten EU-Mitgliedstaaten ein großer Anteil der Befragten antisemitische Kommentare im Internet als Problem bezeichnete, wurden bezüglich der übrigen Umgebungen, in denen antisemitische Kommentare gehört oder gelesen wurden, in den einzelnen Ländern unterschiedliche Ergebnisse ermittelt (Tabelle 3).

„Ein Merkmal von Internet und E-Mail ist die vollkommene Meinungsfreiheit (die ich uneingeschränkt befürworte). Es ist aber unglaublich, welche Menge an antisemitischem Material dort im Umlauf ist. In gewisser Weise versetzt uns das zurück in die Vergangenheit, weil jetzt junge Leute Inhalte wie die Protokolle der Weisen von Zion in Umlauf bringen, die vor den Zeiten des Internet praktisch von der Bildfläche verschwunden waren.“

(Mann, 30 bis 44 Jahre, Vereinigtes Königreich)

Abbildung 4: Wahrnehmungen bezüglich der Veränderung des Ausmaßes des Antisemitismus im Internet in den letzten fünf Jahren, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: *Bo4b. Denken Sie, dass die folgenden Vorkommnisse in den letzten fünf Jahren in [A0z: COUNTRY] im Großen und Ganzen zugenommen haben, gleich geblieben sind oder abgenommen haben? Antwort: 7. Antisemitismus im Internet.*

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

„Heute stellt der Antisemitismus in Frankreich eine echte Gefahr dar. [...] Diskussionsforen im Internet und YouTube-Kommentare sind voll von antisemitischen und antizionistischen Aussagen. Das ist in gewissem Maße gefährlich, und die Schmähungen, die nach den Merah-Anschlägen im Internet veröffentlicht wurden, sind wirklich besorgniserregend.“

(Mann, 45 bis 49 Jahre, Frankreich)

„Ich habe das Gefühl, seit ich bei Facebook bin, habe ich in einigen wenigen Jahren mehr antisemitische Kommentare gelesen als in meinem ganzen Leben zuvor. Das ist sehr entmutigend. Feindselige Kommentare und Falschinformationen machen in beängstigender Geschwindigkeit die Runde und verursachen ein tiefes Unbehagen, das mit der täglichen Realität eines Lebens als Jude in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft nichts zu tun hat.“

(Frau, 50 bis 54 Jahre, Vereinigtes Königreich)

„In Schweden ist man im Internet mit dem Antisemitismus dummer Menschen aus der ganzen Welt konfrontiert. Wenn sie mit ihren plumpen Argumenten nicht weiter kommen, sind sie schnell mit Drohungen und Beleidigungen bei der Hand. Wichtig ist, so etwas oft und sofort zu melden.“

(Mann, 30 bis 34 Jahre, Schweden)

„[Wir müssen] Antisemitismus im Internet bekämpfen, wo er sich immer weiter verbreitet. Vielleicht sollte man auch junge Einwanderer aus muslimischen Ländern besser über den Unterschied zwischen ‚jüdisch‘ und dem Staat Israel aufklären.“

(Mann, 20 bis 24 Jahre, Belgien)

„Leider wird der Kampf gegen Antisemitismus immer hoffnungsloser.“

(Frau, 60 bis 69 Jahre, Ungarn)

Was die vier Umgebungen betrifft, in denen antisemitische Kommentare geäußert werden können, so zeigt der Vergleich der acht Erhebungsländer, dass die Befragten in Belgien, Frankreich und Ungarn insbesondere die antisemitische Berichterstattung in den Medien (64 %, 70 % bzw. 71 % erklärten, diese sei „ein sehr großes Problem“ oder „ein ziemlich großes Problem“) und antisemitische Aussagen in Gesprächen (69 %, 72 % bzw. 76 %) als Problem empfanden. In Frankreich und Ungarn (jeweils 87 %) nahmen die Befragten besonders häufig politische Reden und Debatten als problematisch war. In Lettland bezeichneten geringere Anteile der Befragten als in den übrigen Ländern eine der vier Umgebungen als sehr oder ziemlich problematisch im Hinblick auf die Verbreitung antisemitischer Inhalte. In Schweden und im Vereinigten Königreich vertrat weniger als die Hälfte aller Befragten die Auffassung, dass antisemitische Inhalte in drei der vier Umgebungen „ein sehr großes“ oder „ein ziemlich großes Problem“ darstellen. Lediglich den Antisemitismus im Internet bezeichneten auch die Befragten in diesen beiden Ländern mehrheitlich als Problem.

„Wenn Politiker in den Medien antisemitische Äußerungen [...] machen, ist das für mich persönlich Antisemitismus und ich mache mir Sorgen über die Zukunft der Juden insgesamt in Schweden.“

(Mann, 55 bis 59 Jahre, Schweden)

„Wir brauchen eine angemessenere Aufklärung und Berichterstattung (Schulen, Fernsehen, Radio, Printmedien usw.) und schärfere Sanktionen. Antisemitische Politiker müssen umgehend aus dem öffentlichen Leben entfernt werden.“

(Mann, 60 bis 69 Jahre, Ungarn)

Tabelle 3: Anteile der Befragten, die aufgrund dessen, was sie gelesen oder gehört haben, antisemitische Kommentare in unterschiedlichen Umgebungen als Problem betrachten, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Mögliche Umgebungen, in denen antisemitische Kommentare geäußert werden	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Antisemitische Kommentare im Internet (einschließlich Diskussionsforen, Internetseiten sozialer Netzwerke)	83	71	87	86	88	53	63	64	75
Antisemitische Berichterstattung in den Medien	64	41	70	71	53	40	49	48	56
Antisemitische Kommentare in Diskussionen (z. B. an der Arbeitsstätte, in der Schule oder anderswo)	69	54	72	76	65	31	37	40	56
Antisemitische Kommentare in politischen Reden und Debatten	55	39	87	87	47	34	38	33	53

Frage: B05a. Sind die folgenden Vorkommnisse nach allem, was Sie gehört oder gelesen haben, heutzutage ein Problem in [Aoz: COUNTRY] und wenn ja, wie groß ist das Problem: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Berücksichtigt wurden die Antworten „ein sehr großes Problem“ und „ein ziemlich großes Problem“.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Quelle: FRA, 2013

„Die Verantwortung der Politiker ist immens – wenn sie Antisemitismus tolerieren, nimmt er zu, und zwar insbesondere immer dann, wenn ein Sündenbock gesucht wird.“

(Mann, 40 bis 44 Jahre, Ungarn)

„Ich verschweige oft, dass ich Jude bin, darum bekomme ich mit, was die Leute wirklich von uns denken. Antisemitismus ist in Italien sehr weit verbreitet, insbesondere an öffentlichen Orten und in den Alltagsgesprächen der Leute.“

(Mann, 25 bis 29 Jahre, Italien)

„Am offensichtlichsten ist der Antisemitismus in den Medien.“

(Mann, 20 bis 24 Jahre, Schweden)

„Ich habe den Eindruck, dass die meisten Probleme auf falsche (oder dem vollständigen Fehlen von) Informationen und auf Stereotype zurückzuführen sind. Man könnte das vermeiden, indem man mehr gemeinsame Aktivitäten mit der nicht jüdischen Bevölkerung organisiert und für eine stärkere Mitwirkung in den Medien sorgt (sehen Sie sich zum Beispiel die viel stärker sichtbare Mitwirkung von Juden an der Politik, in Fernsehserien, Cartoons usw. in den USA an).“

(Mann, 20 bis 24 Jahre, Belgien)

1.3. Prävalenz und Kontext negativer Aussagen über Juden

Wenn die jüdische Bevölkerung Aussagen hört oder liest, welche die Menschenwürde untergraben, indem sie Einzelpersonen als Angehörigen einer bestimmten Gruppe erfundene negative Eigenschaften zuschreiben, so kann dies ihr Sicherheitsempfinden beeinträchtigen und sie daran hindern, offen als Juden zu leben. Im Rahmen der Erhebung der FRA wurde dieses Thema aufgegriffen, indem die Teilnehmer gefragt wurden, wie häufig sie bestimmte für die Erhebung ausgewählte Aussagen¹¹ gehört oder gelesen haben und ob sie diese als antisemitisch empfanden. Die ausgewählten Aussagen betreffen unterschiedliche Themen, darunter die Rolle der jüdischen Gemeinde in der Gesellschaft, die Interessen und Besonderheiten der jüdischen Bevölkerung sowie Einstellungen zu historischen Begebenheiten und aktuelle Themen. Abbildung 5 zeigt die vollständige Liste der Aussagen sowie die ermittelten Ergebnisse. Diese Aussagen spiegeln nicht notwendigerweise das gesamte Spektrum antisemitischer Ansichten oder Vorstellungen wider. Sie wurden herangezogen, um die Befragten an die Situationen heranzuführen, in denen sie unter Umständen negative Aussagen über Juden gehört haben könnten, um die Kontexte zu ermitteln,

¹¹ Die Liste der Aussagen wurde im Zuge der Erarbeitung des Fragebogens im Benehmen mit dem wissenschaftlichen Team des von der FRA mit der Durchführung der Erhebung betrauten Auftragnehmers erstellt. Weitere Informationen über die Erarbeitung des Fragebogens sind der Erhebungsmethodik in Anhang 1 dieses Berichts zu entnehmen.

in denen die jüdische Bevölkerung mit derartigen Äußerungen konfrontiert wird, und die Urheber dieser Aussagen zu beschreiben¹². Die Beurteilung dieser Aussagen durch die Befragten lässt darauf schließen, welche Themen sie als antisemitisch erachten. Die Sensibilität der Befragten für alles Antisemitische (bzw. alles, was als solches wahrgenommen wurde) hat Auswirkungen auf alle übrigen Erhebungsergebnisse.

Zunächst wurden die Teilnehmer gefragt, wie häufig sie gehört oder gelesen haben, dass nicht jüdische Personen diese Aussagen getroffen haben, in welchen Kontexten sie diese gehört oder gelesen haben und welchen Eindruck sie vom Urheber dieser Aussagen hatten. Die Angaben zu dem für diese Äußerungen genutzten Medium und zum Kontext, in dem sie getätigt wurden, können von der EU und ihren Mitgliedstaaten für die Konzeption von Maßnahmen herangezogen werden, um derartigen Aussagen entgegenzuwirken, beispielsweise durch Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen.

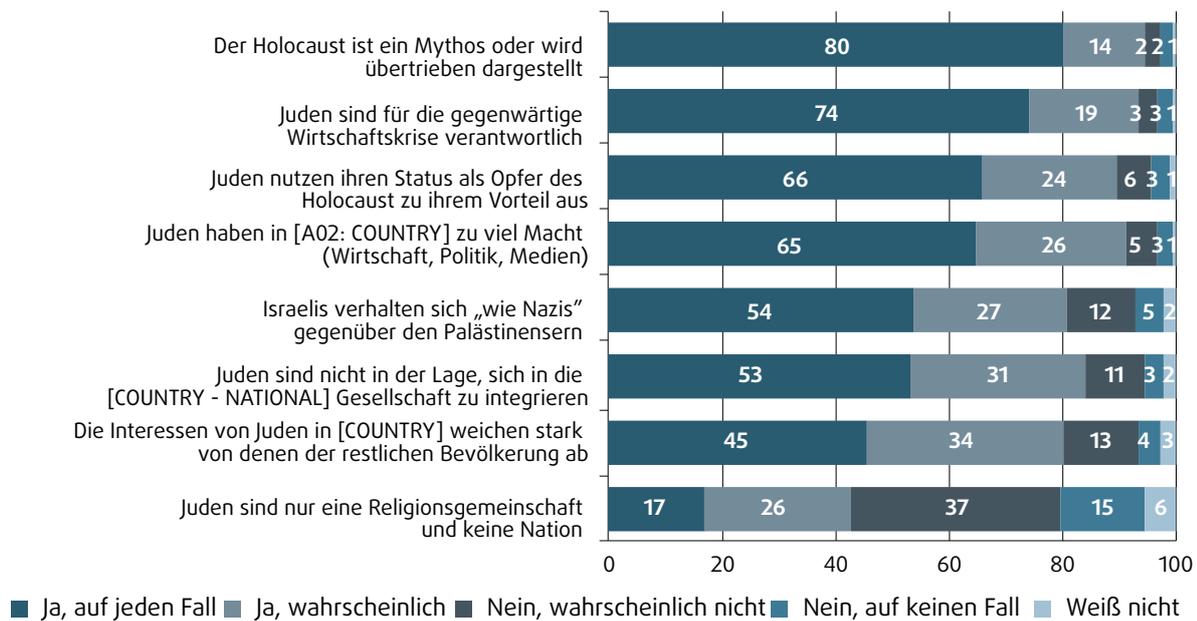
1.3.1. Beurteilung des antisemitischen Inhalts negativer Aussagen und ihrer Prävalenz durch die Befragten

In allen Erhebungsländern betrachtet die Mehrheit der Befragten die in der Erhebung angeführten Aussagen als antisemitisch, wenn sie von Nichtjuden getroffen werden. Die einzige Ausnahme bildet die Aussage, dass „Juden nur eine Religionsgemeinschaft und keine Nation sind“, die von weniger als der Hälfte (43 %) aller Befragten als antisemitisch empfunden wird. Frankreich stellt diesbezüglich eine Ausnahme dar: Hier erklärten 53 % der Befragten, diese Aussage sei antisemitisch. Weitere länderspezifische Unterschiede wurden nicht ermittelt. Nahezu alle Befragten – mindestens neun von zehn – betrachteten die folgenden Aussagen als antisemitisch: „Der Holocaust ist ein Mythos oder wird übertrieben dargestellt“ (94 % entschieden sich für die Antwortoptionen „ja, auf jeden Fall“ oder „ja, wahrscheinlich“), „Juden sind für die gegenwärtige Wirtschaftskrise verantwortlich“ (93 %), „Juden haben zu viel Macht (Wirtschaft, Politik, Medien)“ (91 %), und „Juden nutzen ihren Status als Opfer des Holocaust zu ihrem Vorteil aus“ (90 %). Acht von zehn Befragten empfinden die folgenden Aussagen als antisemitisch: „Israelis verhalten sich gegenüber den Palästinensern wie Nazis“ (81 %), „Juden sind nicht in der Lage, sich in die Gesellschaft zu integrieren“ (84 %) und „Die Interessen von Juden weichen stark von denen der restlichen Bevölkerung ab“ (79 %) (Abbildung 5).

¹² Im Rahmen der Erhebung wurde kein ausführlicher Vergleich der unterschiedlichen Wahrnehmungen der Befragten in Abhängigkeit davon vorgenommen, ob eine Aussage von einer jüdischen oder einer nicht jüdischen Person getroffen wurde.



Abbildung 5: Beurteilung des antisemitischen Inhalts der ausgewählten Aussagen, wenn sie von einem Nichtjuden getroffen werden, Durchschnitt der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten (%)



Frage: B15b. Wäre eine nichtjüdische Person in Ihren Augen antisemitisch, wenn er oder sie sagt, dass: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

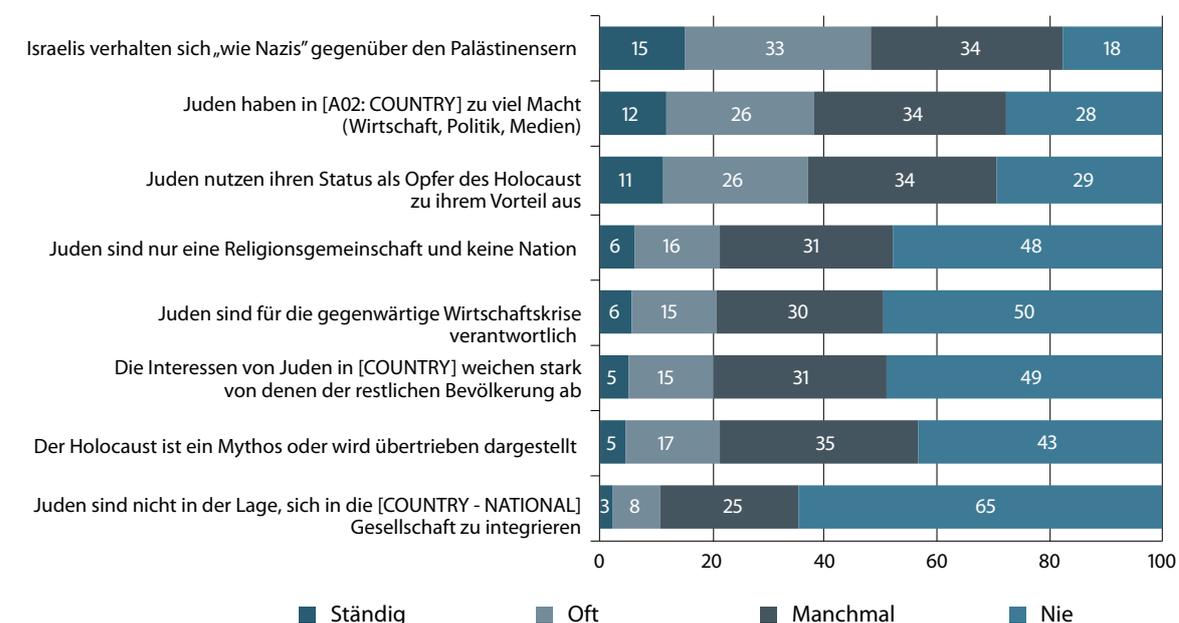
Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Zahlreiche Erhebungsteilnehmer gaben an, regelmäßig mit derartigen Aussagen konfrontiert zu sein. Je nach Land erklärten zwischen 20 % und 50 % der Befragten, in den vorangegangenen zwölf Monaten „ständig“ oder „oft“ gehört oder gelesen zu haben, dass solche Aussagen getroffen wurden, während 31 % bis 34 % angaben, solche Kommentare manchmal gehört oder gelesen zu haben (Abbildung 6). Die Aussage, dass „Juden nicht in der Lage sind, sich in die Gesellschaft zu integrieren“, bildet eine Ausnahme, da 65 % aller Befragten erklärten, sie in den vorangegangenen zwölf Monaten nicht gehört oder gelesen zu haben. Zu den Aussagen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung am häufigsten („ständig“ oder „oft“) gehört oder gelesen wurden, zählen „Israelis verhalten sich gegenüber den Palästinensern wie Nazis“, (48 % der Befragten haben diese Aussage in den letzten zwölf Monaten ständig oder oft gelesen oder gehört), „Juden haben zu viel Macht (Wirtschaft, Politik, Medien)“ (38 %) und „Juden nutzen ihren Status als Opfer des Holocaust zu ihrem Vorteil aus“ (37 %).

Die Analyse der Prävalenz der aufgeführten Aussagen zeigt einige Unterschiede hinsichtlich der Angaben der Befragten in den acht Mitgliedstaaten. Mit Ausnahme Ungarns und Lettlands erklärten die Befragten in allen Erhebungsländern, am häufigsten Aussagen bezüglich des Verhaltens der Israelis gegenüber den Palästinensern gehört oder gelesen zu haben („ständig“ oder „oft“). In Ungarn gaben drei Viertel der Befragten (75 %) an, oft zu hören, dass Juden im Land zu viel Macht hätten, während mehr als die Hälfte der Befragten (59 %) gehört hat, dass Juden für die aktuelle Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wurden oder behauptet wurde, Juden nutzten ihren Status als Opfer des Holocaust zu ihrem Vorteil aus (57 %). In Lettland ist ein Drittel der Befragten ständig oder oft mit der letztgenannten Aussage konfrontiert. In Frankreich und Schweden erklärte die Hälfte (56 %) bzw. ein Drittel (33 %) der Befragten, oft Aussagen gehört oder gelesen zu haben, denen zufolge die Juden zu viel Macht im Land hätten (Tabelle 4).

Abbildung 6: Häufigkeit, in der die Befragten die ausgewählten Aussagen von Nichtjuden gehört oder gelesen haben, Durchschnitt der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten (%)



Frage: B15a. Wie oft, sofern überhaupt, haben Sie in den LETZTEN 12 MONATEN selbst gesehen oder gehört, dass nichtjüdische Menschen in [A02: COUNTRY] behauptet haben, dass: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Tabelle 4: Anteile der Befragten, welche die ausgewählten Aussagen von Nichtjuden gehört oder gelesen haben, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat In der Erhebung aufgeführte Aussagen	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Israelis verhalten sich „wie Nazis“ gegenüber den Palästinensern	61	49	56	49	59	14	51	35	48
Juden haben in [A02: COUNTRY] zu viel Macht (Wirtschaft, Politik, Medien)	36	28	56	75	35	30	33	21	38
Juden nutzen ihren Status als Opfer des Holocaust zu ihrem Vorteil aus	48	42	44	57	37	33	35	35	37
Juden sind nur eine Religionsgemeinschaft und keine Nation	18	25	28	21	25	8	21	16	22
Juden sind für die gegenwärtige Wirtschaftskrise verantwortlich	23	24	15	47	20	31	19	13	21
Die Interessen von Juden in [COUNTRY] weichen stark von denen der restlichen Bevölkerung ab	20	15	24	59	23	16	15	9	21
Der Holocaust ist ein Mythos oder wird übertrieben dargestellt	21	29	17	44	20	23	15	9	20
Juden sind nicht in der Lage, sich in die [COUNTRY - NATIONAL] Gesellschaft zu integrieren	14	11	13	22	14	5	8	5	11

Frage: B15a. Wie oft, sofern überhaupt, haben Sie in den LETZTEN 12 MONATEN selbst gesehen oder gehört, dass nichtjüdische Menschen in [A02: COUNTRY] behauptet haben, dass: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Berücksichtigt wurden die Antworten „ständig“ und „oft“.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Quelle: FRA, 2013



1.3.2. Kontext negativer Aussagen über Juden

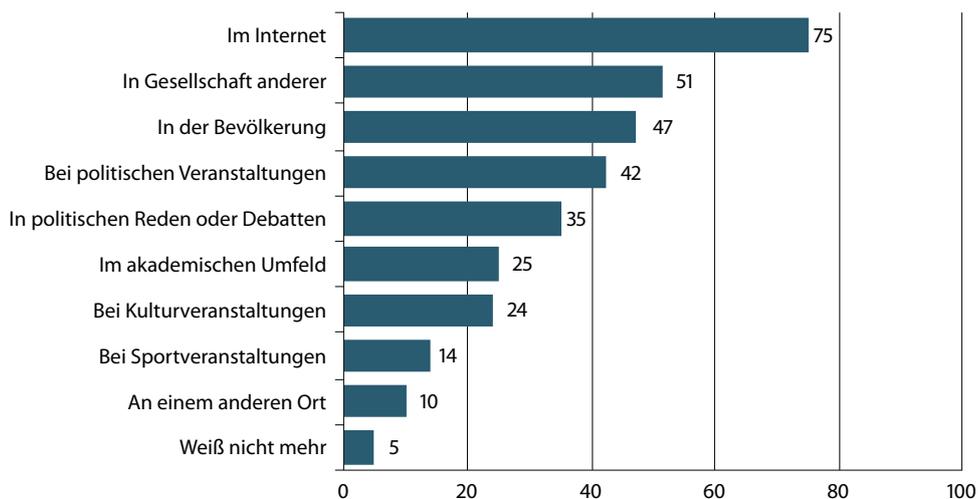
Den Befragten, die angaben, mit negativen Äußerungen über Juden konfrontiert gewesen zu sein, wurden nachfassende Fragen zu den Einzelheiten der jeweiligen Kontexte gestellt, in denen sie gehört oder gelesen haben, dass Nichtjuden solche Aussagen getroffen haben. Die Befragten konnten dabei beliebig viele zutreffende Kontexte auswählen. In den meisten Fällen gaben die Befragten das Internet, einschließlich Blogs und sozialer Netzwerke, als Quelle dieser Aussagen an. Drei Viertel (75 %) der Befragten, die eine oder mehrere der genannten Aussagen gehört oder gelesen hatten, nannten das Internet als Quelle (Abbildung 7). In allen acht erfassten EU-Mitgliedstaaten bezeichneten die Befragten das Internet als das Forum, in dem am häufigsten negative Aussagen getroffen werden. Etwa die Hälfte der Befragten, die negative Aussagen gelesen oder gehört haben, erklärte, diese seien in Gesellschaft anderer oder in der Öffentlichkeit (beispielsweise auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln) gefallen.

Hinsichtlich der Erfahrungen mit antisemitischen Aussagen im Internet und in Gesellschaft anderer sind leichte Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen auszumachen. So nannten beispielsweise 88 % der Befragten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren, die negative Aussagen über Juden gelesen oder gehört haben, das Internet als Quelle dieser Aussagen, gegen-

über 66 % der Befragten über 60 Jahren. Die jüngeren Befragten bekommen häufiger in Gesellschaft anderer (beispielsweise unter Freunden und Kollegen) negative Aussagen über Juden zu hören als die älteren. Unter den jüngsten Befragten (im Alter zwischen 16 und 29 Jahren) erklärten 62 % derer, die negative Aussagen über Juden gehört oder gelesen haben, diese Aussagen seien in Gesellschaft anderer gefallen, während in der ältesten Gruppe (60 Jahre und älter) nur 41 % diesen Kontext als Quelle nannten. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass bestimmte Kontexte in den einzelnen Lebensphasen unterschiedlich oft erlebt werden, da die jüngeren Befragten wohl im Rahmen ihrer Ausbildung oder zu Beginn ihrer Berufstätigkeit häufiger mit verschiedenen Personengruppen zusammentreffen.

Die Untersuchung der Erhebungsergebnisse auf Länderebene zeigt einige deutliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erfahrungen mit negativen Aussagen über Juden im Internet oder in Gesellschaft anderer (Tabelle 5). Von den Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung eine oder mehrere der aufgeführten negativen Aussagen über Juden gelesen oder gehört haben, nannte in Schweden (67 %) und im Vereinigten Königreich (68 %) ein kleinerer Anteil der Befragten als beispielsweise in Ungarn (86 %) das Internet als Quelle. Darüber hinaus gab in Schweden und im Vereinigten Königreich ein geringerer Anteil der Befragten (53 % bzw. 41 %) an, solche Aussagen in Gesellschaft anderer gehört zu haben, als in Belgien, Frankreich oder Italien (58 % bis 59 %).

Abbildung 7: Kontexte, in denen die Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mit bestimmten Aussagen von Nichtjuden konfrontiert waren, Durchschnitt der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten (%)



Frage: B16a. WO haben Sie diese Kommentare in den LETZTEN 12 MONATEN selbst gehört oder gesehen?
Mehrfachantworten möglich.

Anmerkungen: N = 5 385.
Nur die Befragten, die mindestens „manchmal“ mit den Aussagen konfrontiert waren.

Quelle: FRA, 2013

Tabelle 5: Kontexte, in denen die Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mit bestimmten negativen Aussagen von Nichtjuden über Juden konfrontiert waren, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Mögliche Kontexte negativer Aussagen über Juden	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Im Internet (z. B. in Blogs, auf Internetseiten sozialer Netzwerke)	77	72	82	86	81	62	67	68	75
In Gesellschaft anderer (z. B. unter Freunden, Kollegen)	58	56	59	55	59	29	53	41	51
In der Bevölkerung (z. B. auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln)	53	50	45	63	66	45	42	33	47
Bei politischen Veranstaltungen (z. B. einer Demonstration)	46	36	52	61	32	19	36	37	42
In politischen Reden oder Debatten (z. B. im Parlament, bei einer Gewerkschaft)	26	22	34	66	25	29	35	38	35
Im akademischen Umfeld (z. B. an der Universität, in der Schule)	27	24	20	18	28	6	17	37	25
Bei Kulturveranstaltungen (z. B. im Zusammenhang mit Kunst, Theater, Film)	30	16	33	10	21	2	27	25	24
Bei Sportveranstaltungen	13	10	13	40	20	1	9	6	14
An einem anderen Ort	7	9	8	5	7	5	15	14	10

Frage: B16a. WO haben Sie diese Kommentare in den LETZTEN 12 MONATEN selbst gehört oder gesehen? Mehrfachantworten möglich.
Anmerkungen: N = 5 385, im Einzelnen: Belgien = 421, Frankreich = 1 137, Deutschland = 571, Ungarn = 517, Italien = 632, Lettland = 144, Schweden = 703, Vereinigtes Königreich = 1 260.

Nur die Befragten, die mindestens „manchmal“ mit den Aussagen konfrontiert waren.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Quelle: FRA, 2013

Mehr als ein Drittel der Erhebungsteilnehmer, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mit negativen Aussagen über Juden konfrontiert waren, hat diese Äußerungen in einem politischen Kontext gehört oder gelesen, namentlich bei politischen Veranstaltungen (42 %) oder in politischen Reden oder Debatten (wie beispielsweise im Parlament oder bei einer Gewerkschaft). In Ungarn gab die Mehrheit der Befragten an, in einem politischen Kontext antisemitische Äußerungen gehört oder gelesen zu haben (bei politischen Veranstaltungen, 61 %, oder in politischen Reden oder Debatten, 66 %), und in Frankreich erklärte etwa die Hälfte der Befragten (52 %), derartige Aussagen im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen gehört oder gelesen zu haben (Tabelle 5).

Den Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung selbst eine oder mehrere der aufgeführten Aussagen gehört oder gelesen haben, wurden nachfassende Fragen über ihre Wahrnehmungen hinsichtlich der Urheber dieser Aussagen gestellt. Die Antworten zeigen die Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der möglichen politischen oder religiösen Ausrichtung der Personen, die ihrer Auffassung nach hinter diesen Äußerungen standen. Die Befragten wurden nicht auf-

gefordert zu erklären, wie sie zu diesem Schluss gelangt sind. Im Zusammenhang mit der Frage nach den Merkmalen der Personen, welche die vorstehend genannten Aussagen über Juden getroffen haben, wurden den Befragten die folgenden Antwortoptionen vorgelegt:

- jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung;
- jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung;
- jemand mit extremistisch christlicher Orientierung;
- jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung;
- keine der oben genannten trifft zu;
- weiß nicht.

Die Befragten konnten gegebenenfalls mehrere Optionen auswählen oder auch angeben, dass in ihrem Fall keine der genannten Optionen zutreffe. Darüber hinaus wurde die Option „weiß nicht“ angeboten, die beispielsweise zutrifft, wenn die Urheber der Aussagen nicht auszumachen sind, weil diese im Internet ohne weitere Angaben zu ihrem Autor gepostet wurden.



Die Erhebungsergebnisse lassen Rückschlüsse auf die Wahrnehmungen der Befragten zu und vermitteln ein allgemeines Bild von den Urhebern der aufgeführten Aussagen. Sie bieten keine Antworten darauf, wie die Befragten die Urheber dieser Kommentare ausgemacht und eingeordnet haben. Die Ergebnisse zeigen, dass 14 % der Befragten die Urheber nicht anhand der angebotenen Antwortoptionen beschreiben konnten und erklärten, keine von ihnen treffe zu, während 11 % angaben, sie wüssten nicht, wer die Aussagen getroffen habe. Etwa die Hälfte der Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung solche Aussagen gehört oder gelesen haben, ist der Auffassung, der Urheber sei jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung (53 %) oder jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung (51 %) gewesen. Personen mit rechtsgerichteter politischer Orientierung werden von mehr als einem Drittel (39 %) der Befragten als Urheber solcher Aussagen genannt, während jeder Fünfte (19 %) der in den Erhebungsländern Befragten auf Personen mit extremistisch christlicher Orientierung verwies (Tabelle 6).

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass einige der Antwortoptionen häufig gemeinsam genannt wurden – die Befragten hatten die Möglichkeit, alle Optionen auszuwählen, die sie für in ihrem Falle relevant hielten – und von den Befragten häufiger in Kombination mit anderen Optionen ausgewählt wurden. So wählten die Befragten, die den Urheber als „jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung“ beschrieben, häufig auch die Antwortoption „jemand mit extremistisch muslimischer

Orientierung“, während die Option „jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung“ häufig gemeinsam mit der Option „jemand mit extremistisch christlicher Orientierung“ genannt wurde. Unter Umständen haben die Befragten, die mehr als eine Antwortoption ausgewählt haben, auf zwei oder mehr verschiedene Vorfälle Bezug genommen, an denen unterschiedliche Personen beteiligt waren. Die Erhebungsergebnisse für die Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der Urheber der negativen Aussagen belegen keine nennenswerten Unterschiede im Hinblick auf soziodemografische Merkmale der Befragten wie deren Alter, Geschlecht oder Beschäftigungsstatus.

Der Vergleich der Ergebnisse auf Länderebene hingegen ergab deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. So beschrieb beispielsweise in Ungarn ein größerer Anteil der Befragten den Urheber negativer Kommentare über Juden als jemanden mit rechtsgerichteter politischer Orientierung (79 %), während die Befragten in Frankreich (67 %) und Italien (62 %) häufiger als die Erhebungsteilnehmer in anderen Ländern jemanden mit linksgerichteter politischer Orientierung als Urheber nannten. Darüber hinaus nahm offenbar in Frankreich (73 %) und Belgien (60 %) ein größerer Anteil der Befragten als in den anderen Ländern den Urheber als jemanden mit extremistisch muslimischer Orientierung wahr. In Italien (36 %) und Ungarn (32 %) wählte ein größerer Anteil der Befragten als in den übrigen erfassten EU-Mitgliedstaaten Personen mit extremistisch christlicher Orientierung als Urheber der aufgeführten Aussagen (Tabelle 6) aus.

Tabelle 6: Beschreibung der Personen, die in den letzten zwölf Monaten negative Aussagen über Juden getroffen haben, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Beschreibung der Personen	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung	58	47	67	12	62	15	54	57	53
Jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung	60	48	73	15	38	10	51	56	51
Jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung	32	40	27	79	55	29	31	33	39
Jemand mit extremistisch christlicher Orientierung	16	13	22	32	36	14	7	14	19
Keine der oben genannten trifft zu	14	22	8	12	22	15	21	10	14
Weiß nicht	10	13	6	6	4	41	11	15	11

Frage: B16b. Käme eine der folgenden Beschreibungen für den/die Person/en in Frage, die diese Kommentare abgegeben haben? Mehrfachantworten möglich.

Anmerkungen: N = 5 449, im Einzelnen: Belgien = 421, Frankreich = 1 137, Deutschland = 571, Ungarn = 517, Italien = 632, Lettland = 144, Schweden = 703, Vereinigtes Königreich = 1 260.

Nur die Befragten, die mindestens „manchmal“ mit den Aussagen konfrontiert waren.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Quelle: FRA, 2013

1.3.3. Beurteilung des antisemitischen Inhalts ausgewählter Auffassungen oder Handlungen von Nichtjuden

Neben den negativen Aussagen über Juden wurde im Rahmen der Erhebung auch untersucht, in welchem Maße die Befragten bestimmte Verhaltensweisen oder Handlungen von Nichtjuden als antisemitisch empfinden. Mithilfe dieser Fragen sollten die Wahrnehmungen der Befragten im Zusammenhang mit Antisemitismus präziser erfasst werden. Die im Zuge der Erhebung gestellten Fragen betrafen Auffassungen über Juden, Haltungen oder Verhaltensweisen gegenüber Juden, bestimmte Aussagen, wie beispielsweise Juden hätten typische äußerliche Merkmale, sowie die Unterstützung von Boykotten israelischer Waren (Tabelle 7 zeigt die vollständige Liste der Antwortoptionen sowie die entsprechenden Ergebnisse). Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob sie diese Auffassungen oder Handlungen von Nichtjuden als antisemitisch erachten. Dabei wurden keine nachfassenden Fragen zu Aspek-

ten wie der Häufigkeit oder möglicher Merkmale der Personen gestellt, die diese Auffassungen vertraten oder die betreffenden Handlungen ausführten.

Die Mehrheit der Erhebungsteilnehmer betrachtet die meisten der in den Fragen aufgeführten Auffassungen oder Handlungen als antisemitisch. Als einzige Ausnahme empfindet es nur ein Drittel (34 %) der Befragten als antisemitisch, wenn ein Nichtjude „Israel kritisiert“. Die einzelnen in den Fragen aufgeführten Auffassungen oder Handlungen wurden von unterschiedlich großen Anteilen der Befragten als antisemitisch bezeichnet. Im Durchschnitt der acht Länder reichen diese Anteile von 53 % der Befragten, in deren Augen eine nicht jüdische Person „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ antisemitisch ist, wenn sie stets explizit darauf hinweist, wer von ihren Bekannten Jude ist, bis hin zu 89 % der Befragten, die erklärten, dass ein Nichtjude, der die in seinem Land lebenden Juden nicht als Staatsangehörige dieses Landes betrachtet, „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich antisemitisch“ ist. Tabelle 7 zeigt einen Überblick über die Antworten der Befragten in den acht erfassten EU-Mitgliedstaaten.

Tabelle 7: Anteile der Befragten, die bestimmte Auffassungen oder Handlungen von Nichtjuden als antisemitisch betrachten, nach Art der Auffassung oder Handlung, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Mögliche antisemitische Auffassungen oder Handlungen	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Mögliche antisemitische Auffassungen oder Handlungen	93	73	95	90	92	58	86	92	89
Unterstützt Boykotte israelischer Waren/Produkte	74	79	85	77	79	75	53	65	72
Denkt, dass Juden typische äußerliche Merkmale haben	72	68	80	68	80	51	56	58	67
Würde keinen Juden heiraten	57	68	57	78	67	62	72	53	62
Erwähnt immer besonders, wer von seinen oder ihren Bekannten Jude ist	53	48	61	67	57	44	50	45	53
Unterstützt Boykotte israelischer Waren/Produkte	34	32	42	36	37	43	21	32	34

Frage: B17. Und wäre eine nichtjüdische Person in Ihren Augen antisemitisch, wenn er oder sie: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Berücksichtigt wurden die Antworten „ja, auf jeden Fall“ und „ja, wahrscheinlich“.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt.

Quelle: FRA, 2013



Stellungnahme der FRA

Um zu gewährleisten, dass Diskriminierung und Hasskriminalität systematisch und koordiniert bekämpft werden, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in einer Reihe relevanter Bereiche in die einschlägigen nationalen Strategien und Aktionspläne einbezogen werden, darunter auch in die Strategien und Aktionspläne für Menschenrechte, Gleichstellung, Prävention von Straftaten und Gewalt sowie in die auf lokaler Ebene konzipierten Strategien und Pläne.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten wirksame Verfahren ermitteln, um der zunehmenden Besorgnis über Antisemitismus im Internet Rechnung zu tragen. Dies gilt umso mehr, als Antisemitismus im Internet seinem Wesen nach ein grenzübergreifendes Problem darstellt, das nicht durch die Grenzen einzelner Mitgliedstaaten beschränkt ist und somit gemeinsam in Angriff genommen werden muss.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen in Erwägung ziehen, um die Rechtsgrundlage für die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität und antisemitisch motivierten Straftaten im Internet zu verstärken. In diesem Zusammenhang sollte das Zusatzprotokoll des Europarates zum Übereinkommen von Budapest über Computerkriminalität ratifiziert und Artikel 9 des Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt werden, nach dem die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre gerichtliche Zuständigkeit in Bezug auf bestimmte Formen der Computerkriminalität zu begründen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten in Erwägung ziehen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Einklang mit diesen Rechtsinstrumenten in ihrem Strafrecht als Straftat zu umschreiben. Zugleich sollten sie ihre Strafjustizbehörden mit den erforderlichen verfahrensrechtlichen Befugnissen für die Untersuchung und Verfolgung solcher Straftaten ausstatten. Sie sollten ferner, wie im Übereinkommen über Computerkriminalität vorgesehen, in ihren Bemühungen um die Bekämpfung solcher Straftaten auf internationaler Ebene zusammenarbeiten.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Errichtung polizeilicher Fachdienststellen in Erwägung ziehen, die Hasskriminalität im Internet überwachen und entsprechende Ermittlungen aufnehmen. Zudem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Internetnutzer zu ermutigen, antisemitische Inhalte bei der Polizei zu melden.

Das Internet spielt als Kommunikationsmittel für viele Europäer eine immer wichtigere Rolle, doch bietet es eine Anonymität, die so manchen Nutzer unter Umständen dazu verleitet, beleidigendes oder leichtfertig erstelltes Material online zu veröffentlichen. Mit Unterstützung der EU sollten die EU-Mitgliedstaaten Lehrmittel und Bildungsmaterial zur Vermittlung bewährter Vorgehensweisen für Veröffentlichungen im Internet entwickeln und sie in die Lehrpläne des muttersprachlichen Unterrichts integrieren.

2

Sicherheitsempfinden



In diesem Kapitel wird untersucht, in welchem Maße sich Juden sicher genug fühlen, um in ihrem Wohngebiet und Wohnsitzland offen ein Leben als Juden zu führen. In diesem Zusammenhang werden Daten über das Ausmaß vorgestellt, in dem die befragten Juden Zeugen oder Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle von verbaler Beleidigung, körperlicher Gewalt oder mutwilliger Beschädigung ihres Eigentums wurden. Ferner beschreiben die Erhebungsergebnisse, in welchem Maße die Befragten fürchten, dass sie selbst oder ihre Familienangehörigen Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle werden könnten, und welche Maßnahmen sie aus Sorge um ihre Sicherheit ergreifen. Unter anderem werden die Antworten auf die Frage erörtert, ob aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus bestimmte Maßnahmen ergriffen oder in Erwägung gezogen werden, wie beispielsweise das Meiden bestimmter Orte oder die Bestrebung, in der Öffentlichkeit nicht als Jude erkannt zu werden. Des Weiteren werden kurz die Auffassungen der Befragten über die möglichen Auswirkungen internationaler Ereignisse auf ihr Leben als Juden in der EU dargestellt.

2.1. Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen

Die Erhebungsteilnehmer wurden nach ihren Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen von verbaler Beleidigung, Belästigung und körperlichen Angriffen der letzten zwölf Monate vor der Erhebung gefragt. Um ein möglichst breites Spektrum von Vorfällen abzudecken, konnten die Befragten zunächst beschreiben, inwieweit sie mit antisemitisch motivierten Vorfällen im Allgemeinen konfrontiert waren, d. h. ohne ausführlichere Angaben zu anderen möglichen

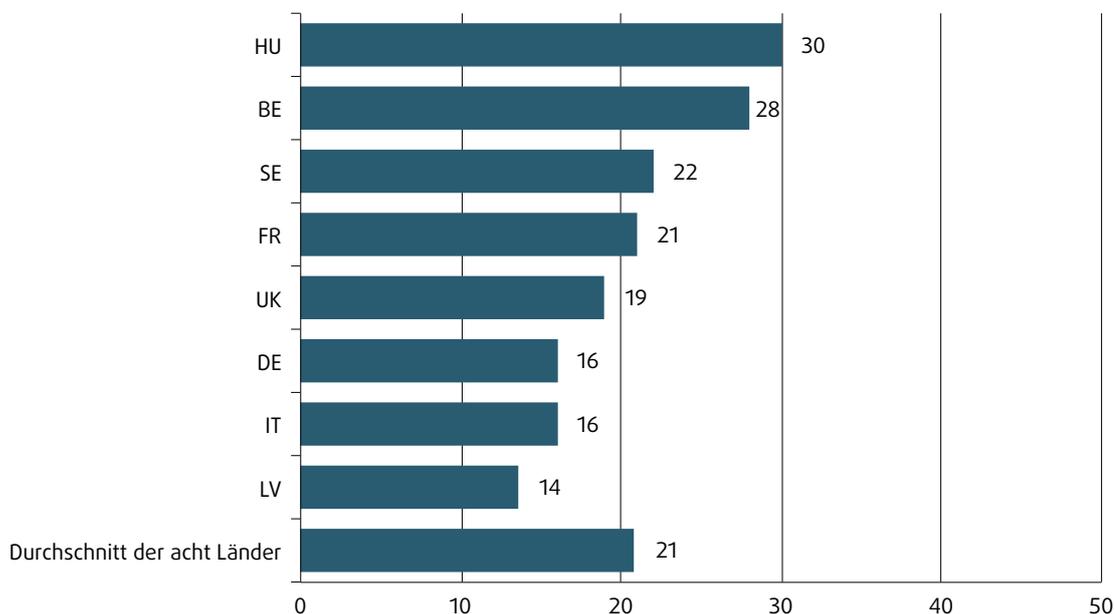
Merkmale dieser Vorfälle, die über ihre Einstufung als verbale Beleidigung, Belästigung oder körperlicher Angriff hinausgehen. Im weiteren Verlauf der Erhebung wurden die Teilnehmer ausführlicher zur Häufigkeit verschiedener Formen von Belästigung und körperlicher Gewalt befragt. Die entsprechenden Ergebnisse werden in Kapitel 3 dieses Berichts „Gegen Juden gerichtete Gewalt: Erfahrungen mit Belästigung, Vandalismus und körperlicher Gewalt“ vorgestellt.

Insgesamt wurde jeder fünfte Befragte (21 %) in den letzten zwölf Monaten Opfer mindestens eines Vorfalles antisemitisch motivierter verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder eines körperlichen Angriffs. Am häufigsten nannten die Befragten verbale Beleidigung oder Belästigung, während 2 % aller Befragten angaben, Opfer eines antisemitisch motivierten körperlichen Angriffs geworden zu sein. Die höchsten Inzidenzraten wurden in Ungarn, Belgien und Schweden verzeichnet, wo 30 %, 28 % bzw. 22 % der Befragten erklärten, in den vorangegangenen zwölf Monaten Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder eines körperlichen Angriffs geworden zu sein (Abbildung 8).

In den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung wurden 21 % aller Befragten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer eines oder mehrerer Vorfälle von verbaler Beleidigung oder Belästigung oder eines körperlichen Angriffs.

Persönliche Erfahrungen mit Gewalt und Belästigung können sich unmittelbar auf das Sicherheitsempfinden eines Menschen auswirken. Ein ebenso starkes Gefühl der Gefährdung kann aber auch ausgelöst werden, wenn beobachtet wird, wie andere – insbesondere dem Betreffenden nahestehende Personen wie Familienangehörige und Freunde – behandelt werden. Neben persönlichen Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen wur-

Abbildung 8: Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder körperlicher Angriffe wurden, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Fragen: *B09a. Haben Sie in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY] aus irgendeinem Grunde einen der folgenden Vorfälle am eigenen Leib erlebt?*

B09b. Hat sich einer dieser Vorfälle Ihrer Meinung nach deswegen ereignet, WEIL Sie Jude sind?

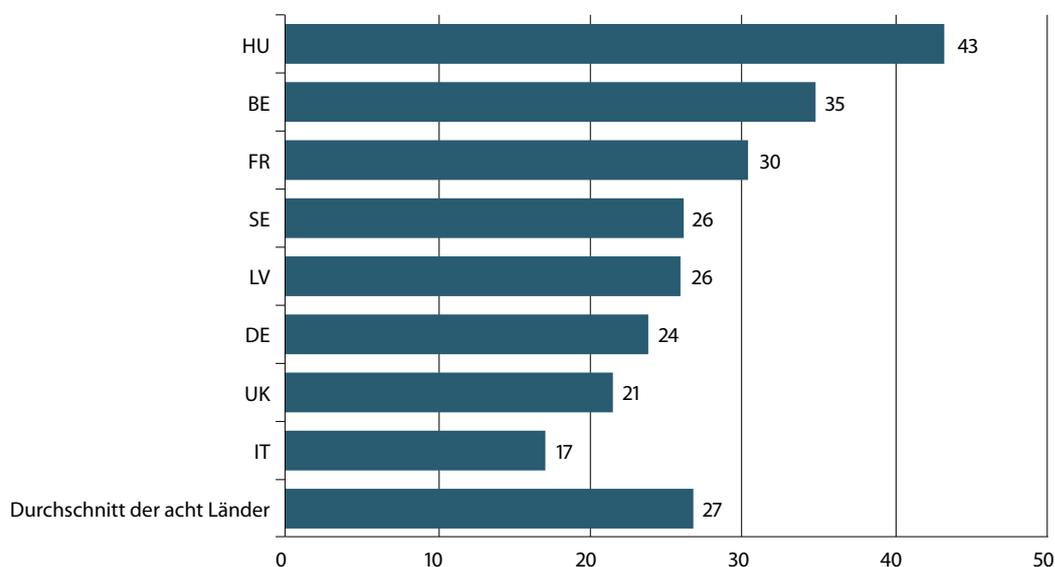
Anmerkungen: *N = 5 847.*

Quelle: *FRA, 2013*

den die Erhebungsteilnehmer daher auch gefragt, ob sie Zeuge wurden, wie andere Personen Opfer antisemitisch motivierter Beleidigung, Belästigung oder körperlicher Angriffe wurden, oder ob ihre Familienangehörigen oder engen Freunde in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer eines solchen Vorfalls wurden. Gut ein Viertel (27 %) der Befragten erklärte, Zeuge von gegen andere Juden gerichteten antisemitisch motivierten Vorfällen geworden zu sein. Ein ähnlich großer Anteil (24 %) der Befragten gab an, dass Familienangehörige oder enge Freunde Opfer antisemitisch motivierter verbaler oder körperlicher Angriffe wurden (Abbildungen 9 und 10). In Ungarn, Belgien und Frankreich wurden die höchsten Anteile der Befragten ermittelt, die indirekt von antisemitisch motivierten Vorfällen betroffen waren, sei es als Zeuge (43 %, 35 % bzw. 30 %) oder im Zusammenhang mit ihrer Familie oder ihrem engsten Freundeskreis (30 %, 32 % bzw. 31 %).

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass die Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle wurden, jünger waren als der Durchschnitt der Befragten. Die höchste Viktimisierungsrates wurde unter den jüngsten, die niedrigste unter den ältesten Befragten ermittelt: Ein Drittel (34 %) der jüngsten Befragten (16 bis 29 Jahre) gab an, in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer eines antisemitisch motivierten Vorfalls geworden zu sein. In den mittleren Altersgruppen erklärte etwa ein Viertel der Befragten, in den vorangegangenen zwölf Monaten Opfer eines antisemitisch motivierten Vorfalls geworden zu sein: Die Raten unter den 30- bis 44-jährigen und den 45- bis 59-jährigen Befragten beliefen sich auf 28 % bzw. 23 %. In der Altersgruppe der mindestens 60-jährigen schließlich wurde etwa jeder Zehnte (12 %) der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer eines antisemitisch motivierten Vorfalls.

Abbildung 9: Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten Zeuge von Vorfällen wurden, bei denen andere Juden Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder körperlicher Gewalt wurden, nach EU-Mitgliedstaat (%)

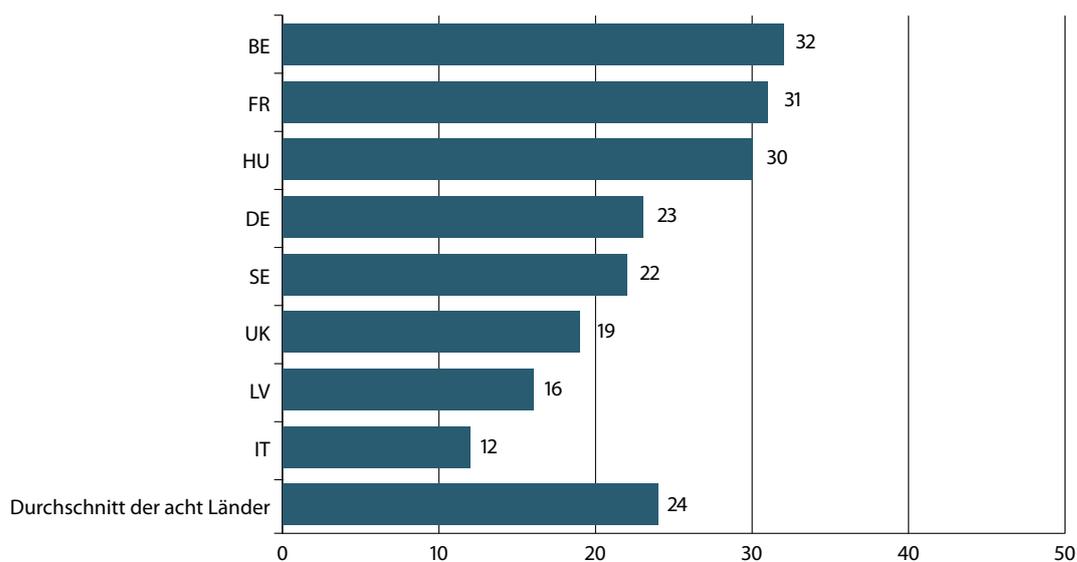


Frage: B09b. Wurden Sie in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY] selbst Zeuge eines der folgenden Muster antisemitischer Vorfälle?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 10: Anteile der Befragten, deren Familienangehörigen oder enge Freunde in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder körperlicher Angriffe wurden, nach EU-Mitgliedstaat (%)

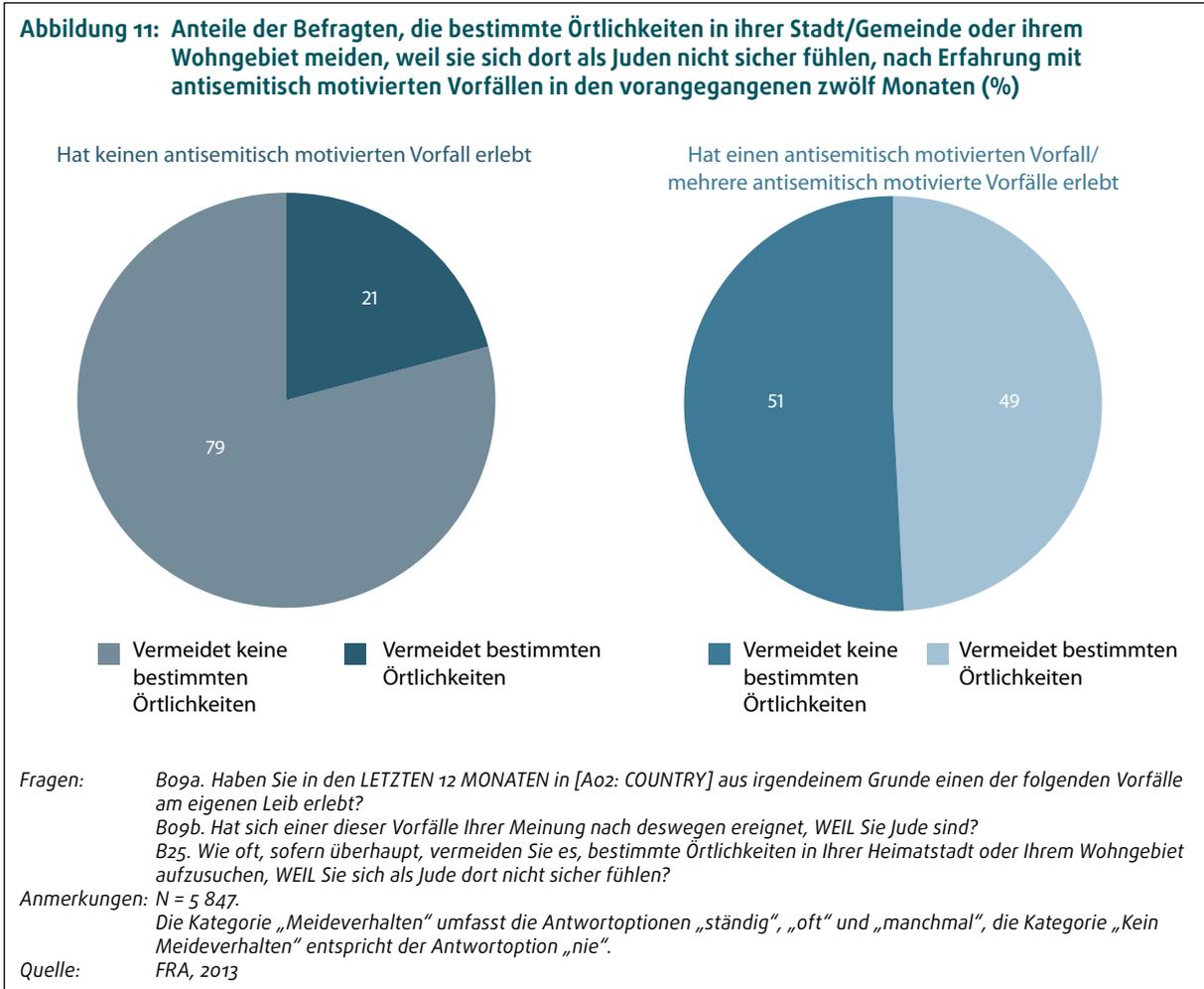


Fragen: B12a. Wurde ein Familienmitglied oder eine Ihnen nahestehende Person (wie beispielsweise ein Elternteil, eines Ihrer Kinder, Ihr Partner, ein anderer Verwandter oder ein enger Freund) in den LETZTEN 12 MONATEN aus irgendeinem Grund Opfer eines der folgenden Muster von Vorfällen?

B12b. Hat sich einer dieser Zwischenfälle Ihrer Meinung nach deswegen ereignet, WEIL die betroffene Person Jude ist?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013.



Die Erhebungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Befragten, die kürzlich, d. h. in den letzten zwölf Monaten, Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle wie verbaler Belästigung oder körperlicher Angriffe wurden, aus Furcht vor Angriffen häufiger bestimmte Örtlichkeiten in ihrer Stadt/Gemeinde oder ihrem Wohngebiet meiden als andere Befragte. Jedes zweite Opfer eines antisemitisch motivierten Vorfalles (49 %) gab an, bestimmte Örtlichkeiten in seiner Stadt/Gemeinde oder seinem Wohngebiet zu meiden, während dies unter den Befragten, die keine Erfahrung mit antisemitisch motivierten Vorfällen gemacht haben, nur auf jeden Fünften zutrifft (Abbildung 11).

2.2. Furcht vor Viktimisierung durch Hasskriminalität

Umfassende Forschungsarbeiten zur Furcht vor Viktimisierung haben gezeigt, dass sich die Angst und Sorge, selbst Opfer einer Straftat zu werden, negativ auf das Leben der betroffenen Menschen auswirkt. Fragen

über diese Angst sind inzwischen fester Bestandteil nationaler und internationaler Viktimisierungserhebungen, welche die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Allgemeinbevölkerung zum Gegenstand haben¹³. Die Furcht vor Viktimisierung kann verschiedene Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt haben. So wurde beispielsweise in einem vom irischen *National Crime Council* in Auftrag gegebenen Bericht darauf hingewiesen, dass zu den negativen Folgen der Angst vor Viktimisierung auch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und/oder der Aktivitäten der Betroffenen zählt, welche wiederum deren körperliches, soziales und emotionales Wohlbefinden beeinträchtigt¹⁴. Eine Vielzahl von Faktoren, wie beispielsweise die Berichterstattung über bestimmte Ereignisse und Diskussionen in den Medien, kann Furcht oder Sorge auslösen, wobei die Menschen unterschiedlich auf solche Ängste reagieren.

¹³ Vereinte Nationen, Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung/Wirtschaftskommission für Europa (2010), S. 56 f.

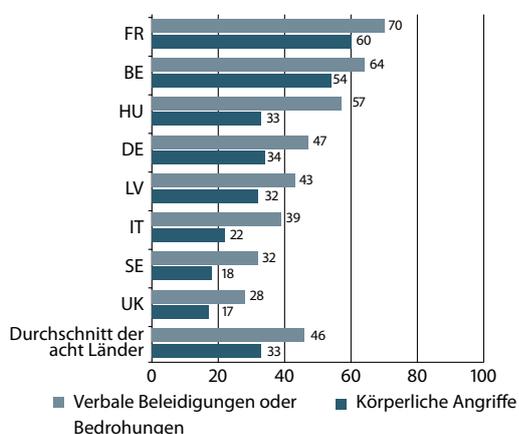
¹⁴ *National Crime Council* und Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Rechtsreform (2009), S. v.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob sie besorgt seien, dass sie selbst, ein Familienangehöriger oder eine andere ihnen nahestehende Person in den nächsten zwölf Monaten an einem öffentlichen Ort Opfer von Belästigung oder eines körperlichen Angriffs werden könnten. Fast die Hälfte (46 %) der Befragten erklärte, sich Sorgen darüber zu machen, in diesem Zeitraum mit antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung konfrontiert zu werden, während ein Drittel (33 %) befürchtete, Opfer eines antisemitisch motivierten körperlichen Angriffs zu werden. Der Vergleich der für die einzelnen acht erfassten EU-Mitgliedstaaten verzeichneten Ergebnisse zeigt, dass in Frankreich der größte Anteil der Befragten diesbezüglich besorgt war (70 % machten sich Sorgen über mögliche antisemitische verbale Beleidigung und Belästigung, während 60 % Angst vor antisemitisch motivierten körperlichen Angriffen hatten), gefolgt von Belgien (64 % bzw. 54 %) und Ungarn (57 % bzw. 33 %) (Abbildung 12).

Knapp die Hälfte (46 %) aller Befragten befürchtet, innerhalb der nächsten zwölf Monate selbst Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, während sich ein Drittel (33 %) vor körperlichen Angriffen fürchtet (innerhalb desselben Zeitraums).

Die Befragten machten sich häufiger Sorgen, dass Familienangehörige oder andere ihnen nahestehende Personen angegriffen werden könnten, als darüber, selbst Opfer eines Angriffs zu werden. In der Tat belegen kriminologische Forschungsarbeiten, dass manche Menschen – insbesondere Männer – dazu neigen, das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, zu unterschätzen¹⁵. Nur knapp über die Hälfte der Befragten (52 %) befürchtete, dass ihre Familienangehörigen oder andere ihnen nahestehende Personen in den nächsten zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum belästigt oder beleidigt werden könnten, während 41 % Angst vor antisemitisch motivierten körperlichen Angriffen auf

Abbildung 12: Anteile der Befragten, die befürchten, innerhalb der nächsten zwölf Monate aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum selbst Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung oder eines körperlichen Angriffs zu werden, nach EU-Mitgliedstaat (%)

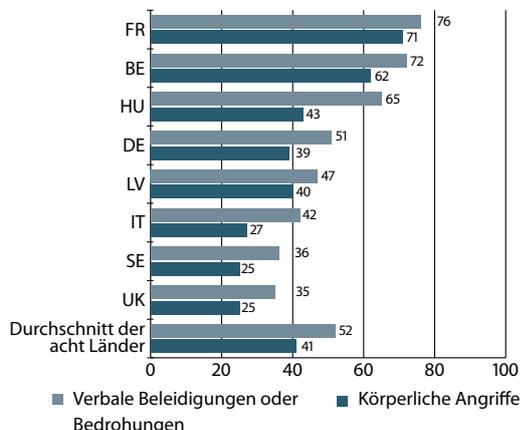


Frage: B06/7. Wie sehr, sofern überhaupt, sind Sie besorgt, dass Sie in den nächsten 12 Monaten in [A02: COUNTRY] auf der Straße oder an einem anderen öffentlichen Ort Opfer eines der folgenden Muster von Vorfällen werden könnten, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkungen: N = 5 847 Berücksichtigt wurden die Antworten „sehr besorgt“ und „ziemlich besorgt“.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 13: Anteile der Befragten, die befürchten, dass ein Familienangehöriger oder eine andere ihnen nahestehende Person innerhalb der nächsten zwölf Monate aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung oder eines körperlichen Angriffs werden könnte, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: B10/11. Wie sehr, sofern überhaupt, sind Sie besorgt, dass ein Familienmitglied oder eine Ihnen nahestehende Person (wie beispielsweise ein Elternteil, eines Ihrer Kinder, Ihr Partner, ein anderer Verwandter oder ein enger Freund) in den nächsten 12 Monaten in [A02: COUNTRY] auf der Straße oder an einem anderen öffentlichen Ort Opfer einer der folgenden Muster von Vorfällen werden könnte, WEIL er/sie Jude ist?

Anmerkungen: N = 5 847 Berücksichtigt wurden die Antworten „sehr besorgt“ und „ziemlich besorgt“.

Quelle: FRA, 2013

15 Sutton, E. M. und Farrall, S. (2005).

ihre Familienangehörigen oder engen Freunde hatten. Auf Länderebene zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. In Frankreich machten sich 76 % der Befragten Sorgen, dass Familienangehörige oder enge Freunde in den nächsten zwölf Monaten Opfer antisemitischer Beleidigung oder Belästigung werden könnten, während 71 % antisemitisch motivierte körperliche Angriffe auf ihnen nahestehende Personen befürchteten. In Belgien und Ungarn wurden die nächstgrößten Anteile der Befragten ermittelt, die erklärten, sich Sorgen zu machen: In Belgien befürchteten 72 %, dass ein Familienangehöriger oder eine andere ihnen nahestehende Person Opfer antisemitischer Beleidigung oder Belästigung werden könnte, und 62 % waren besorgt, diese könnten Opfer eines körperlichen Angriffs werden, während in Ungarn diesbezüglich Anteile von 65 % bzw. 43 % ermittelt wurden (Abbildung 13).

Des Weiteren wurden den Erhebungsteilnehmern entsprechende Fragen zu ihren Erfahrungen mit gegen etwaige Kinder oder Enkel gerichteten antisemitisch motivierten Vorfällen gestellt. Jeder zehnte (11 %) Befragte mit mindestens einem Kind oder Enkelkind, das einen Kindergarten oder eine Schule besuchte, erklärte, sein Kind oder Enkelkind sei in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung im Kindergarten, in der Schule oder auf dem Weg dorthin Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung, eines antisemitisch motivierten Angriffs oder sowohl eines verbalen als auch eines körperlichen Angriffs geworden. Zwei Drittel (66 %) der Eltern oder Großeltern machten sich Sorgen, dass ihre Kinder oder Enkel in der Schule, im Kindergarten oder auf dem Weg dorthin Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung werden könnten, während gut die Hälfte von ihnen (52 %) befürchtete, ihre Kinder oder Enkel könnten in diesen Situationen Opfer eines antisemitisch motivierten Angriffs werden.

Die Besorgnis hinsichtlich antisemitisch motivierter körperlicher Gewalt oder verbaler Belästigung steht offenbar damit in Zusammenhang, wie religiös die Befragten sind und wie sie ihre jüdische Identität begreifen. Die Befragten, die ihre Religiosität als hoch einstufen (auf einer Zehnpunkteskala von „überhaupt nicht religiös“ bis zu „sehr religiös“), befürchteten am häufigsten, dass sie in den nächsten zwölf Monaten Opfer verbaler Belästigung oder eines körperlichen Angriffs werden könnten, während sich die Befragten, die sich als weniger religiös bezeichneten, auch weniger Sorgen darüber machten, Opfer antisemitisch motivierter Belästigung oder körperlicher Angriffe zu werden. So reichen beispielsweise die Ergebnisse im Hinblick auf die Sorge, in den nächsten zwölf Monaten Opfer antisemitischer verbaler Belästigung zu werden, von 61 % der Befragten, die ihre Religiosität als hoch einstufen, bis hin zu 37 % der Befragten, die sich selbst als weniger religiös bezeichneten. Analog dazu

äußerten sich die Befragten, die ihre jüdische Identität auf der in der Erhebung herangezogenen Skala als stark bezeichneten, am häufigsten besorgt über eine mögliche Viktimisierung, während sich die Befragten, die ihre jüdische Identität als schwächer einstufen, am wenigsten Sorgen machten.

„Ich mache mir besonders große Sorgen, dass mein Sohn, wenn er (in ein paar Jahren) eine nicht jüdische Sekundarschule besucht, gelegentlich antisemitische Kommentare über Wohlstand und Macht der Juden oder insbesondere über Juden und Israel/Palästina zu hören bekommt. Wenn er eine jüdische Schule besucht, habe ich Angst, dass ihn seine Schuluniform zur Zielscheibe macht, wenn er alleine zur Bushaltestelle geht.“

Ich persönlich war im letzten Jahr kaum mit Antisemitismus konfrontiert, aber ich kenne Leute, bei denen das Gegenteil der Fall war. Ich mache einen Jiddischkurs in der Stadt und versuche, mein Buch zu verstecken, wenn ich es in der Bahn lese, damit die Leute nicht denken, es sei hebräisch, und mich anpöbeln.“

(Frau, 45 bis 49 Jahre, Vereinigtes Königreich)

„Manchmal bin ich schockiert darüber, dass sich meine Kinder als Schweden in der dritten Generation nicht sicher fühlen.“

(Mann, 50 bis 54 Jahre, Schweden)

„Es geht nicht nur um antisemitische Beleidigungen oder Angriffe. Es geht auch darum, dass man angesehen/angestarrt oder auch von den Lehrern augenscheinlich weniger aggressiv gemäßregelt wird (diese Erfahrungen haben meine Söhne – einer auf der Primarschule und einer auf der Sekundarschule – gemacht).“

(Mann, 50 bis 54 Jahre, Italien)

„Meine Tochter war letztes Jahr am 19. März in der Ozar-Hatorah-Sekundarschule in Toulouse. Diese Tragödie hatte für sie und für uns schreckliche psychische Folgen.“

(Frau, 45 bis 49 Jahre, Frankreich)

„Ich selbst habe zwar keine Erfahrungen mit Angriffen oder irgendwelchen Unannehmlichkeiten gemacht, aber ich bin mir sehr bewusst, was die Leute mitunter über Juden denken. Ich bin vorsichtiger geworden. Mein Vater hat Angst, dass ich verstärkt Gefahr laufe, angegriffen zu werden, weil ich einen Davidstern trage.“

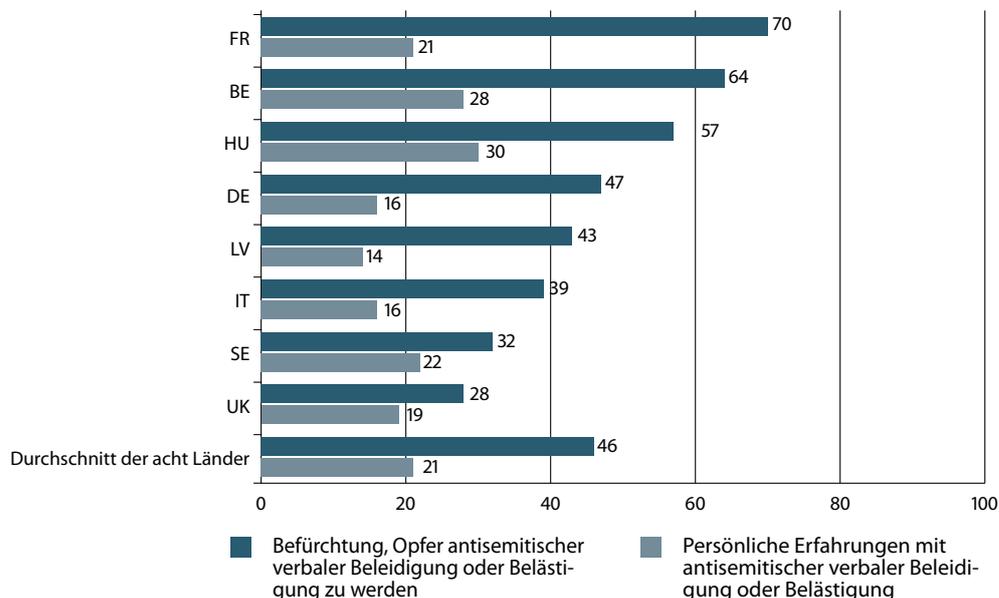
(Frau, 40 bis 44 Jahre, Schweden)

Untersucht man die Erhebungsergebnisse im Einzelnen, so zeigt sich, dass unter den Befragten die Sorge, Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung und/oder eines körperlichen Angriffs zu werden, größer ist als das Ausmaß der tatsächlichen Erfahrungen mit derartigen Vorfällen. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen, die im Rahmen der Viktimisierungserhebungen in der Allgemeinbevölkerung ermittelt wurden¹⁶. Neben persönlichen Erfahrungen kann die

¹⁶ Van Dijk, J., Van Kesteren, J. und Smit, P. (2007), S. 133.



Abbildung 14: Vergleich des Ausmaßes der persönlichen Erfahrungen mit antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung und der Befürchtung, Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Fragen: B06/7. Wie sehr, sofern überhaupt, sind Sie besorgt, dass Sie in den nächsten 12 Monaten in [A02: COUNTRY] auf der Straße oder an einem anderen öffentlichen Ort Opfer eines der folgenden Muster von Vorfällen werden könnten, WEIL Sie Jude sind? B09a. Haben Sie in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY] aus irgendeinem Grunde einen der folgenden Vorfälle am eigenen Leib erlebt? B09b. Hat sich einer dieser Vorfälle Ihrer Meinung nach deswegen ereignet, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Furcht vor Viktimisierung auch durch Erfahrungen von Familienangehörigen oder Freunden, Medienberichte über Vorfälle oder sogar internationale politische Entwicklungen geschürt werden.

Im Durchschnitt der acht erfassten Mitgliedstaaten haben 21 % der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Erfahrungen mit antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung gemacht, während 46 % befürchteten, in den nächsten zwölf Monaten Opfer derartiger antisemitisch motivierter Vorfälle zu werden (Abbildung 14). Was körperliche Angriffe betrifft, so wurden 2 % in den letzten zwölf Monaten Opfer eines Angriffs, während 33 % angaben, sich Sorgen zu machen, in den nächsten zwölf Monaten Opfer eines solchen Vorfalls zu werden. Die Zahl der tatsächlichen Erfahrungen mit körperlichen Angriffen ist zu gering, um aussagekräftige Ländervergleiche zu ermöglichen. Die Ergebnisse hinsichtlich des Ausmaßes der Gefühle der Unsicherheit – gemessen anhand der Furcht vor Viktimisierung – lassen unter Umständen auf die Notwendigkeit schließen, spezifische Maßnahmen im Hinblick auf die Befürchtungen der Menschen und ihr Sicherheitsempfinden zu ergreifen. Dies wird in den folgenden Abschnitten erörtert.

Des Weiteren wurden die Erhebungsteilnehmer gefragt, ob sie dazu neigen, das Tragen oder Sichtbarmachen bestimmter Gegenstände zu vermeiden, anhand derer

sie in der Öffentlichkeit als Juden identifiziert werden könnten. Die entsprechenden Ergebnisse werden später in diesem Bericht vorgestellt (siehe Abschnitt 2.3 – Reaktionen auf Sicherheitsbedenken: ergriffene oder in Erwägung gezogene Maßnahmen). An dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Erhebungsdaten eine Korrelation zwischen der Furcht vor antisemitisch motivierter Viktimisierung und dem Meiden des Tragens oder Sichtbarmachens erkennbarer Zeichen belegen. Mehr als drei Viertel (76 %) der Befragten, die besorgt („sehr besorgt“ oder „ziemlich besorgt“) sind, in den nächsten zwölf Monaten Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, vermeiden es zumindest manchmal, in der Öffentlichkeit Gegenstände zu tragen oder sichtbar zu machen, anhand derer sie als Juden identifiziert werden könnten („immer“, 27 %, „häufig“, 22 %, oder „manchmal“, 27 %). Dagegen erklärten etwa drei Fünftel (59 %) der Befragten, die nicht besorgt („nicht sehr besorgt“ oder „überhaupt nicht besorgt“) sind, in den nächsten zwölf Monaten Opfer antisemitischer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, es zumindest manchmal zu vermeiden, in der Öffentlichkeit Gegenstände zu tragen oder sichtbar zu machen, anhand derer sie als Juden identifiziert werden könnten. Dies lässt den Schluss zu, dass sich manche Befragte aufgrund von Sicherheitsbedenken gezwungen fühlen, ihre jüdische Identität in der Öffentlichkeit zu verbergen, und damit in ihrer Freiheit eingeschränkt sind, offen als Juden zu leben.

2.3. Reaktionen auf Sicherheitsbedenken: ergriffene oder in Erwägung gezogene Maßnahmen

Die Erfahrung mit Belästigung oder körperlichen Angriffen – oder die Angst davor, Opfer derartiger Vorfälle zu werden – führt unter Umständen dazu, dass die Betroffenen Schritte unternehmen, die sie als notwendig empfinden, um das Risiko einer Viktimisierung zu verringern, selbst wenn diese Schritte – wie verbesserte Sicherheitsmaßnahmen oder die Umgestaltung des Alltags, um als gefährlich wahrgenommene Gegenden zu meiden – erhebliche Kosten verursachen oder die Lebensqualität deutlich einschränken.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob und wie oft sie jüdische Veranstaltungen oder Stätten oder bestimmte Örtlichkeiten in ihrem Wohngebiet meiden, weil sie sich dort als Juden nicht sicher fühlen. Fast ein Viertel (23 %) aller Befragten gab an, zumindest manchmal auf den Besuch jüdischer Veranstaltungen oder Stätten zu verzichten, weil es sich dort oder auf dem Weg dorthin als Jude nicht sicher fühlt. Gut ein Viertel (27 %) der Befragten meidet zumindest manchmal bestimmte Örtlichkeiten in seiner Stadt/Gemeinde oder seinem Wohngebiet, weil es sich dort als Jude nicht sicher fühlt, wobei diesbezüglich in Belgien, Ungarn und Frankreich höhere Anteile ermittelt wurden (42 %, 41 % bzw. 35 %).

„Wir versuchen, bestimmte Gegenden zu meiden, von denen wir wissen, dass dort Antisemitismus vorherrscht, z. B. Einwandererviertel, in denen mehrheitlich Muslime leben. Wir wohnen in einem relativ sicheren Gebiet.“

(Mann, 60 bis 69 Jahre, Schweden)

Die Tatsache, dass die Befragten aufgrund von Sicherheitsbedenken bestimmte jüdische Veranstaltungen oder Stätten meiden, lässt womöglich den Schluss zu, dass Teile der jüdischen Bevölkerung nicht das Gefühl haben, offen als Juden leben zu können, oder dass ihre Sorge um ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit ihrer Familie und Freunde ihre Teilhabe am jüdischen Leben einschränkt. Die Ergebnisse lassen zudem erkennen, dass einige der Befragten bestimmte Örtlichkeiten in ihrer Stadt/Gemeinde oder ihrem Wohngebiet meiden, weil sie sich dort als Juden nicht sicher fühlen. Dies ist ein Signal dafür, dass sich Kommunal- und Strafverfolgungsbehörden verstärkt darum bemühen müssen, die Sicherheitsbedenken der Menschen bezüglich ihrer Wohngebiete auszuräumen, sei es durch die Erarbeitung wirksamerer Sicherheitsmaßnahmen oder – wenn nur ein geringes Risiko für Hassdelikte besteht – durch die Untersuchung und Beseitigung etwaiger anderer Ursachen für die Befürchtungen der Menschen.

„Unsere religiösen Stätten werden systematisch von der Polizei überwacht. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Bedrohung real ist und von der Regierung ernst genommen wird.“

(Mann, 55 bis 59 Jahre, Frankreich)

„Wir werden angehalten, an den Ausgängen von Synagogen und Gemeindezentren zügig auseinanderzugehen [...], dort wird auch ein spezieller Sicherheitsdienst gebraucht, der meines Wissens weder an den Ausgängen von Kirchen oder Seelsorgeeinrichtungen noch bei Tempeln oder Moscheen notwendig ist.“

(Frau, 45 bis 49 Jahre, Schweden)

„Ich finde es fast unerträglich, dass Gottesdienste nur unter Polizeischutz stattfinden können.“

(Frau, 25 bis 29 Jahre, Deutschland)

Fast ein Viertel (23 %) der Befragten gab an, zumindest manchmal auf den Besuch jüdischer Veranstaltungen oder Stätten zu verzichten, weil es sich dort oder auf dem Weg dorthin als Jude nicht sicher fühlt. Gut ein Viertel (27 %) aller Befragten meidet zumindest manchmal bestimmte Örtlichkeiten in seiner Stadt/Gemeinde oder seinem Wohngebiet, weil es sich dort als Jude nicht sicher fühlt.

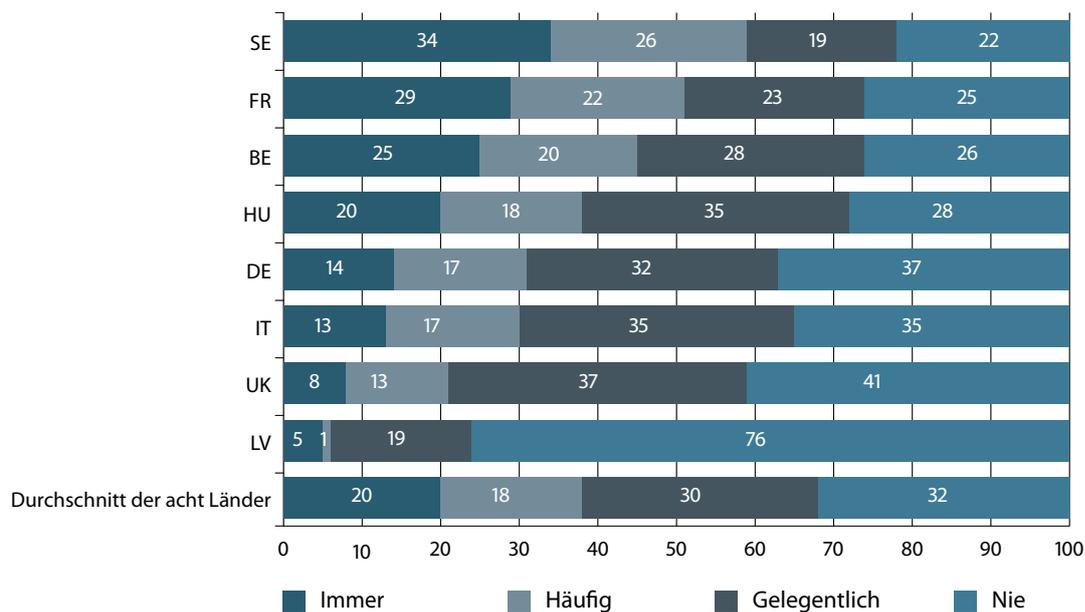
Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob sie jemals das öffentliche Tragen oder Sichtbarmachen von Gegenständen vermieden haben, anhand derer sie als Juden identifiziert werden könnten, wie beispielsweise der Kippa/Scheitelkappe, des Magen David/Davidsterns, spezieller Kleidung oder der Mesusa, eines Pergaments mit Schriftversen aus der Tora, die in einem Schutzbehälter am Türpfosten jüdischer Häuser angebracht wird und für Passanten sichtbar ist. Mit Ausnahme Lettlands erklärte in allen in der Erhebung erfassten EU-Mitgliedstaaten die Mehrheit der Befragten, die wenigstens manchmal solche Gegenstände tragen oder sichtbar machen, dies zumindest gelegentlich vermieden zu haben (in Lettland gaben 25 % der Befragten an, das Tragen oder Sichtbarmachen solcher Gegenstände zumindest manchmal zu vermeiden) (Abbildung 15). Die höchsten Anteile der Befragten, die es immer vermeiden, solche Gegenstände zu tragen oder sichtbar zu machen, wurden in Schweden (34 %), Frankreich (29 %) und Belgien (25 %) ermittelt.

„[Weil mein] Nachname polnischen Ursprungs ist und [ich] keine erkennbaren Zeichen [trage], erkennt mich auf der Straße oder in öffentlichen Einrichtungen keiner als Jüdin. Die Blicke und das Verhalten ändern sich, wenn ein Mann eine Kippa oder eine Frau einen Davidstern trägt.“

(Frau, 30 bis 34 Jahre, Belgien)



Abbildung 15: Anteile der Befragten, die es vermeiden, Gegenstände zu tragen oder sichtbar zu machen, anhand derer andere sie in der Öffentlichkeit als Juden identifizieren könnten, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: Fo8. Vermeiden Sie es jemals, Dinge zu tragen oder sichtbar zu machen, anhand derer andere Menschen Sie in der Öffentlichkeit als Jude identifizieren könnten? Tragen Sie zum Beispiel keine Kippa/Scheitelkappe, keinen Magen David/ Davidstern oder sonstige spezielle Kleidung, oder haben Sie keine sichtbaren Mesusot angebracht: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N = 4 524, im Einzelnen: Belgien = 346, Frankreich = 926, Deutschland = 422, Ungarn = 382, Italien = 528, Lettland = 106, Schweden = 666, Vereinigtes Königreich = 1 148.

Nur Befragte, die einschlägige Gegenstände tragen oder sichtbar machen.

Quelle: FRA, 2013

„Solange man die Kippa nicht öffentlich trägt und Feste usw. privat feiert, scheint es keine Probleme zu geben. Sobald wir aber, wie Christen oder Muslime auch, unserer Religion Bedeutung beimessen und unseren Glauben offen praktizieren möchten, ändert sich die Situation dramatisch.“

(Mann, 60 bis 69 Jahre, Deutschland)

„Zu einem Großteil scheint der heute in Schweden, in der schwedischen Bevölkerung verbreitete Antisemitismus mit Israels Politik zu tun zu haben. Ich würde gerne einen Davidstern als Schmuck tragen, aber ich habe Angst, dann angefeindet zu werden und Fragen über Israels Politik beantworten zu müssen.“

(Frau, 35 bis 39 Jahre, Schweden)

„Ich bin überzeugt, dass ich viel häufiger mit Antisemitismus konfrontiert wäre, wenn ich als Jude erkennbar wäre, z. B. durch meine Kleidung.“

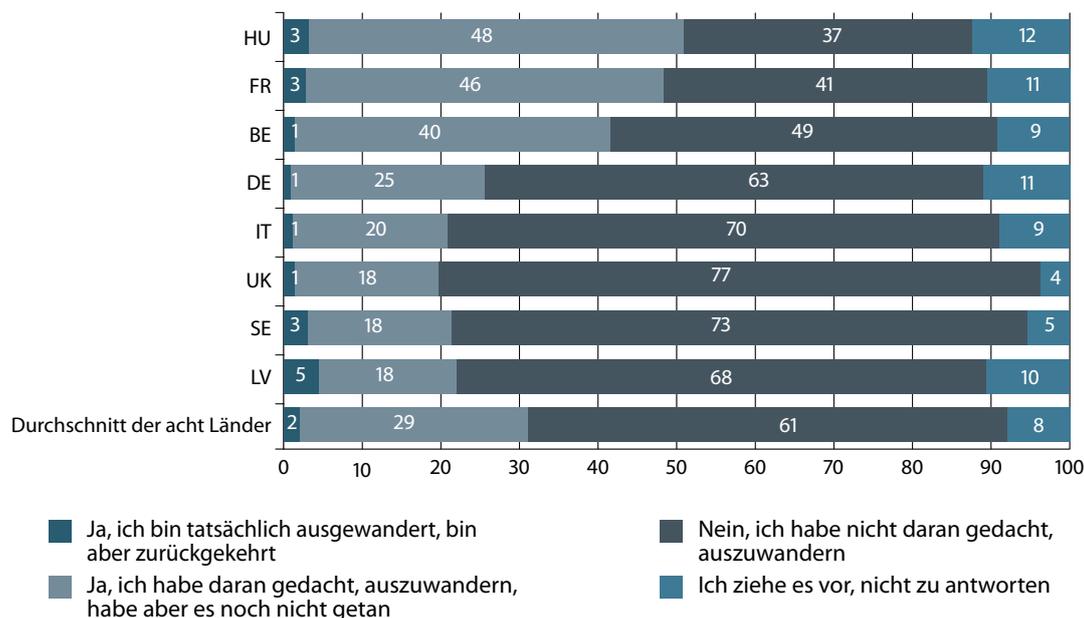
(Mann, 35 bis 39 Jahre, Schweden)

Die weitere Analyse der Erhebungsergebnisse lässt darauf schließen, dass das Tragen oder Sichtbarmachen von Gegenständen, anhand derer der Betreffende als Jude identifiziert werden könnte, in der Öffentlichkeit – oder andererseits das Meiden solcher Gegenstände – in keinem Zusammenhang mit dem angegebenen Maß der eigenen Religiosität steht. Unabhängig davon, ob

die Befragten ihre eigene Religiosität im oberen, mittleren oder unteren Bereich der Skala einstufen, erklärten sie mit der gleichen Häufigkeit, das Tragen oder Sichtbarmachen bestimmter Gegenstände „immer“, „häufig“, „gelegentlich“ oder „niemals“ zu vermeiden.

Aus einem Gefühl mangelnder Sicherheit heraus könnten die Betroffenen einen Umzug in eine andere Wohnggend oder eine Emigration in Erwägung ziehen. Hierzu wurden im Rahmen der Erhebung zwei Fragen gestellt. Zum einen wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie in den letzten fünf Jahren in eine andere Gegend oder ein anderes Wohngebiet innerhalb ihres Landes umgezogen sind oder darüber nachgedacht haben, umzuziehen, weil sie sich in ihrer Stadt/Gemeinde als Juden nicht sicher fühlten. Zum anderen wurde danach gefragt, ob die Teilnehmer in den letzten fünf Jahren daran gedacht haben auszuwandern, weil sie sich als Juden in ihrem Wohnsitzland nicht sicher fühlten. Weitere Fragen zu einer möglichen Emigration – beispielsweise dazu, wie ernsthaft eine solche in Erwägung gezogen wurde oder ob etwaige Maßnahmen getroffen wurden – wurden im Rahmen der Erhebung nicht gestellt. Es gibt daher keine Hinweise darauf, ob solche Überlegungen konkrete Schritte im Hinblick auf eine Emigration nach sich gezogen haben.

Abbildung 16: Anteile der Befragten, die in den letzten fünf Jahren darüber nachgedacht haben, auszuwandern, weil sie sich in ihrem Wohnsitzland als Juden nicht sicher fühlten, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: B26. Haben Sie in den LETZTEN FÜNF JAHREN darüber nachgedacht, aus [A02: COUNTRY] auszuwandern, WEIL Sie sich nicht sicher dabei fühlen, als Jude dort zu leben: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Nur sehr wenige Befragte erklärten, aus ihrem Wohngebiet weggezogen zu sein (4 %) oder dies in Erwägung gezogen zu haben (7 %), weil sie sich dort als Juden nicht sicher fühlten. Allerdings hat fast ein Drittel (29 %) der Befragten in den letzten fünf Jahren daran gedacht, auszuwandern, weil es sich als Jude in seinem Wohnsitzland nicht sicher fühlte.

In den einzelnen Mitgliedstaaten wurden hinsichtlich der Überlegungen der Befragten, aus Sicherheitsgründen auszuwandern, unterschiedliche Ergebnisse ermittelt (Abbildung 16). In fünf der acht Länder hat die Mehrheit der Befragten keine Emigration in Erwägung gezogen, in Ungarn, Frankreich und Belgien jedoch erklärten 40 % bzw. 48 % der Befragten, in den letzten fünf Jahren daran gedacht zu haben, auszuwandern, weil sie sich dort als Juden nicht sicher fühlten. In den übrigen Ländern gab etwa ein Fünftel der Befragten an, über eine Emigration nachgedacht zu haben.

In Abschnitt 3.2 dieses Berichts werden die Ergebnisse bezüglich der Erfahrungen der Befragten mit unter-

schiedlichen Formen antisemitisch motivierter Belästigung vorgestellt. Jenen Befragten, die in den letzten fünf Jahren Erfahrung mit einer Form antisemitisch motivierter Belästigung gemacht haben, wurde die nachfassende Frage gestellt, ob sie aufgrund dessen irgendwelche Maßnahmen ergriffen haben oder dies in Erwägung gezogen haben, wobei als eine der möglichen Antwortoptionen auch die „Emigration in ein anderes Land“ angeboten wurde. Insgesamt erklärten 34 % der Opfer antisemitisch motivierter Belästigung, der schwerwiegendste derartige Vorfall der letzten fünf Jahre, der sich am stärksten auf sie ausgewirkt habe, habe sie daran denken lassen, auszuwandern (weitere Einzelheiten sind Abschnitt 3.2 zu entnehmen).

„Antisemitismus ist für mich ein Grund, Deutschland zu verlassen, weil ich meine Familie vor Gefahr schützen möchte.“

(Mann, 50 bis 54 Jahre, Deutschland)

„Ich bin 65 Jahre alt, und es ist hoffnungslos. Wenn ich jünger wäre, würde ich das Land verlassen.“

(Mann, 60 bis 69 Jahre, Ungarn)

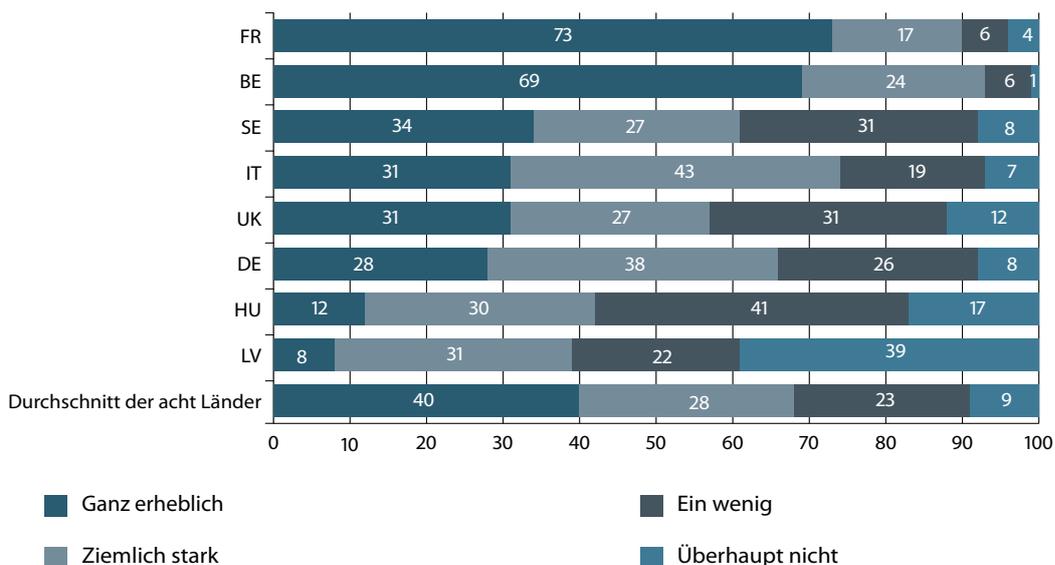
2.4. Auswirkungen von Ereignissen im Nahen Osten auf antisemitische Vorfälle

In dem von der FRA vorgelegten zusammenfassenden Überblick über die im Jahr 2011 in der EU verzeichneten antisemitisch motivierten Vorfälle¹⁷ werden Evidenzdaten vorgestellt, die darauf schließen lassen, dass Ereignisse im Nahen Osten bewirken können, dass israelfeindliche Gefühle in antisemitische Regungen umschlagen, die sich gegen die jüdische Bevölkerung insgesamt richten. So wurden beispielsweise in Frankreich und im Vereinigten Königreich im Januar des Jahres 2009, also zeitgleich mit der *Operation Gegossenes Blei* in Gaza, mehr antisemitisch motivierte Vorfälle verzeichnet als in den übrigen Monaten¹⁸. Der zusammenfassende Überblick der FRA zeigt, dass die Zahl

der verzeichneten Vorfälle im Jahr 2010 stark zurückging und auch 2011 weiter sank.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, inwieweit, wenn überhaupt, der israelisch-arabische Konflikt¹⁹ Einfluss darauf hat, wie sicher sie sich in ihrem Wohnsitzland fühlen. Die Ergebnisse belegen, dass sich der israelisch-arabische Konflikt in Belgien, Deutschland, Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich auf das Leben der meisten Befragten auswirkt. In Belgien und Frankreich erklärten etwa 90 % der Befragten, der israelisch-arabische Konflikt wirke sich deutlich darauf aus, wie sicher sie sich als Juden fühlen („ganz erheblich“ oder „ziemlich stark“), gegenüber etwa 40 % der Befragten in Ungarn und Lettland. In fast allen anderen erfassten Ländern gab die Mehrheit der Befragten (etwa 50 % bis 70 %) an, der israelisch-arabische Konflikt beeinflusse ihr Sicherheitsempfinden „ganz erheblich“ oder „ziemlich stark“ (Abbildung 17).

Abbildung 17: Einfluss des israelisch-arabischen Konflikts auf das Sicherheitsempfinden der Befragten, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: B13. Inwieweit, sofern überhaupt, beeinträchtigt der israelisch-arabische Konflikt Ihr Gefühl der SICHERHEIT als jüdische Person in [Aoz: COUNTRY]: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

19 Der Wortlaut der Frage zum israelisch-arabischen Konflikt wurde im Benehmen mit dem wissenschaftlichen Team des von der FRA mit der Durchführung der Erhebung betrauten Auftragnehmers erarbeitet und festgelegt. Der Terminus „israelisch-arabischer Konflikt“ wurde gewählt, um ein breites Spektrum politischer Ereignisse abzudecken, die sich auf Juden in Europa auswirken könnten, wobei anerkannt wird, dass der Begriff womöglich bestimmte Aspekte außer Acht lässt, deren Auswirkungen ebenfalls von Interesse sein könnten (z. B. die Spannungen zwischen Israel und dem Iran). Weitere Informationen über die Erarbeitung des Fragebogens sind Anhang 1 dieses Berichts zu entnehmen, in dem Erhebungsmethodik und -design beschrieben werden.

17 FRA (2012a).

18 Zu Frankreich siehe *Commission nationale consultative des droits de l'homme* [Nationaler Beratungsausschuss für Menschenrechte] (2010), S. 40; zum Vereinigten Königreich siehe *Community Security Trust* (2010), S. 35.

Die Erhebungsteilnehmer wurden ferner gefragt, ob sie das Gefühl haben, für das Vorgehen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht zu werden. In Belgien, Italien und Frankreich (etwa 60 %) erklärte die Mehrheit der Befragten, „oft“ oder „ständig“ mit Anschuldigungen oder Vorwürfen ihrer Mitbürger wegen des Vorgehens der israelischen Regierung konfrontiert zu sein. Im Vereinigten Königreich sowie in Deutschland und Schweden lag dieser Anteil zwischen 40 % und 50 %. In Ungarn und Lettland wurden diesbezüglich geringere Werte ermittelt, aber auch in diesen beiden Ländern erklärten mehr als zwei von fünf Befragten, zumindest manchmal das Gefühl zu haben, Zielscheibe derartiger Anschuldigungen oder Vorwürfe zu sein (Abbildung 18).

„Ein Grund (nicht der einzige!) für den latenten Antisemitismus ist der offene Konflikt zwischen Israel und Palästina sowie anderen arabischen Nachbarländern. Eine friedliche Lösung dieses Konflikts würde auch die Ursachen des Antisemitismus in anderen Ländern abschwächen.“

(Mann, 70 bis 79 Jahre, Deutschland)

„Der Antisemitismus infolge von Vorurteilen gegen Israel nimmt zu, weil Juden in der öffentlichen Meinung mit Israel gleichgesetzt werden. Das ist gefährlicher als der ‚herkömmliche‘ rechtsextremistische Antisemitismus, weil es weniger sichtbar, aber tückischer und weiter verbreitet ist.“

(Frau, 30 bis 34 Jahre, Italien)

„Der Antisemitismus in Schweden hat viel damit zu tun, dass Juden die Schuld für Israels Politik gegeben wird.“

(Frau, 60 bis 69 Jahre, Schweden)

Stellungnahme der FRA

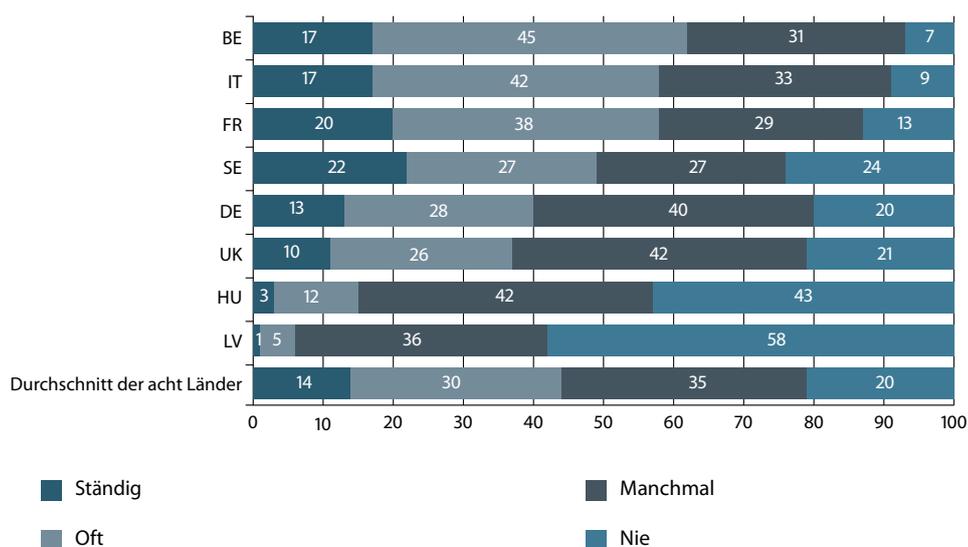
Die EU-Mitgliedstaaten sind gehalten, systematisch und wirksam Daten darüber zu erheben, wie die jüdische Bevölkerung ihre Grundrechte im Alltag wahrnimmt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die wirksame Umsetzung von Artikel 1 Buchstabe c des Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2008/913/JI) gewährleisten, kraft dessen die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das vorsätzliche öffentliche Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen unter Strafe gestellt werden.

Politiker und Meinungsbildner sollten antisemitische Äußerungen unterlassen und derartige Aussagen, die in öffentlichen Diskussionen von anderen getätigt werden, unmissverständlich zurückweisen und verurteilen.

Sie sollten des Weiteren dafür Sorge tragen, dass die jüdische Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einbezogen wird und ihre Ansichten Gehör und Berücksichtigung finden, wenn für sie relevante Themen erörtert werden.

Abbildung 18: Anteile der Befragten, die das Gefühl haben, dass ihnen das Vorgehen der israelischen Regierung vorgeworfen wird oder ihnen die Schuld dafür gegeben wird, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: B14. Wie oft, sofern überhaupt, haben Sie das Gefühl, dass die Menschen in [A02: COUNTRY] Ihnen Handlungen der israelischen Regierung vorwerfen oder Ihnen die Schuld dafür geben, WEIL Sie Jude sind: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

3

Gegen Juden gerichtete Gewalt: Erfahrungen mit Belästigung, Vandalismus und körperlicher Gewalt

Die verfügbaren Statistiken über Gewalttaten, darunter auch über antisemitisch motivierte Gewalttaten, basieren in der Regel auf den Fällen, die bei Polizei, Gleichbehandlungsstellen oder Organisationen der jüdischen Gemeinde gemeldet wurden. Forschungsarbeiten über Viktimisierungsoffer haben jedoch gezeigt, dass die erfassten Vorfälle lediglich die „Spitze des Eisbergs“ darstellen und dem wahren Ausmaß der Straftaten nicht gerecht werden. Die Erhebungsergebnisse der FRA belegen, dass dies auch auf gegen Juden gerichtete Hassdelikte zutrifft.

Dieses Kapitel befasst sich mit den Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit antisemitisch motivierten Formen von körperlicher Gewalt, Belästigung und mutwilliger Beschädigung persönlichen Eigentums in den letzten fünf Jahren bzw. zwölf Monaten vor der Erhebung. Die Ergebnisse zeigen, wie viele Erhebungsteilnehmer mit solchen Vorfällen konfrontiert waren, was bei den einzelnen Vorfällen geschehen ist, ob und wem sie gemeldet wurden und, im Falle einer Nichtmeldung, warum sie nicht den zuständigen Behörden oder Organisationen zur Kenntnis gebracht wurden. Im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt und Belästigung werden in diesem Kapitel ferner bestimmte Einzelheiten der Gewalttaten untersucht, wie der Ort, an dem der Vorfall stattfand, sowie Merkmale der Täter und Opfer.

An früherer Stelle des Fragebogens wurden die Befragten nach ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit antisemitischen Vorfällen im Allgemeinen gefragt, sodass ein breiteres Spektrum der verschiedenen möglichen Vorfälle berücksichtigt werden konnte. Die entsprechenden Ergebnisse wurden in Abschnitt 2.1 vorgelegt. Die hier analysierten Fragen legen den Schwerpunkt auf bestimmte Formen von Belästigung und Gewalt (indem beispielsweise bestimmte Formen von Belästigung aufgeführt wurden und danach gefragt wurde, ob die Erhebungsteilnehmer damit konfrontiert waren). Anschließend wurden nachfassende Fragen dazu gestellt, ob und wie diese Vorfälle den Behörden gemeldet wurden.

AKTIVITÄT DER FRA

Datenerhebung und Analysen zur Situation des Antisemitismus in der EU

Die FRA veröffentlicht jährlich einen aktualisierten Bericht, indem sie die wichtigsten Merkmale des Antisemitismus in der EU umreißt. Die in der neunten Aktualisierung vorgelegten Daten über antisemitische Vorfälle stammen aus internationalen, offiziellen und nicht offiziellen Quellen und decken den Zeitraum vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2012 ab.

Antisemitism: Summary overview of the situation in the European Union 2002-2012 [Antisemitismus: zusammenfassender Überblick über die Situation in der EU 2002-2012] (November 2013).

Der Jahresbericht der FRA über *Grundrechte: Herausforderungen und Erfolge* beinhaltet eine vergleichende Analyse der anhand der offiziell erfassten und veröffentlichten Daten über rassistische, romafeindliche, antisemitische, islamfeindliche/antimuslimische und (rechtsgerichtete) extremistische Straftaten in der EU ermittelten Tendenzen. Als offiziell erfasste Daten werden in diesem Bericht Daten bezeichnet, die von den Strafverfolgungsbehörden, der Strafjustiz und den zuständigen Ministerien erhoben werden.

Fundamental rights: challenges and achievements [Grundrechte: Herausforderungen und Erfolge] (letztmals im Juni 2013). Kapitel 6 des Berichts bietet eine vergleichende Analyse der Entwicklungen und Tendenzen bei den offiziell erfassten durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehende Intoleranz motivierten Straftaten.

Alle diese Veröffentlichungen sind auf der Website der FRA verfügbar: <http://fra.europa.eu/de/publications-and-resources>

3.1. Körperliche Gewalt und Androhung körperlicher Gewalt

Die Erhebungsteilnehmer wurden nach ihren eigenen Erfahrungen mit körperlicher Gewalt – im Fragebogen definiert als Schlagen oder Stoßen – oder mit der Androhung körperlicher Gewalt gefragt, die sie in den letzten zwölf Monaten bzw. fünf Jahren vor der Erhebung beispielsweise auf der Straße, am Arbeitsplatz oder andernorts gemacht haben. Die Befragten, die angaben, Opfer solcher Gewalttaten geworden zu sein, wurden gefragt, ob sich diese Vorfälle ihrer Meinung nach ereignet haben, weil sie Juden sind.

Insgesamt erklärten 7 % der Erhebungsteilnehmer, in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum persönlich Opfer von antisemitisch motivierter Gewalt oder deren Androhung geworden zu sein. In den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung haben 4 % aller Befragten Erfahrung mit körperlicher Gewalt oder deren Androhung gemacht (siehe Abbildung 19)²⁰.

In den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung wurden 4 % aller Befragten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer körperlicher Gewalt oder einer Form der Androhung von Gewalt, die sie ängstigte.

Den Opfern von antisemitisch motivierter körperlicher Gewalt oder deren Androhung wurde eine Reihe weiterer Fragen zum schwerwiegendsten Vorfall gestellt, d. h. dem Vorfall, der in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung die größten Auswirkungen auf sie hatte. Die Hälfte dieser

20 Die Ergebnisse der Erhebung der FRA über Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden können den Ergebnissen der Erhebungen unter der Allgemeinbevölkerung gegenübergestellt werden, indem alle von den Teilnehmern der FRA-Erhebung angegebenen Vorfälle körperlicher Gewalt berücksichtigt werden. In diesem Fall ergibt sich eine etwas höhere Rate körperlicher Gewalt, als wenn lediglich antisemitisch motivierte Gewalttaten in Betracht gezogen werden. Den Ergebnissen der FRA-Erhebung zufolge sind 13 % der Befragten in den letzten fünf Jahren und 8 % in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung persönlich Opfer körperlicher Gewalt geworden. Den Ergebnissen der *International Crime Victims Survey* [Internationale Erhebung über die Opfer von Straftaten] (ICVS) aus dem Jahr 2004 zufolge waren die Prävalenzraten der gegen die Gesamtbevölkerung gerichteten Vorfälle von körperlicher Gewalt oder deren Androhung der letzten zwölf Monate vor der Erhebung niedriger als die in der FRA-Erhebung für die jüdische Bevölkerung ausgewiesenen Werte, z. B. Belgien 3,6 %, Frankreich 2,1 %, Deutschland 2,7 %, Ungarn 1,2 %, Italien 0,8 % und Schweden 3,5 %. Die Ergebnisse der ICVS belegen relativ höhere Raten von Gewalttaten in den Großstädten, z. B. Berlin 4,1 %, Stockholm 3,2 %, Paris 3,1 %, Budapest 1,6 %, Rom 1,2 %. Diese Werte könnten als Vergleichswerte für die FRA-Erhebung von größerer Relevanz sein, da deren Teilnehmer im Wesentlichen in Städten wohnen. Weiterführende Informationen sind der Veröffentlichung Van Dijk, J., Van Kesteren, J. und Smit, P. (2007), S. 81., zu entnehmen.

Befragten erklärte, bei dem schwerwiegendsten antisemitisch motivierten Vorfall seien sie bedroht worden, hätten aber keine tatsächliche körperliche Gewalt erfahren. Bei 10 % der Befragten spielte körperliche Gewalt eine Rolle, während 33 % erklärten, ihnen sei dabei körperliche Gewalt sowohl angedroht als auch tatsächlich zugefügt worden.

Die jüngeren Befragten erklärten häufiger als die Angehörigen der älteren Altersgruppen, im Zuge des schwerwiegendsten Vorfalls von antisemitisch motivierter Gewalt oder deren Androhung der letzten zwölf Monate vor der Erhebung sei ihnen körperliche Gewalt sowohl angedroht als auch angetan worden. Während 10 % der Befragten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren Opfer körperlicher Gewalt und der Androhung von Gewalt wurden, traf dies auf nur 6 % der 30- bis 44-Jährigen, 4 % der 45- bis 59-Jährigen und 2 % der mindestens 60-Jährigen zu. Dieses Ergebnis belegt deutlich die Tatsache, dass junge Juden häufiger Opfer körperlicher Gewalt und der Androhung körperlicher Gewalt werden. Viktimisierungserhebungen in der Mehrheitsbevölkerung zeigen ein ähnliches Verhältnis zwischen dem Alter und der Viktimisierung durch eine Gewalttat²¹.

Knapp die Hälfte (44 %) der schwerwiegendsten antisemitisch motivierten Vorfälle von körperlicher Gewalt oder deren Androhung ereignete sich auf der Straße, einem Platz, einem Parkplatz oder an einem anderen öffentlichen Ort, während jeder fünfte (21 %) dieser Vorfälle in einem öffentlichen Verkehrsmittel stattfand. Des Weiteren wurden die folgenden Örtlichkeiten genannt: auf dem Hin- oder Rückweg zu oder von einer jüdischen Stätte oder Veranstaltung (16 %), am Arbeitsplatz (12 %), bei einer politischen Veranstaltung oder in der Schule/Universität (9 % bzw. 10 %).

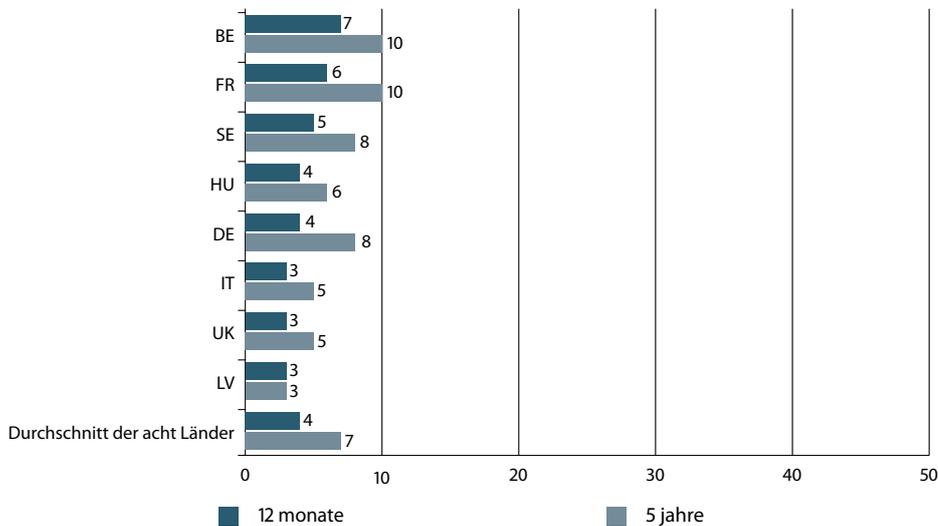
„Ein Auto hielt an, und der Fahrer, ein Schwarzer, fragte mich, ob ich Jude sei. Als ich Ja sagte, spuckte er mich an und fuhr weiter. Bemerkenswert finde ich, dass sein Beifahrer, ebenfalls ein Schwarzer, überaus bemüht war, sich zu entschuldigen.“

(Mann, 35 bis 39 Jahre, Vereinigtes Königreich)

Antisemitisch motivierte Vorfälle von körperlicher Gewalt oder deren Androhung ereigneten sich zumeist in der Öffentlichkeit wie auf der Straße, einem Platz oder einem anderen öffentlichen Ort.

21 Die Rolle der Jugend als ein Risikofaktor für Viktimisierung wurde beispielsweise in den regelmäßigen Erhebungsrounden der ICVS belegt, die insgesamt 78 Länder erfasst. Der Bericht *Criminal victimisation in international perspective: Key findings from the 2004-2005 ICVS and EU ICS* [Kriminelle Viktimisierung in der internationalen Perspektive: zentrale Erkenntnisse der ICVS und der EU ICS 2004/2005] zeigt den Zusammenhang zwischen Alter und Viktimisierungserfahrungen auf und fasst die Ergebnisse der im Laufe von 15 Jahren durchgeführten fünf Erhebungsrounden der ICVS zusammen (Van Dijk, J., Van Kesteren, J. und Smit, P., (2007)).

Abbildung 19: Anteil der Befragten, die Opfer körperlicher Gewalt (Schlagen oder Stoßen) oder einer Form der Androhung von Gewalt wurden, die sie ängstigte. Vorfälle, die sich aufgrund der Zugehörigkeit der Befragten zum Judentum in den letzten fünf Jahren bzw. zwölf Monaten vor der Erhebung ereignet haben, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Fragen: D09. Wie oft, sofern überhaupt, ist es in den LETZTEN FÜNF JAHREN vorgekommen, dass jemand Sie körperlich angegriffen – das heißt, geschlagen oder gestoßen – hat oder Sie auf eine Art und Weise bedroht hat, dass Sie Angst bekamen? Dies könnte überall passiert sein, beispielsweise zu Hause, auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Ihrer Arbeitsstätte oder anderswo.
 D10a. Und hat sich dieser Vorfall Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen ereignet, WEIL Sie Jude sind?
 D11. Wie oft, sofern überhaupt, hat Sie jemand in den LETZTEN 12 MONATEN körperlich angegriffen – das heißt, geschlagen oder gestoßen – oder Sie auf eine Art und Weise bedroht, dass Sie Angst bekamen? Dies könnte überall passiert sein, beispielsweise zu Hause, auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Ihrer Arbeitsstätte oder anderswo.
 D12a. Und hat sich dieser Vorfall Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen ereignet, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkungen: N = 5 847.
 Berücksichtigt wurden jene Befragten, die in den letzten zwölf Monaten bzw. fünf Jahren mindestens „einmal“ körperlich angegriffen wurden.

Quelle: FRA, 2013

3.2. Belästigung

Die Erhebungsteilnehmer wurden nach ihren Erfahrungen mit fünf spezifischen Formen von Belästigung gefragt:

- E-Mails, Kurznachrichten (SMS), Briefe oder Karten, die Beleidigungen oder Drohungen enthielten;
- Anrufe, bei denen die Betroffenen beleidigt oder bedroht wurden oder bei denen der Anrufer schwieg;
- Vorfälle, bei denen sich jemand in bedrohlicher Weise in der Nähe des Betroffenen aufhielt oder ihn vorsätzlich verfolgte;
- Äußerung von Beleidigungen oder Drohungen gegenüber dem Betroffenen persönlich;
- Veröffentlichung beleidigender persönlicher Kommentare im Internet, darunter auch in sozialen Netzwerken.

Den Befragten, die in den vorangegangenen fünf Jahren bzw. zwölf Monaten mit mindestens einer dieser Formen von Belästigung konfrontiert waren, wurden

nachfassende Fragen dazu gestellt, ob sie das Gefühl hatten, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum belästigt worden zu sein.

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass mehr als ein Viertel (26 %) der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung und ein Drittel (33 %) der Befragten in den vorangegangenen fünf Jahren mindestens einmal Opfer antisemitisch motivierter Belästigung wurde – das heißt eines Vorfalls von Belästigung, der sich nach Auffassung der Befragten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum ereignete (Abbildung 20). Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den oben in diesem Bericht vorgestellten Ergebnissen bezüglich der Erfahrungen mit verbaler Beleidigung und Belästigung (ohne genauere Angabe der Art des Vorfalls). Auf die Frage nach ihren Erfahrungen mit verbaler Beleidigung und Belästigung im Allgemeinen erklärten 21 % der Befragten, in den vorangegangenen zwölf Monaten Opfer eines solchen Vorfalls geworden zu sein (siehe Abschnitt 2.1 „Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen“).

Dies bestätigt die in der Literatur über Viktimisierungserhebungen ausgesprochene Empfehlung, vorzugsweise eine Reihe von Fragen zu spezifischen Handlungen zu stellen statt einer einzigen Frage, mit der ein Phänomen

in seiner ganzen Bandbreite erfasst werden soll²². Bezüglich ihrer Erhebung über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus hat die FRA jedoch entschieden, beide Ansätze heranzuziehen und sowohl eine allgemeine Frage (siehe Abschnitt 2.1) zu stellen, die den Befragten die Möglichkeit gab, ihre Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Vorfällen im Allgemeinen zu schildern, als auch eine Reihe ausführlicherer Fragen zu Belästigung und Gewalt.

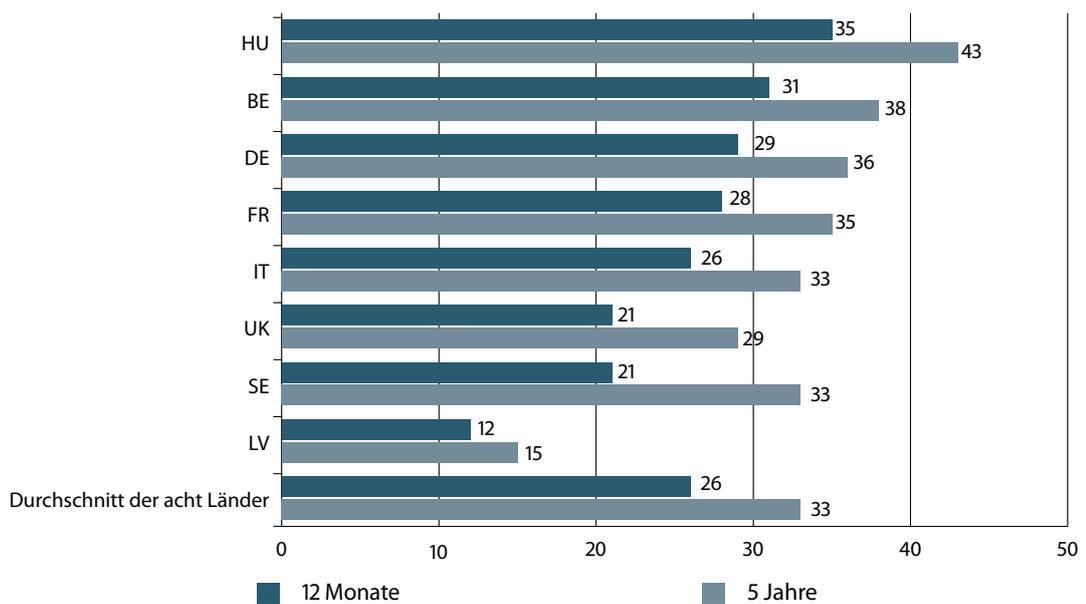
Hinsichtlich des Ausmaßes der wahrgenommenen antisemitisch motivierten Belästigung wurden deutliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten festgestellt. In Ungarn (35 %), Belgien (31 %) und Deutschland (29 %) wurde etwa ein Drittel der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer mindestens einer der aufgeführten Formen antisemitisch motivierter Belästigung, während im Verei-

nigten Königreich und in Schweden jeweils 21 % sowie in Lettland 12 % der Befragten in diesem Zeitraum derartige Erfahrungen gemacht haben (Abbildung 20).

Ein Drittel der Befragten (33 %) wurde in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer einer der abgefragten Formen antisemitisch motivierter Belästigung, während ein Viertel (26 %) über einschlägige Erfahrungen der vorangegangenen zwölf Monate berichtete.

Die Häufigkeit der Erfahrungen mit antisemitisch motivierter Belästigung ist in der jüngsten Altersgruppe am größten und geht den Erhebungsergebnissen zufolge mit dem Alter zurück: 38 % der 16- bis 29-jährigen, 32 % der 30- bis 44-jährigen, 29 % der 45- bis 59-jährigen und 16 % der mindestens 60-jährigen Befragten wurden in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer antisemitisch motivierter Belästigung.

Abbildung 20: Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten bzw. fünf Jahren Opfer einer oder mehrerer der fünf abgefragten Formen antisemitisch motivierter Belästigung wurden, nach EU-Mitgliedstaat (%)



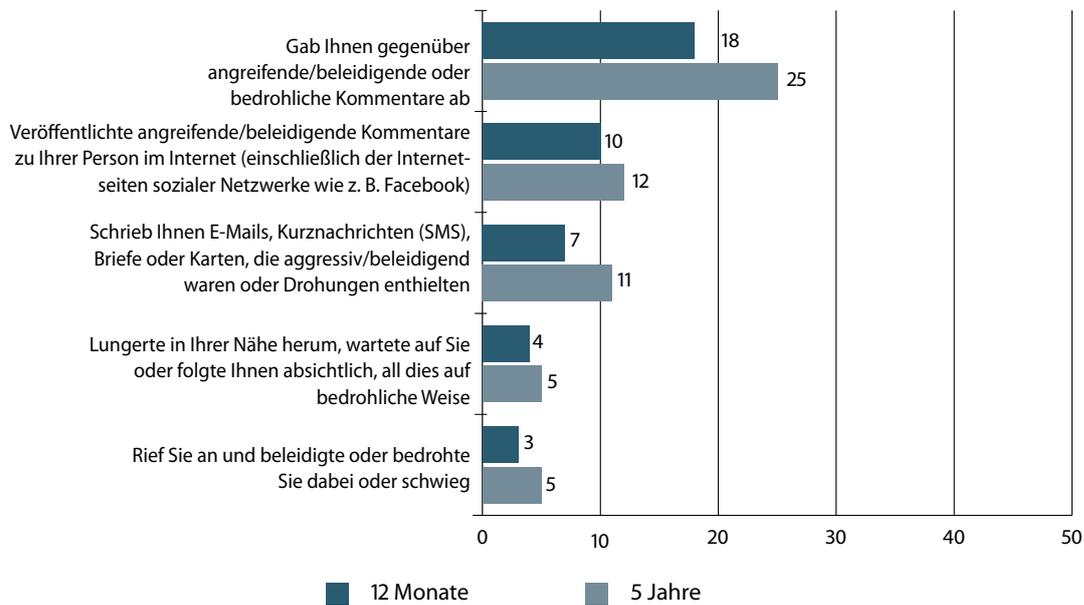
Fragen: Co1. Wie oft, sofern überhaupt, hat jemand in den LETZTEN FÜNF JAHREN in [A02: COUNTRY]:
Co3. Wie oft, sofern überhaupt, hat jemand in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY]:
- Ihnen E-Mails, Kurznachrichten (SMS), Briefe oder Karten geschrieben, die aggressiv/beleidigend waren oder Drohungen enthielten
- Sie angerufen und Sie dabei beleidigt oder bedroht oder geschwiegen
- In Ihrer Nähe herumgelungert, auf Sie gewartet oder ist Ihnen absichtlich gefolgt, all dies auf bedrohliche Weise
- Ihnen gegenüber angreifende/beleidigende oder bedrohliche Kommentare abgegeben
- Angreifende/beleidigende Kommentare zu Ihrer Person im Internet veröffentlicht (einschließlich der Internetseiten sozialer Netzwerke wie z. B. Facebook)
Co4a. Ist dies Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen vorgefallen, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkungen: N = 5 847.
Berücksichtigt wurden jene Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten bzw. fünf Jahren mindestens „einmal“ belästigt wurden.

Quelle: FRA, 2013

22 Vereinte Nationen, Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung/Wirtschaftskommission für Europa (2010), S. 58.

Abbildung 21: Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten bzw. fünf Jahren mindestens einmal Opfer spezifischer Formen antisemitisch motivierter Belästigung wurden (%)

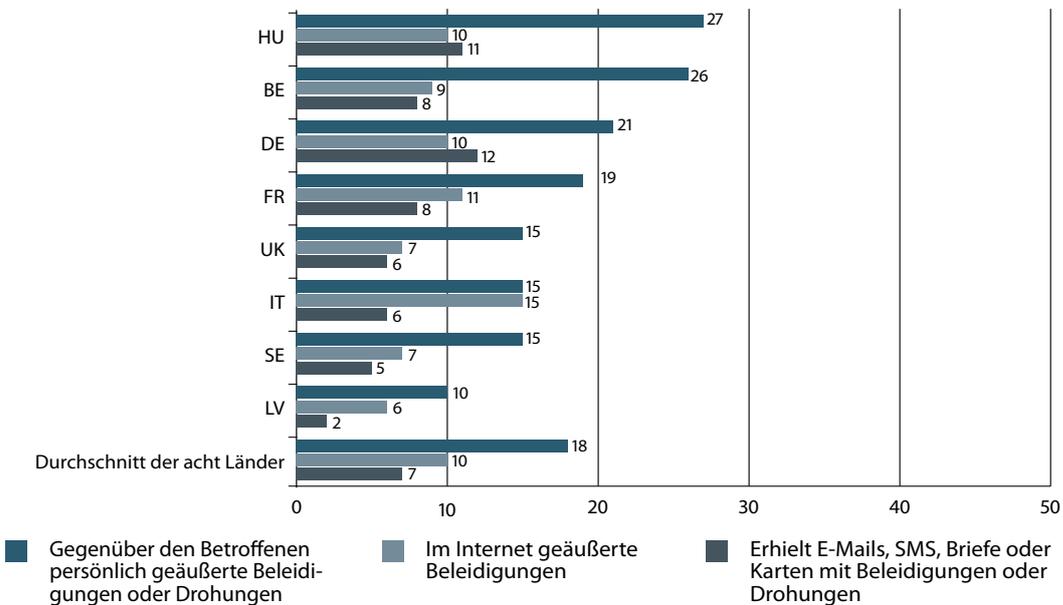


Fragen: Co1. Wie oft, sofern überhaupt, hat jemand in den LETZTEN FÜNF JAHREN in [A02: COUNTRY]:
 Co2a. Ist dies Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen vorgefallen, WEIL Sie Jude sind?
 Co3. Wie oft, sofern überhaupt, hat jemand in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY]: (In der Abbildung oben genannte Antwortoptionen)?
 Co4a. Ist dies Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen vorgefallen, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 22: Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens einmal Opfer einer der drei am weitesten verbreiteten Formen antisemitischer Belästigung wurden, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Fragen: Co3. Wie oft, sofern überhaupt, hat jemand in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02: COUNTRY]:
 - Ihnen E-Mails, Kurznachrichten (SMS), Briefe oder Karten geschrieben, die aggressiv/beleidigend waren oder Drohungen enthielten
 - Ihnen gegenüber angreifende/beleidigende oder bedrohliche Kommentare abgegeben
 - Angreifende/beleidigende Kommentare zu Ihrer Person im Internet veröffentlicht (einschließlich der Internetseiten sozialer Netzwerke wie z. B. Facebook)
 Co4a. Ist dies Ihrer Meinung nach zum Teil oder gar ausschließlich deswegen vorgefallen, WEIL Sie Jude sind?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Die häufigste der fünf im Rahmen der Erhebung abgefragten Formen von Belästigung, deren Opfer die Befragten nach eigener Auffassung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum wurden, waren gegenüber dem Betroffenen persönlich geäußerte Beleidigungen. Fast jeder fünfte Befragte (18 %) war in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mindestens einmal mit derartigen Äußerungen konfrontiert. Kleinere Anteile der Befragten berichteten über beleidigende Kommentare im Internet (10 %) und E-Mails, SMS oder Briefe, die Beleidigungen oder Drohungen enthielten (7 %) (Abbildung 21).

Während die Erhebungsteilnehmer im Hinblick auf den Antisemitismus im Allgemeinen antisemitische Inhalte im Internet am häufigsten als Problem bezeichneten, stellen gegenüber den Betroffenen persönlich geäußerte Kommentare die am weitesten verbreitete Form antisemitisch motivierter Belästigung dar.

In Ungarn, Belgien und Deutschland gaben im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten höhere Anteile der Befragten an, in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum persönlich mit Beleidigungen oder Drohungen konfrontiert gewesen zu sein (27 %, 26 % bzw. 21 %). Andererseits hatte in Frankreich, Deutschland, Ungarn und Italien etwa jeder Zehnte solche beleidigenden Kommentare im Internet gelesen, darunter auch in sozialen Netzwerken (je nach EU-Mitgliedstaat 10 % bis 15 %), oder E-Mails, SMS, Briefe oder Karten erhalten, die Beleidigungen oder Drohungen enthielten (je nach Land zwischen 11 % und 12 %) (Abbildung 22).

Wie bereits erwähnt, erklärte ein Drittel (33 %) der Erhebungsteilnehmer, in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung mindestens einmal mit einer der genannten Formen antisemitisch motivierter Belästigung konfrontiert gewesen zu sein. Weniger als jedes fünfte Opfer antisemitisch motivierter Belästigung (17 %, n = 323) berichtete über lediglich einen einzigen Vorfall. Die meisten Opfer hatten entweder mehrere Formen von Belästigung oder wiederholte Vorfälle einer bestimmten Form antisemitisch motivierter Belästigung erlebt.

Die ausführliche Untersuchung der von den Erhebungsteilnehmern erlebten antisemitisch motivierten Belästigung zeigt, dass ein Viertel (24 %) der Befragten, die in den letzten fünf Jahren mit beleidigenden Kommentaren im Internet konfrontiert waren, erklärte, dies sei ein- oder zweimal geschehen, mehr als ein Drittel (36 %) angab, dies sei drei bis neunmal der Fall gewesen, und ein Viertel (24 %) über zehn und mehr Erfahrungen berichtete.

Was den Erhalt beleidigender E-Mails, SMS, Briefe und Karten betrifft, so erklärte fast ein Drittel (32 %) der Befragten, die in den letzten fünf Jahren einen solchen Vorfall erlebt haben, dies sei ein- oder zweimal geschehen, während fast die Hälfte (45 %) angab, dies sei im Laufe dieses Zeitraums mindestens dreimal passiert.

Dieselbe Tendenz zeichnet sich bei gegenüber den Betroffenen persönlich geäußerten beleidigenden Kommentaren ab: Ein Drittel (34 %) war in den letzten fünf Jahren ein- oder zweimal mit derartigen Bemerkungen konfrontiert, während fast die Hälfte (49 %) in diesem Zeitraum mindestens dreimal entsprechende Erfahrungen gemacht hat.

Gegen die Befragten gerichtete antisemitische Kommentare im Internet stellen somit nicht die am weitesten verbreitete Form antisemitisch motivierter Belästigung dar. Allerdings berichtete bezüglich dieser Form antisemitisch motivierter Belästigung ein größerer Anteil der Befragten von wiederholten Vorfällen, was zeigt, dass es sich dabei um ein gravierendes Problem handelt.

„Ich habe das Gefühl, dass über den Antisemitismus in Schweden unterschiedliche Vorstellungen herrschen, die davon abhängig sind, wie ‚offen‘ man ein Leben als Jude führt. Wer in der Stadt eine Kippa trägt, wird zweifellos immer wieder angepöbelt, aber ich – die ich keine religiösen Symbole trage und nicht wie eine Ausländerin aussehe – habe in dieser Richtung niemals ernsthafte Erfahrungen gemacht.“

(Frau, 30 bis 34 Jahre, Schweden)

„Mein Sohn hatte an der Universität Kommilitonen, die versucht haben, ihn zu zwingen, Schweinefleisch zu essen. Sie hielten das für einen Scherz. Seine ‚Freunde‘ machen oft rassistische Bemerkungen, und er regt sich darüber auf. Wegen ihrer Ignoranz ist es auch schon zum Streit gekommen.“

(Frau, 55 bis 59 Jahre, Vereinigtes Königreich)

Die Opfer der aufgeführten Formen von Belästigung wurden nicht nur nach der Häufigkeit der unterschiedlichen Vorfälle antisemitisch motivierter Belästigung gefragt, sondern auch nach Einzelheiten zum gravierendsten Vorfall der letzten fünf Jahre, wie beispielsweise nach dem Ort, an dem sich der Vorfall ereignet hat, und nach ihren Wahrnehmungen bezüglich der Täter. Die Ergebnisse im Hinblick auf die Täter und die Meldung der Vorfälle werden später in diesem Bericht im Zusammenhang mit allen antisemitisch motivierten Vorfällen von Belästigung, Gewalt oder deren Androhung und Vandalismus erläutert (die Ergebnisse zu den Tätern sowie zur Meldung von Vorfällen sind Abschnitt 3.4 bzw. Abschnitt 3.5 zu entnehmen).

Die Befragten wurden gebeten, Angaben zum schwerwiegendsten Vorfall zu machen, der die stärksten Auswirkungen auf sie hatte. In den meisten Fällen (39 %) handelte es sich dabei um gegenüber den Betroffenen persönlich geäußerte Beleidigungen oder Drohungen, gefolgt von im Internet veröffentlichten beleidigenden Bemerkungen über die Befragten (21 %). Von den Opfern antisemitisch motivierter Belästigung erklärten 17 %, beim schwerwiegendsten Vorfall, den sie erlebt hätten, habe sich jemand in bedrohlicher Weise in ihrer Nähe aufgehalten, auf sie gewartet oder sie vorsätzlich verfolgt, während 15 % den Erhalt von



E-Mails, SMS oder Briefen, die Beleidigungen oder Drohungen enthielten, als schwerwiegendsten Vorfall bezeichneten.

Den Erhebungsteilnehmern, die in den letzten fünf Jahren Opfer einer der genannten Formen antisemitisch motivierter Belästigung wurden, wurde ferner die Frage gestellt, ob sie aufgrund ihrer Erfahrung weitere Maßnahmen ergriffen haben, wie beispielsweise:

- in eine andere Gegend umgezogen;
- damit aufgehört, ihr Konto bei einem sozialen Netzwerk (z. B. Facebook) zu nutzen;
- den Arbeitsplatz gewechselt;
- ihr Aussehen oder den Namen verändert;
- darüber nachgedacht, in ein anderes Land auszuwandern;
- mit Freunden oder Verwandten über die Vorfälle gesprochen.

Mehr als drei Viertel (78 %) der Befragten erklärten, mit Freunden oder Verwandten über ihre Erfahrungen mit antisemitisch motivierter Belästigung gesprochen zu haben. Ein Drittel (34 %) der Opfer dachte aufgrund der Belästigung darüber nach, in ein anderes Land auszuwandern, wobei diese Anteile in Frankreich (50 %) und Ungarn (47 %) höher waren als in den übrigen sechs erfassten Ländern. Etwa zwei von fünf Befragten (38 %) konfrontierten die Täter mit ihren Handlungen. Nur einige wenige reagierten auf die Belästigung, indem sie ihre Telefonnummer oder E-Mail-Adresse änderten (6 %) oder die Nutzung sozialer Netzwerke einstellten (6 %).

3.3. Mutwillige Beschädigung persönlichen Eigentums

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob in den letzten zwölf Monaten bzw. fünf Jahren vor der Erhebung jemand mutwillig ihr Privateigentum – wie beispielsweise ihre Wohnung oder ihr Auto – beschädigt hat. Diese Frage zielte speziell auf die persönlichen Erfahrungen der Befragten im Zusammenhang mit ihrem persönlichen Eigentum ab. Sie bezog sich beispielsweise nicht auf gegen jüdische Gebäude und Stätten, wie Synagogen und Friedhöfe, gerichteten Vandalismus, da diese Form antisemitisch motivierter Vorfälle bereits zuvor im Fragebogen erfasst wurde – die entsprechenden Ergebnisse sind Kapitel 2 zu entnehmen. Die Opfer mutwilliger Beschädigung ihres Privateigentums wurden gefragt, wie oft es zu solchen Vorfällen gekommen ist und ob sich diese ihrer Meinung nach aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum ereignet haben. Die mutwillige Beschädigung von Eigentum kann vielerlei Formen annehmen: Während manche Vorfälle, wie beispielsweise antisemitische Schmie-

ereien, klare Hinweise auf die Beweggründe der Täter bieten, sind diese in anderen Fällen – wenn beispielsweise Fensterscheiben der Wohnung des Opfers eingeworfen werden oder sein Auto beschädigt wird – für den Befragten unter Umständen unklar. Daher ist es zuweilen schwierig festzustellen, ob ein bestimmter Vorfall mutwilliger Beschädigung in irgendeiner Weise mit der Zugehörigkeit des Befragten zum Judentum in Zusammenhang stand.

„Einmal fand ich antisemitische Schmierereien an meinem Schließfach bei der Arbeit. Das ekelhafte Zeug war von einem wiedererweckten Christen dahingeklebt worden. Später gestand er und es tat ihm sehr leid. Ich war schockiert, wie wenig Unterstützung ich von meinen Kollegen und Leuten bekam, die ich seit Jahren gekannt hatte. Gute Unterstützung habe ich allerdings vom höheren Management erhalten.“

(Mann, 50 bis 54 Jahre, Vereinigtes Königreich)

„Vor ein paar Jahren wurde meine Mitarbeitermarke (als Arzt) mit antisemitischen Schmierereien (Hakenkreuze) verunstaltet.“

(Mann, 55 bis 59 Jahre, Frankreich)

Insgesamt erklärten 5 % der Befragten, in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung sei aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum ihr persönliches Eigentum mutwillig beschädigt worden, und 3 % der Befragten gaben an, dass es in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung einen solchen Vorfall gegeben habe. Die Erhebungsergebnisse geben keine Hinweise auf länderspezifische Unterschiede. Insgesamt wurde etwa jeder zehnte Erhebungsteilnehmer (12 %) in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer mutwilliger Beschädigung seiner Wohnung, seines Autos oder sonstigen Privateigentums, unabhängig davon, ob die entsprechenden Vorfälle nach Auffassung der Befragten antisemitisch motiviert waren oder nicht. Möglicherweise hatten einige dieser Fälle auch einen antisemitischen Hintergrund, jedoch konnte dies von den Befragten nicht bestätigt werden.

In allen erfassten EU-Mitgliedstaaten berichtete mehr als ein Drittel (35 %) der Befragten, deren Eigentum aus antisemitischen Beweggründen mutwillig beschädigt wurde, über mehrere derartige Vorfälle der letzten fünf Jahre vor der Erhebung.

3.4. Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der Täter

Im Rahmen der Erhebung wurden nachfassende Fragen über die Erfahrungen mit antisemitisch motivierter Gewalt, Androhung von Gewalt und Belästigung mit Schwerpunkt auf dem jeweils schwerwiegendsten Vorfall gestellt. Dabei wurde unter anderem nach der Zahl der beteiligten Täter und den Wahrnehmungen der Befragten bezüglich der Tätermerkmale gefragt. Aufgrund der relativ geringen

Zahl der Vorfälle – sowohl von körperlicher Gewalt/deren Androhung als auch von Belästigung – wird an dieser Stelle keine Aufschlüsselung nach Ländern vorgenommen. Zwar ist die Zahl der Befragten, die in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer antisemitisch motivierter Belästigung wurden (1 941 Befragte) deutlich größer als die der Befragten, die mit antisemitisch motivierter Gewalt und deren Androhung konfrontiert waren (403 Befragte), jedoch betreffen die Angaben zu den Tätern der einzelnen Vorfälle alle 16 in der Erhebung abgedeckten Antwortoptionen. Es wurden also zu jeder einzelnen der Optionen in einem bestimmten EU-Mitgliedstaat nur wenige Angaben erhoben.

Im Hinblick auf den schwerwiegendsten Fall von körperlicher Gewalt oder deren Androhung, von dem die Befragten in den letzten fünf Jahren betroffen waren, ist festzustellen, dass an etwas mehr als einem Drittel dieser Vorfälle nur ein Täter beteiligt war (35 %). An zwei von fünf Vorfällen (40 %) waren zwei oder drei Täter beteiligt, während an jedem fünften Vorfall (20 %) vier oder mehr Täter beteiligt waren.

Am schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung waren in 41 % der Fälle nur ein Täter, in 18 % der Fälle zwei, in 14 % der Fälle drei bis vier und in 13 % der Fälle fünf oder mehr Täter beteiligt. Darüber hinaus gaben 15 % der Befragten an, die Zahl der Täter nicht zu kennen. Dies gilt beispielsweise für Anrufe, bei denen der Täter schwieg, anonyme E-Mails oder Kommentare, die im Internet unter einem Pseudonym oder mit einem Avatar veröffentlicht wurden.

Ferner wurden die Befragten gebeten, den Täter nach Möglichkeit zu beschreiben. Als Unterstützung wurde ihnen eine Liste von 16 Antwortoptionen angeboten, um die Täter zu beschreiben, darunter auch die Option „weiß nicht“. Die Befragten konnten dabei alle zutreffenden Antworten auswählen. Sie konnten auch angeben, dass der am schwerwiegendsten Vorfall beteiligte Täter anhand der in der Liste genannten Optionen nicht beschrieben werden könne – sei es, weil keine geeignete Option angeboten wurde, sei es, weil sie keine Informationen über den Täter hatten.

Im Hinblick auf den schwerwiegendsten Vorfall von körperlicher Gewalt oder deren Androhung wurden die folgenden Optionen oder wahrgenommenen Tätermerkmale am häufigsten genannt: „jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung“ (40 %), „Teenager“ (25 %), „jemand anderes“ (eine oder mehrere Personen, die anhand der angebotenen Optionen nicht beschrieben werden konnten) (20 %), „jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung“ (14 %), „jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung“ (10 %), „ein Kollege oder Vorgesetzter bei der Arbeit“ oder ein „Nachbar“ (jeweils 9 %). Die übrigen als Tätermerkmale angebotenen Antwortoptionen – beispielsweise jemand mit extremistisch christlicher Ori-

entierung oder ein Kunde, Klient oder Patient des Befragten – wurden von zu wenigen Befragten genannt (30 Befragte oder weniger), um hier erörtert zu werden.

Im Hinblick auf den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung wurden die folgenden Optionen oder wahrgenommenen Tätermerkmale am häufigsten genannt: „jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung“ (27 %), „jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung“ (22 %), „jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung“ (19 %), „jemand anderes“ (eine oder mehrere Personen, auf die keine der angebotenen Optionen zutraf) (20 %), „Teenager“ (15 %), ein „Kollege oder Vorgesetzter bei der Arbeit“ (14 %), ein „Nachbar“ (10 %) oder „jemand mit extremistisch christlicher Orientierung“ (7 %).

Die Option „jemand mit extremistisch muslimischer Orientierung“ wurde zwar am häufigsten angegeben, jedoch wurde sie von den Befragten oft in Kombination mit einer weiteren Option genannt. In einem Drittel der Fälle wurde sie von den Befragten gemeinsam mit der Option „jemand mit linksgerichteter politischer Orientierung“ (36 %) gewählt, in einem Viertel der Fälle mit der Option „Teenager oder eine Gruppe von Teenagern“ (25 %) und in jedem fünften Fall mit der Option „jemand mit rechtsgerichteter politischer Orientierung“ (19 %). Unter Umständen beziehen sich die Befragten, die mehr als eine Antwortoption ausgewählt haben, auf zwei oder mehr verschiedene Vorfälle, an denen unterschiedliche Personen beteiligt waren. Da die Erhebungsdaten keine Informationen darüber bieten, wie die Befragten die Täter identifiziert haben, können aus diesen Ergebnissen nur begrenzte Schlussfolgerungen gezogen werden.

Die Befragten wurden gebeten, im Hinblick auf den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung der letzten fünf Jahre den Täter so genau wie möglich anhand der Antwortoptionen zu beschreiben, die ihrer Wahrnehmung des Täters am ehesten entsprechen, und beschrieben den Täter in 27 % der Fälle als jemanden mit extremistisch muslimischer Orientierung, in 22 % der Fälle als jemanden mit linksgerichteter politischer Orientierung und in 19 % der Fälle als jemanden mit rechtsgerichteter politischer Orientierung.

„Die antisemitischen Beleidigungen, die ich zu hören bekommen habe, stammten nicht von Neonazis oder Linken, sondern von ganz normalen Leuten aus der politischen Mitte.“

(Mann, 30 bis 34 Jahre, Deutschland)

„Meiner Erfahrung nach sind die meisten antisemitischen Vorfälle verbaler Natur und eher auf Ignoranz und Desinteresse [it.: qualunquismo] zurückzuführen als auf eine bestimmte politische oder religiöse Überzeugung.“

(Mann, 45 bis 49 Jahre, Italien)



3.5. Meldung antisemitisch motivierter Vorfälle

Die Forschungsarbeiten der FRA zeigen immer wieder, dass viele Vorfälle von Hasskriminalität den Strafverfolgungsbehörden oder der Strafjustiz niemals zur Kenntnis gebracht werden²³. Weil viele Vorfälle nicht gemeldet werden, werden die offiziellen Statistiken über rassistisch motivierte Straftaten, die in aller Regel auf den polizeilich erfassten Fällen basieren, Ausmaß und Art rassistisch motivierter Straftaten in den EU-Mitgliedstaaten nicht gerecht. Wenn die Betroffenen antisemitisch motivierte Straftaten nicht melden, können die Behörden den Opfern nicht die Unterstützung leisten, die sie benötigen. Die Richtlinie über Opferrechte aus dem Jahr 2012²⁴ verlangt beispielsweise, dass die EU-Mitgliedstaaten eine individuelle Begutachtung der Opfer zur Ermittlung besonderer Schutzbedürfnisse vornehmen. Ferner schreibt sie vor, dass Straftaten, die aus vorurteilsgeleiteten Beweggründen oder in diskriminierender Absicht begangen werden, im Rahmen solcher Begutachtungen besonders berücksichtigt werden müssen. Damit die Opfer von diesen Maßnahmen profitieren, müssen sie sich mit ihrem Fall an die zuständigen Behörden wenden. Die Behörden ihrerseits werden in der Lage sein müssen zu erkennen, dass in einem bestimmten Fall vorurteilsgeleitete Beweggründe eine Rolle gespielt haben könnten.

Vielversprechende Praktik

Tackling hate crime

Facing Facts! ist ein innovatives Projekt, das von vier Nichtregierungsorganisationen (*A Jewish Contribution to an Inclusive Europe* [Ein jüdischer Beitrag zu einem inklusiven Europa], CEJI, *Centrum Informatie en Documentatie Israel* [niederländisches Informations- und Dokumentationszentrum Israel], Niederlande), CIDI, *Community Security Trust*, CST, und ILGA-Europe) ins Leben gerufen wurde, um in Europa strategisch gegen vorurteilsgeleitete Straftaten vorzugehen. Durch den Ausbau der Kapazitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft fördert das Projekt die Nutzung von Daten über Hasskriminalität für die Konzeption besserer Präventions- und Interventionsmaßnahmen. Mit dem Projekt wird versucht, durch das Angebot von Schulungen für Organisationen der Zivilgesellschaft die Hasskriminalität in Europa sichtbar zu machen.

²³ FRA (2012c).

²⁴ Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI, ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 57-73.

Ziele des Projekts sind

- die Standardisierung der Kriterien im Sinne der Erhebung vergleichbarer Daten über Hasskriminalität/Hassdelikte;
- die Schulung der Mitarbeiter von Organisationen der Zivilgesellschaft, die Opfer vertreten, mit dem Ziel der Erhebung, Analyse und Meldung von Daten zum Zweck der Interessenvertretung;
- die Stärkung der Verantwortlichkeit der Regierungen bezüglich der geltenden internationalen Vereinbarungen auf nationaler/lokaler Ebene im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Behörden;
- die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen soziokulturellen Gruppen.

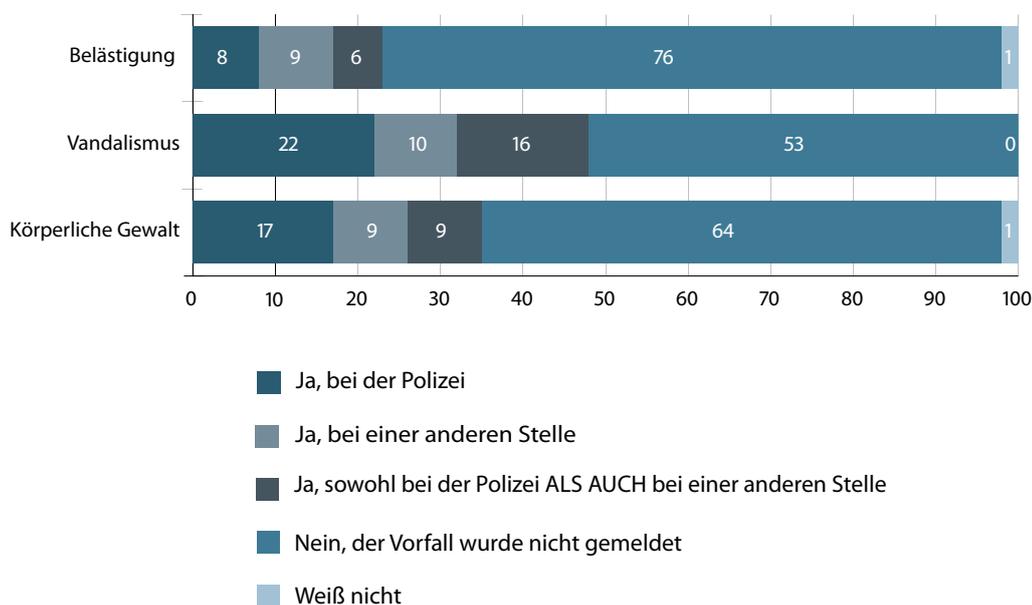
Für weitere Informationen siehe <http://www.ceji.org/facingfacts/>

Die Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle – namentlich von körperlicher Gewalt oder deren Androhung, Belästigung oder Vandalismus – wurden gebeten anzugeben, ob sie den schwerwiegendsten Vorfall der letzten fünf Jahre vor der Erhebung, d. h. den Vorfall, der die stärksten Auswirkungen auf sie hatte, bei der Polizei oder einer Organisation wie beispielsweise einer Einrichtung der jüdischen Gemeinde, die Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle unterstützt, gemeldet haben.

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass viele Opfer antisemitische Vorfälle weder bei der Polizei noch bei einer Organisation gemeldet haben. Im Vergleich der Ergebnisse für die drei in der Erhebung abgedeckten Formen antisemitisch motivierter Vorfälle (körperliche Gewalt oder deren Androhung, Belästigung, mutwillige Beschädigung von Eigentum) wurden Vorfälle mutwilliger Beschädigung von Eigentum am häufigsten gemeldet. Dennoch hat nur die Hälfte (48 %) der Befragten, die in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer eines solchen antisemitisch motivierten Vandalismus wurden, dies bei der Polizei oder einer Organisation gemeldet. Dies bestätigt das in Viktimisierungserhebungen unter der Allgemeinbevölkerung festgestellte Muster, dass Eigentumsdelikte, insbesondere Straftaten, bei denen die Wohnung oder wertvolles Eigentum wie ein Auto beschädigt wurde, häufig aus versicherungsrechtlichen Gründen gemeldet werden, während Personendelikte, wie beispielsweise körperliche Gewalt, weitestgehend nicht gemeldet werden²⁵. So belegen die Ergebnisse, dass 64 % der Opfer von antisemitisch motivierter körperlicher Gewalt oder deren Androhung und 76 % der Opfer antisemitisch motivierter Belästigung den schwerwiegendsten Vorfall der letzten fünf Jahre weder bei der Polizei noch bei einer Organisation gemeldet haben (Abbildung 23).

²⁵ Van Dijk, J., Van Kesteren, J. und Smit, P. (2007), S. 17.

Abbildung 23: Anteile der Befragten, die den schwerwiegendsten antisemitisch motivierten Vorfall der letzten fünf Jahre gemeldet haben (%)



Frage: Co8. Haben Sie oder jemand anderes diesen Vorfall bei der Polizei oder einer anderen Stelle gemeldet: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: Belästigung: n = 1 941; Vandalismus: n = 154; körperliche Gewalt: n = 403.

Quelle: FRA, 2013.

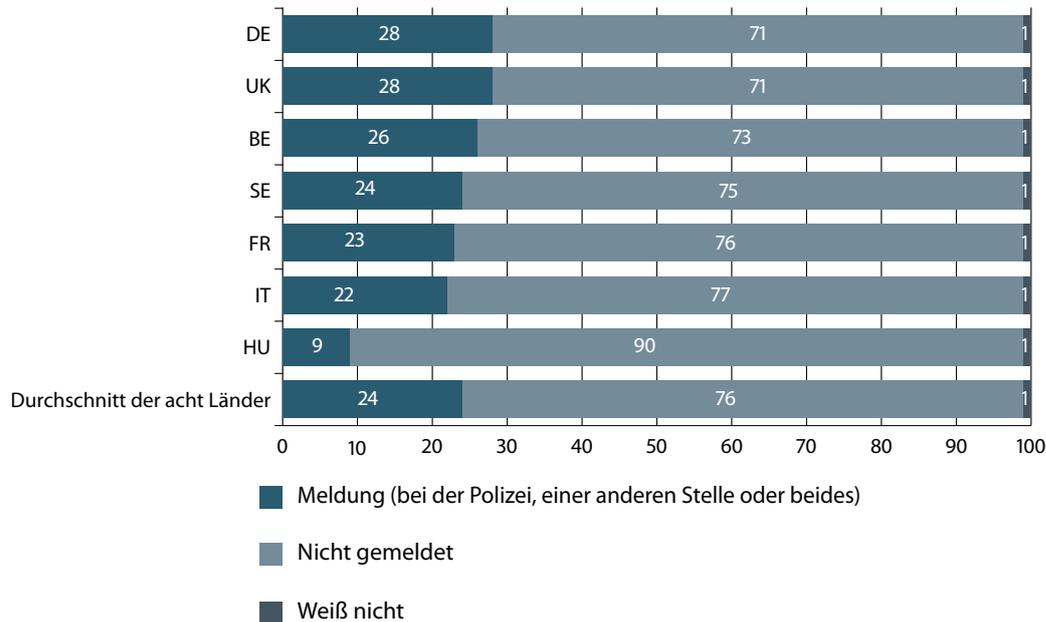
Der schwerwiegendste Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung der letzten fünf Jahre wurde von 8 % der Opfer bei der Polizei, von 9 % bei einer Organisation und von weiteren 6 % sowohl bei der Polizei als auch bei einer Organisation gemeldet. Insgesamt erklärten nur 23 % der Opfer von Belästigung, den schwerwiegendsten Vorfall der letzten fünf Jahre bei der Polizei oder einer Organisation – darunter bei auf Sicherheitsfragen und/oder Antisemitismus spezialisierten Organisationen der jüdischen Gemeinde – gemeldet zu haben. Fälle von Vandalismus und körperlicher Gewalt oder deren Androhung wurden mit 22 % (Vandalismus) und 17 % (körperliche Gewalt oder deren Androhung) von größeren Anteilen der Opfer bei der Polizei gemeldet. Hinsichtlich der Meldung bei einer Organisation – d. h. in erster Linie bei Organisationen der jüdischen Gemeinde – wurden keine Unterschiede zwischen den einzelnen Formen antisemitisch motivierter Vorfälle festgestellt: Die Befragten haben 9 % bis 10 % der schwerwiegendsten Vorfälle der letzten fünf Jahre bei einer Organisation gemeldet.

Der Vergleich der in den einzelnen erfassten EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vorfälle von Belästigung ermittelten Ergebnisse zeigt, dass in den meisten Ländern etwa ein Viertel der schwerwiegendsten Vorfälle bei der Polizei und/oder bei Organisationen der jüdischen Gemeinde gemeldet wurde (die Anteile der schwerwiegendsten Vorfälle von Belästigung, die gemeldet wurden, beliefen sich auf 22 % bis 24 % in Italien, Frankreich und Schweden sowie auf 26 % bis 28 % in Belgien, Deutschland

und dem Vereinigten Königreich). Lediglich in Ungarn wurde nur jeder zehnte (9 %) schwerwiegendster Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung gemeldet (Abbildung 24). Aufgrund der geringen Zahl der für die Analyse verfügbaren Fälle ist es nicht möglich, eine Aufschlüsselung der Melderaten für Fälle von antisemitisch motivierter Gewalt oder deren Androhung oder für Vorfälle mutwilliger Beschädigung von Eigentum, die nach Auffassung der Opfer auf ihre Zugehörigkeit zum Judentum zurückzuführen waren, nach Ländern vorzunehmen.

Drei Viertel (76 %) der Befragten, die in den vergangenen fünf Jahren Opfer antisemitisch motivierter Belästigungen wurden, haben den schwerwiegendsten Vorfall nicht bei der Polizei oder einer Organisation gemeldet. Zwei Drittel der Opfer von körperlicher Gewalt oder deren Androhung (64 %) sowie gut die Hälfte der Opfer mutwilliger Beschädigung persönlichen Eigentums (53 %) haben den schwerwiegendsten Vorfall nicht bei der Polizei oder einer Organisation gemeldet.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, warum sie den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Belästigung nicht bei der Polizei gemeldet haben. Den Befragten, die sich nicht an die Polizei gewandt haben, wurde eine Liste möglicher Gründe hierfür vorgelegt, aus der sie alle auf ihren Fall zutreffenden Optionen auswählen konnten. Abbildung 25 zeigt, dass fast die Hälfte (47 %) der Befragten, die den schwerwiegendsten Fall

Abbildung 24: Meldung des schwerwiegendsten Vorfalls antisemitisch motivierter Belästigung der letzten fünf Jahre, nach EU-Mitgliedstaat (%)

Frage: Co8. Haben Sie oder jemand anderes diesen Vorfall bei der Polizei oder einer anderen Stelle gemeldet?

Anmerkungen: N = 1 941.

Lettland wurde hier ausgenommen, da nur wenige Fälle für eine Analyse zur Verfügung stehen (n < 30).

Quelle: FRA, 2013

nicht bei der Polizei gemeldet haben, erklärte, eine Meldung hätte nichts geändert. Etwa ein Viertel der Befragten gab an, den Vorfall nicht gemeldet zu haben, weil so etwas ständig passiere (27 %) oder weil es selber oder mithilfe von Familienangehörigen oder Freunden mit der Situation zurechtgekommen sei (23 %). Etwa jeder Fünfte (18 %) erklärte, eine Meldung bei der Polizei sei ihm zu bürokratisch oder zeitaufwendig gewesen. Die Erhebungsergebnisse zeigen keine länderspezifischen Unterschiede bei den Gründen für die Nichtmeldung von Vorfällen antisemitisch motivierter Belästigung.

Aufgrund der geringen Zahl der Vorfälle von antisemitisch motiviertem Vandalismus (5 % aller Befragten, n = 264) und körperlicher Gewalt oder deren Androhung (7 % aller Befragten, n = 403) der letzten fünf Jahre ist eine eingehendere Analyse dieser Vorfälle kaum möglich. Die Hauptgründe für die Nichtmeldung dieser Vorfälle bei der Polizei scheinen jedoch weitestgehend denen zu entsprechen, die im Zusammenhang mit der Nichtmeldung von Vorfällen antisemitisch motivierter Belästigung ermittelt wurden. So erklärte beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die den schwerwiegendsten Vorfall von körperlicher Gewalt oder deren Androhung nicht bei der Polizei gemeldet haben, das Gefühl gehabt zu haben, dass sich durch die Meldung des Vorfalls nicht

ändern würde (60 %). Des Weiteren gaben die Befragten an, so etwas passiere ständig (24 %) oder das Meldeverfahren sei ihnen zu bürokratisch oder zeitaufwendig gewesen (23 %). Allerdings erklärten 20 % der Befragten auch, der Polizei nicht zu vertrauen.

„Ich habe der Polizei auch Anfang 2011 einen Vorfall gemeldet, bei dem ein Fahrer mich und mehrere Kinder, darunter meine jüngere Tochter, auf dem Heimweg von der Synagoge mit antisemitischen Tiraden beschimpft hat. Die Polizei hat das ernst genommen und ist gut damit umgegangen.“

(Mann, 45 bis 49 Jahre, Vereinigtes Königreich)

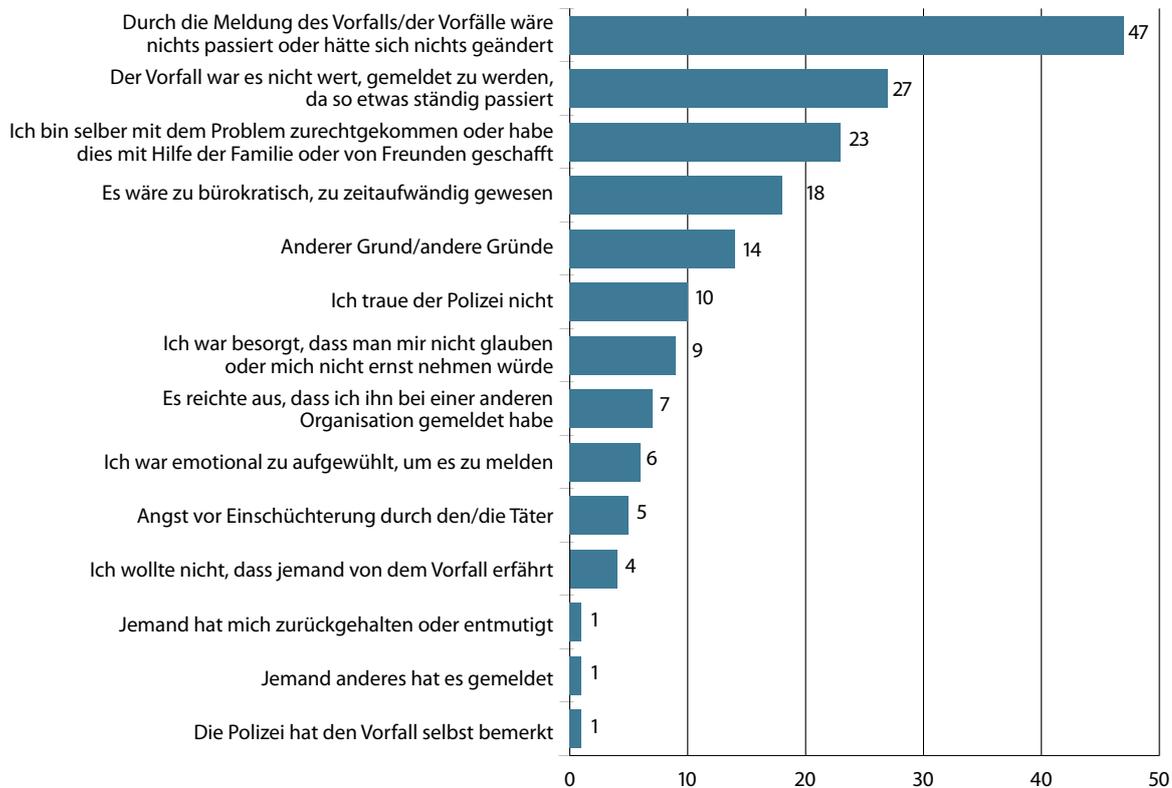
„Meine Familie wurde in den letzten zehn Jahren wiederholt Opfer ernsthafter Übergriffe wie Drohbriefe mit Anthrax, Feuer und Schmierereien. Alle diese Fälle wurden ohne weitere Maßnahmen abgeschlossen.“

(Frau, 45 bis 49 Jahre, Frankreich)

„Meiner Meinung nach sollten wir Juden eine Anleitung dafür erhalten, was wir tun sollen, wenn wir beleidigt werden. Ich habe das Gefühl, viele von uns haben nur uns selbst und geben [darum] den Kampf auf. Gestern wurde wegen meines Namens ein Hakenkreuz auf meinen Briefkasten geschmiert, und ich habe nicht die leiseste Idee, was ich tun soll.“

(Frau, 20 bis 29 Jahre, Ungarn).

Abbildung 25: Gründe für die Nichtmeldung des schwerwiegendsten Vorfalls antisemitisch motivierter Belästigung der letzten fünf Jahre bei der Polizei (%)



Frage: C10. Warum haben Sie den Vorfall nicht bei der Polizei gemeldet? Mehrfachantworten möglich.
 Anmerkung: n = 1 653.
 Quelle: FRA, 2013



Stellungnahme der FRA

Auf EU- und nationaler Ebene sollten Rechtsvorschriften verabschiedet werden, um die Erhebung und Veröffentlichung von Daten über Hasskriminalität – darunter auch über Straftaten, die aus antisemitischen Beweggründen begangen werden – durch die EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Dies würde dazu beitragen, dass die EU-Mitgliedstaaten Opfer von Hasskriminalität anerkennen und damit der Verpflichtung nachkommen, vorurteilsgeleitete Beweggründe von Straftaten offenzulegen, wie es die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte fordert. Diese Daten würden keine Identifizierung der Betroffenen ermöglichen, sondern in Form von Statistiken publiziert.

Als Mindeststandard sollten statistische Daten über die folgenden Aspekte erhoben und veröffentlicht werden: Zahl und Art der von Bürgern gemeldeten und von Behörden erfassten antisemitisch motivierten Hassdelikte, Zahl der Fälle, in denen die Täter verurteilt wurden, Diskriminierungsgründe und gegen die Täter verhängte Sanktionen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich auf einen harmonisierten Ansatz für die Datenerhebung einigen, um aufzuzeigen, inwieweit die Opfer – darunter auch die jüdischen Opfer von Hassdelikten – ihre in der Richtlinie über Opferrechte (Artikel 28) verankerten Rechte wahrgenommen haben. Dies würde eine vergleichende Analyse der Umsetzung der Richtlinie und der Wirksamkeit der Maßnahmen erleichtern, die in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten ergriffen wurden, um den Bestimmungen der Richtlinie zu entsprechen.

Die Opfer von Straftaten haben gemäß Artikel 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union das Recht auf Zugang zur Justiz. Dieses Recht sollte nicht nur in der Theorie existieren, sondern auch in der Praxis wirksam sein. Angesichts des hohen Anteils der Opfer von Straftaten, welche die Vorfälle nicht behördlich melden, sollten verstärkt Bemühungen unternommen werden, um Mittel und Wege zu finden, die Opfer zu ermutigen und es ihnen zu erleichtern, bei der Polizei Anzeige zu erstatten.

Im Zuge der Umsetzung der Richtlinie über Opferrechte (Richtlinie 2012/29/EU) sollten die EU-Mitgliedstaaten besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Opfer antisemitisch motivierter Hassdelikte legen und dabei auch eine individuelle Begutachtung der Opfer zur Ermittlung besonderer Schutzbedürfnisse vornehmen (Artikel 22).

Die EU-Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Beweggründe antisemitisch motivierter Straftaten von den Strafverfolgungsbehörden angemessen dokumentiert und im Verlauf des Verfahrens, sprich von den anfänglichen Ermittlungen der Polizei bis zur Gerichtsverhandlung, berücksichtigt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten ferner gegen die Nichtmeldung und unzureichende Meldung von Hassdelikten vorgehen, indem sie beispielsweise für die Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden einschlägige Schulungen zur Opferhilfe und zur systematischen Erfassung von Vorfällen durchführen. Wie in der Stellungnahme der FRA in ihrem Bericht EU LGBT survey: Results at a glance (2013) [EU-weite LGBT-Erhebung: Ergebnisse auf einen Blick] erläutert, können darüber hinaus Verfahren wie die „Meldung durch Dritte“, bei der Organisationen der Zivilgesellschaft Vorfälle bei der Polizei melden oder die Opfer bei der Meldung unterstützen, in Erwägung gezogen werden, um die Melderaten einiger gefährdeter Gruppen zu erhöhen.

4

Diskriminierungserfahrungen



In diesem Kapitel werden die Erfahrungen der Erhebungsteilnehmer mit Diskriminierung aus unterschiedlichen Gründen und in einer Vielzahl von Lebensbereichen beleuchtet, in denen es zu Diskriminierung kommen kann, wie beispielsweise am Arbeitsplatz und bei der Inanspruchnahme öffentlicher oder privater Dienstleistungen. Des Weiteren wird untersucht, ob Vorfälle von Diskriminierung bei einer Organisation gemeldet wurden. Zunächst wird eine allgemeine Bewertung der Erfahrungen mit Diskriminierung aus einer Reihe von Gründen, darunter auch die ethnische Herkunft oder Religion, vorgenommen. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie die jüdische Bevölkerung die Behörden wahrnimmt und wie sie sich von diesen behandelt fühlt.

Sowohl die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf²⁶ als auch die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse²⁷ bieten Juden Schutz vor Diskriminierung – sei es vor Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung (Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf) oder vor Diskriminierung von Juden als ethnischer Gruppe (Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse).

4.1. Diskriminierungserfahrungen im Allgemeinen

Die Erhebungsteilnehmer wurden gebeten, über etwaige Diskriminierungserfahrungen sowohl im Allgemeinen als auch im Zusammenhang mit bestimmten Lebensbereichen zu berichten, in denen es zu

Diskriminierung kommen kann. Die letztgenannten Fragen, mittels derer die gesellschaftlichen Bereiche der Diskriminierung ermittelt wurden, wie beispielsweise Beschäftigung oder Bildungswesen, bieten mehr Einzelheiten und mehr handlungsorientierte Informationen über die Diskriminierungserfahrungen der jüdischen Bevölkerung. Die allgemeine Frage zur Diskriminierung aus einem beliebigen Grund ermöglicht den Vergleich der Erhebungsergebnisse mit denen der Eurobarometer-Erhebungen in der Allgemeinbevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf Erfahrungen, bei denen möglicherweise Diskriminierung oder Belästigung eine Rolle gespielt haben. Zwar werden diese beiden Themen – Diskriminierungserfahrungen und Erfahrungen mit Belästigung – im vorliegenden Bericht gesondert behandelt, jedoch wurden sie an dieser Stelle in einer Frage zusammengeführt, um die Vergleichbarkeit mit den Eurobarometer-Erhebungen sicherzustellen, in denen die diesbezügliche Frage auf der Grundlage des Wortlauts der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und der Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse beide Themen umfasst.

Die Befragten wurden nach ihren Erfahrungen der letzten zwölf Monate mit Diskriminierung oder Belästigung aus unterschiedlichen Gründen gefragt: ethnische Herkunft, Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, Alter, Religion oder Weltanschauung, Behinderung oder andere Gründe. Insgesamt fühlte sich mehr als ein Drittel (36 %) der Befragten in den vorangegangenen zwölf Monaten aus einem oder mehreren der genannten Gründe diskriminiert oder belästigt. Insgesamt nannten 19 % der Befragten die Religion oder Weltanschauung als Grund für die Diskriminierung oder Belästigung, gefolgt von der ethnischen Herkunft, dem Alter (jeweils 13 %) und dem Geschlecht (9 %).

Fast jeder zehnte Befragte (9 %) gab an, sowohl aufgrund seiner ethnischen Herkunft als auch wegen

26 Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16 (Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf).

27 Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 22 (Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse).

seiner Religion diskriminiert worden zu sein. Diese Kombination von Diskriminierungsgründen wurde am häufigsten genannt. Ein Viertel der Befragten (23 %) nannte als Grund für die Diskriminierung oder Belästigung seine ethnische Herkunft oder seine Religion.

Die Auswahl mehrerer Diskriminierungsgründe kann auf eine intersektionelle oder eine additive Diskriminierung hinweisen: Im ersten Fall werden Menschen bei einem einzigen Vorfall aus mehreren Gründen diskriminiert, im zweiten Fall werden sie bei unterschiedlichen Gelegenheiten aus verschiedenen Gründen diskriminiert²⁸. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass ein Teil der Befragten seine jüdische Identität als Zugehörigkeit zum Judentum im Sinne sowohl der Religion als auch der ethnischen Herkunft begreift und daher beide Gründe ausgewählt hat²⁹.

In Deutschland, Frankreich und Belgien erklärte mehr als jeder fünfte Befragte (24 %, 23 % bzw. 21 %), sich in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund seiner Religion oder Weltanschauung persönlich diskriminiert gefühlt zu haben. In Deutschland und Schweden gab knapp ein Fünftel der Befragten an, in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund seiner ethnischen Herkunft diskriminiert worden zu sein (18 % bzw. 16 %). In Tabelle 8 sind die Zellen, in

denen die drei am häufigsten genannten Diskriminierungsgründe für die einzelnen erfassten EU-Mitgliedstaaten dargestellt sind, hervorgehoben.

„Ich bin jüdischer Herkunft und auf dem linken Ohr schwerhörig, und je länger die Rezession dauert, desto mehr habe ich darunter zu leiden, dass ich Jude und behindert bin (nicht immer wegen [beider] Vorurteile zugleich). [...] Ich habe auch erlebt, dass andere Juden diskriminiert wurden, und antisemitische Äußerungen von anderen Leuten gehört, von denen einige wussten, dass ich Jüdin bin, und andere nicht. Alles, was ich tue, ist mich zu verteidigen und mich durchzukämpfen, und das bricht mir das Herz.“

(Frau, 35 bis 39 Jahre, Vereinigtes Königreich)

Dem Eurobarometer Spezial zur Diskriminierung in der EU im Jahr 2012³⁰ zufolge erklärte fast jeder fünfte Europäer (17 %), persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung oder Belästigung gemacht zu haben. Davon wurden 13 % Opfer von Diskriminierung aus einem der im Zuge der Erhebung analysierten Gründe (ethnische Herkunft, Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, Alter von mindestens 55 Jahren, Alter von unter 30 Jahren, Religion oder Weltanschauung, Behinderung und Geschlechtsidentität) und 4 % Opfer von Mehrfachdiskriminierung. Im Durchschnitt fühlten sich 3 % der Europäer aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert,

Tabelle 8: Anteil der Befragten, die sich in den vorangegangenen zwölf Monaten aus unterschiedlichen Gründen diskriminiert oder belästigt fühlten, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Diskriminierungsgründe	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Religion oder Glaube	21	24	23	18	18	5	16	16	19
Ethnischer Hintergrund	14	18	15	14	6	6	16	11	13
Alter	10	10	12	15	9	10	18	16	13
Geschlecht	6	12	8	5	11	2	12	11	9
Sexuelle Orientierung	2	4	2	4	4	1	2	3	3
Behinderung	1	3	3	4	2	1	3	4	3
Aus einem anderen Grund	2	4	2	3	3	0	1	2	2

Frage: F01. Haben Sie selbst sich in den LETZTEN 12 MONATEN in [A02:COUNTRY] aus einem der folgenden Gründe diskriminiert oder belästigt gefühlt: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)? Mehrfachantworten möglich.

Anmerkungen: N = 5 847.

Die Antwortoptionen sind entsprechend dem Durchschnitt der acht Länder in absteigender Reihenfolge aufgeführt. Für jedes Land sind die drei den Angaben der Befragten zufolge am weitesten verbreiteten Gründe in der Tabelle hervorgehoben.

Quelle: FRA, 2013

28 Eine ausführlichere Beschreibung von Inhalt und Verwendung der Fachtermini Mehrfachdiskriminierung, intersektionelle und additive Diskriminierung ist FRA (2013c) zu entnehmen.

29 Die Tatsache, dass manche der Befragten Schwierigkeiten hatten, zwischen den einzelnen Diskriminierungsgründen zu differenzieren, kommt auch in der von der FRA angestellten Analyse zur Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS) im Hinblick auf die Diskriminierungserfahrungen muslimischer Befragter zum Ausdruck; siehe FRA (2009c).

30 Europäische Kommission (2012), S. 62ff.

wobei sich dieser Anteil unter jenen Europäern, die nach eigenen Angaben einer ethnischen Minderheit angehören, auf 27 % beläuft. Unter den Europäern, die nach eigenen Angaben einer religiösen Minderheit angehören, beträgt die Diskriminierungsrate 13 % und ist damit ebenfalls deutlich höher als der durchschnittliche Anteil aller im Rahmen der Eurobarometer-Erhebung befragten Europäer, die aus diesem Grund diskriminiert wurden (2 %). Die Ergebnisse der Eurobarometer-Erhebung in der Allgemeinbevölkerung der in dieser FRA-Erhebung erfassten EU-Mitgliedstaaten belegen, dass für Italien und Ungarn mit jeweils 23 % die höchsten Diskriminierungsraten ermittelt wurden. Für die übrigen sechs in dieser FRA-Erhebung abgedeckten EU-Mitgliedstaaten wurden im Rahmen der Eurobarometer-Erhebung die folgenden Ergebnisse ermittelt: Belgien 19 %, Schweden und Lettland jeweils 18 %, Frankreich und das Vereinigte Königreich jeweils 17 %, Deutschland 14 %.

4.2. Kontext der Vorfälle von Diskriminierung

Die Erhebungsteilnehmer wurden nicht nur nach ihren Diskriminierungserfahrungen im Allgemeinen gefragt, sondern auch nach Diskriminierungserfahrungen in bestimmten Situationen. Dies sollte den Befragten helfen, sich verschiedene Situationen in Erinnerung zu rufen, in denen sie möglicherweise diskriminiert wurden, und die Erhebung ausführlicher Angaben zu derartigen Vorfällen erlauben.

In diesem Zusammenhang wurden die Erhebungsteilnehmer nach ihren Diskriminierungserfahrungen in den folgenden Situationen gefragt:

- Während der Arbeitssuche?
- An ihrer Arbeitsstätte, durch Menschen, für die oder mit denen Sie arbeiten?
- Auf der Suche nach einem Haus oder einer Wohnung zum Mieten oder Kaufen, durch Menschen, die bei einer öffentlichen Wohnungsvermittlung arbeiten oder durch einen privaten Vermieter oder Vermittler/Makler?
- Durch Menschen, die im Bereich öffentlicher oder privater Gesundheitsdienstleistungen arbeiten? Dabei könnte es sich um jedwede beteiligte Person handeln, beispielsweise eine Empfangsdame, eine Krankenschwester oder einen Arzt.
- Durch Menschen, die an einer Schule oder in einer (Fort-)Bildungseinrichtung arbeiten? Dies könnte Ihnen als Schüler/Student oder als Elternteil widerfahren sein.
- Während sie in einem Café, einem Restaurant, einer Bar oder einem (Nacht-)Club waren oder während Sie versuchten, einen solchen Betrieb zu betreten?

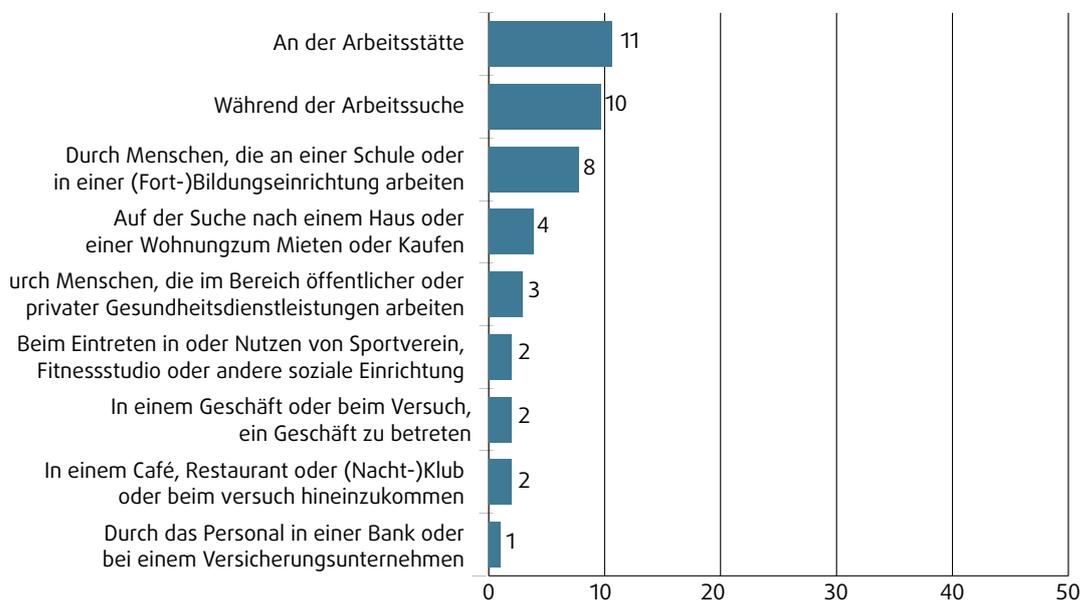
- Während sie in einem Geschäft waren oder während sie versuchten, ein Geschäft zu betreten?
- Durch das Personal in einer Bank oder bei einem Versicherungsunternehmen?
- Während sie einem Sportverein, einem Fitnessstudio oder einer anderen sozialen Einrichtung beitreten wollten oder während sie das Angebot einer dieser Einrichtungen nutzten?

Die Erhebungsteilnehmer wurden zunächst gefragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung in einer der aufgeführten neun Situationen waren, ob sie also beispielsweise auf Arbeitsuche oder Mitglied in einem Sportverein waren. Die Befragten, die angaben, sich in einer oder mehrerer dieser neun Situationen diskriminiert gefühlt zu haben, wurden anschließend gefragt, ob sie ihrer Auffassung nach aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert wurden.

Was die neun aufgeführten Situationen betrifft, so erklärten die Befragten am häufigsten, im Beschäftigungsbereich – d. h. bei der Arbeitssuche oder am Arbeitsplatz – diskriminiert worden zu sein. Jeder Zehnte (11 %) der Befragten, die in den letzten zwölf Monaten erwerbstätig waren, erklärte, er sei mindestens bei einer Gelegenheit aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert worden. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten, die auf Arbeitsuche waren, gab an, sich aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert gefühlt zu haben (10 %). Darüber hinaus erklärte fast jeder Zehnte (8 %) der Befragten, die selbst in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren oder deren Kinder eine entsprechende Einrichtung besuchten, dass er selbst oder seine Kinder vom Schulpersonal oder den für die Ausbildung Verantwortlichen diskriminiert wurden. Die Erfahrungen der Befragten im Bereich der schulischen oder beruflichen Ausbildung sind von besonderer Bedeutung, da die Mehrheit der Befragten, die sich in diesem Bereich – aus irgendeinem Grund – diskriminiert fühlten, dies auf ihre Zugehörigkeit zum Judentum zurückführte (Abbildung 26).

Die Erhebungsteilnehmer, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung aus antisemitischen Beweggründen diskriminiert wurden, erklärten am häufigsten, am Arbeitsplatz (11 % der Befragten, die in diesem Zeitraum erwerbstätig waren), bei der Arbeitssuche (10 % der Befragten, die in diesem Zeitraum auf Arbeitsuche waren) oder durch Mitarbeiter von Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen diskriminiert worden zu sein (hier konnten die Befragten Vorfälle von Diskriminierung nennen, die ihnen persönlich oder als Elternteil widerfahren waren; 8 % der Befragten, die in diesem Zeitraum in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren oder deren Kinder eine entsprechende Einrichtung besuchten, fühlten sich von dem in diesem Bereich tätigen Personal diskriminiert).

Abbildung 26: Anteile der Befragten, die sich in unterschiedlichen Situationen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum persönlich diskriminiert fühlten, Anteile der Befragten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten in der entsprechenden Situation waren oder die jeweilige Dienstleistung in Anspruch genommen haben (%)



Fragen: F02. Haben Sie selbst sich in den LETZTEN 12 MONATEN in einer oder mehreren der folgenden Situationen aus irgendeinem Grunde diskriminiert gefühlt: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

F03. Sie haben angegeben, Sie hätten sich selbst sich in den LETZTEN 12 MONATEN in einer oder mehreren der folgenden Situationen diskriminiert gefühlt. Hatten Sie in irgendeinem dieser Fälle das Gefühl, dass Sie diskriminiert wurden, WEIL Sie Jude sind: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkungen: N ist in Abhängigkeit davon, ob die Befragten in den vorangegangenen zwölf Monaten in einer der folgenden Situationen waren, unterschiedlich groß: eine Arbeit gesucht: n = 1 253; gearbeitet/eine Anstellung gehabt: n = 3 566; nach einem Haus oder einer Wohnung zur Miete oder zum Kauf gesucht, n = 1 251; öffentliche oder private Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch genommen: n = 5 122; die Schule, die Universität oder sonstige Aus- oder Weiterbildungseinrichtungen besucht, entweder sie selbst oder eines ihrer Kinder: n = 2 835; ein Café, ein Restaurant, eine Bar oder einen (Nacht-)Club besucht: n = 5 550; ein Geschäft besucht: n = 5 741; eine Bank oder ein Versicherungsunternehmen besucht: n = 5 523; in einem Sportverein, einem Fitnessstudio oder anderen Freizeiteinrichtungen trainiert oder versucht, einer dieser Einrichtungen beizutreten: n = 3 113.

Quelle: FRA, 2013

„Ich glaube, wenn ich den Leuten gesagt hätte, dass ich Jüdin bin, als ich mich um einen Job beworben habe, wäre ich Gefahr gelaufen, diskriminiert zu werden.“

(Frau, 25 bis 29 Jahre, Vereinigtes Königreich)

„Sie haben nicht nach institutionellem Rassismus am Arbeitsplatz gefragt, z. B. der Schwierigkeit, freitags früh nach Hause zu gehen; schließlich [finden] alle sozialen Veranstaltungen freitags [statt], usw.“

(Frau, 60 bis 69 Jahre, Vereinigtes Königreich)

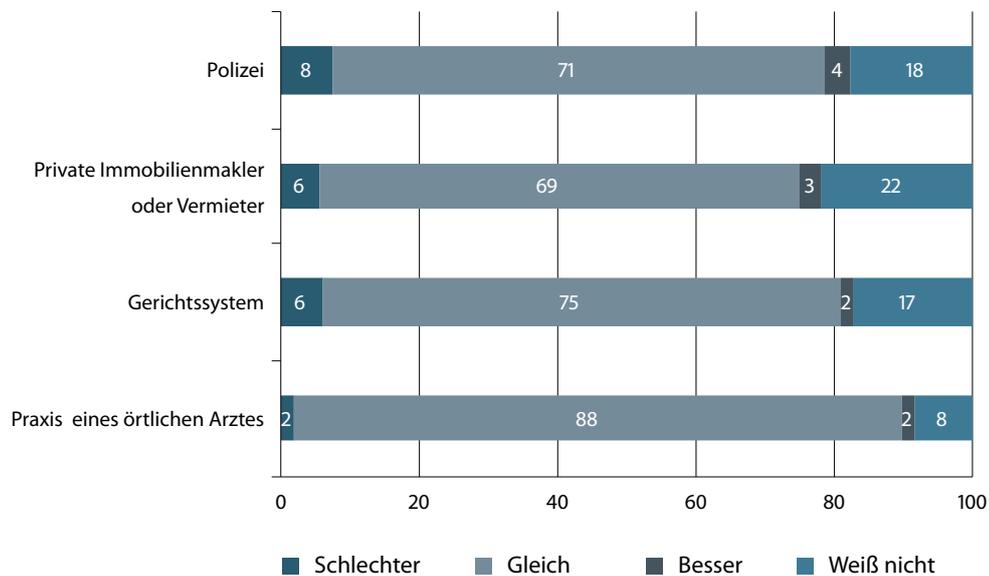
„Ich habe meine Stelle an der Universität, an der ich gelehrt habe, wegen des expliziten Antisemitismus sowohl der Kollegen als auch der Studierenden aufgegeben. Ich bin davon noch immer traumatisiert und unfähig, mir einen neuen Job zu suchen.“

(Mann, 55 bis 59 Jahre, Vereinigtes Königreich)

4.3. Erwartungen hinsichtlich der Gleichbehandlung

Die Erhebungsteilnehmer wurden gebeten einzuschätzen, ob sie bei bestimmten Einrichtungen oder bei der Inanspruchnahme bestimmter Leistungen genauso behandelt würden wie andere Menschen im Land. Im Allgemeinen erwartet die Mehrheit der Befragten, von der Polizei (71 %), bei Gericht (75 %), in der Praxis eines örtlichen Arztes (88 %) oder von einem privaten Immobilienmakler oder Vermieter (69 %) genauso behandelt zu werden wie andere Menschen im Land, also weder besser noch schlechter (Abbildung 27). Den Erhebungsergebnissen sind keine deutlichen länderspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Erwartungen bezüglich der Gleichbehandlung bei diesen Einrichtungen oder bei der Inanspruchnahme der genannten Leistungen zu entnehmen. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass der Großteil der jüdischen Bevölkerung darauf vertraut, bei diesen Einrichtungen oder bei der Inanspruchnahme

Abbildung 27: Erwartungen der Befragten im Hinblick darauf, wie sie von Vertretern ausgewählter Einrichtungen und bei der Inanspruchnahme bestimmter Leistungen behandelt würden (%)

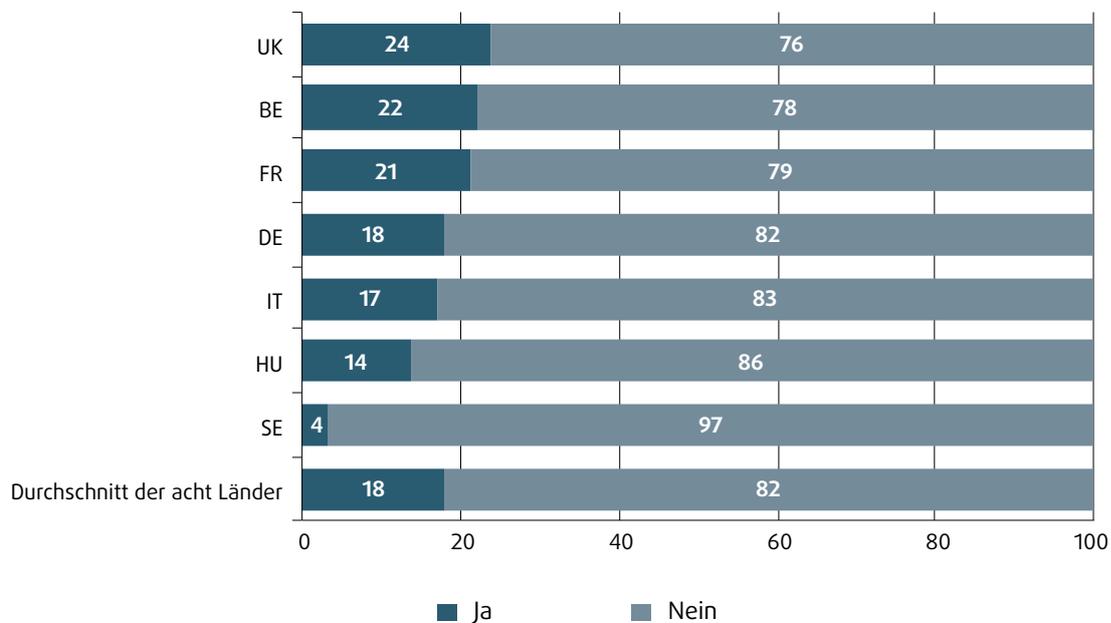


Frage: F09. Bitte denken Sie nun einmal an die folgenden Einrichtungen in [A02:COUNTRY]. Würden sie Sie Ihrer Meinung nach im Allgemeinen schlechter behandeln als andere Menschen im Land, besser behandeln als andere Menschen im Land oder genauso behandeln wie andere Menschen im Land, WEIL Sie Jude sind: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 28: Meldung des schwerwiegendsten Vorfalles antisemitisch motivierter Diskriminierung der letzten zwölf Monate bei einer Behörde oder Organisation, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: F04c. Manche Menschen melden Diskriminierungstatbestände bei Organisationen oder Ämtern, die als Beschwerdestelle fungieren, oder an dem Ort, an dem der Vorfall sich ereignet hat. Andere melden derartige Taten nicht. Bitte denken Sie nun an diesen einen Vorfall, haben Sie oder jemand anderes diesen irgendwo gemeldet?

Anmerkungen: N = 820, im Einzelnen: Belgien = 81, Frankreich = 209, Deutschland = 112, Ungarn = 81, Italien = 76, Schweden = 86, Vereinigtes Königreich = 167.

Lettland wurde hier ausgenommen, da nur wenige Fälle für eine Analyse zur Verfügung stehen (n < 10).

Quelle: FRA, 2013

der genannten Leistungen nicht besser oder schlechter behandelt zu werden als andere Menschen im Land. Im Hinblick auf die Polizei oder die Gerichte könnte dies bedeuten, dass die unzureichende Meldung antisemitisch motivierter Vorfälle wohl weniger auf ein mögliches Misstrauen gegenüber den zuständigen Behörden als vielmehr auf die übrigen in Abschnitt 3.5 „Meldung antisemitisch motivierter Vorfälle“ erörterten Gründe zurückzuführen ist.

4.4. Meldung von Diskriminierung

Die Erhebungsteilnehmer wurden auch gebeten anzugeben, ob sie den schwerwiegendsten Vorfall von Diskriminierung der letzten zwölf Monate bei einer Behörde oder Organisation gemeldet haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Melderaten bei Diskriminierung niedriger sind als bei anderen Formen antisemitisch motivierter Vorfälle wie Belästigung, körperlicher Gewalt und deren Androhung. Im Durchschnitt hat die große Mehrheit (82 %) der Betroffenen den schwerwiegendsten Vorfall von Diskriminierung bei keiner Behörde oder Organisation gemeldet. Die übrigen Befragten (18 %) gaben an, den Vorfall bei einer Organisation oder Einrichtung gemeldet zu haben, sei es bei der Polizei, einer nationalen Gleichbehandlungsstelle oder einer auf die Erhebung von Daten über antisemitisch motivierte Vorfälle und die Unterstützung der Opfer spezialisierten Organisation der jüdischen Gemeinde.

Mehr als vier von fünf (82 %) der Befragten, die erklärten, in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert worden zu sein, haben den schwerwiegendsten Vorfall bei keiner Behörde oder Organisation gemeldet.

Der Vergleich der in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten ermittelten Ergebnisse zeigt, dass größtenteils nur geringfügige Unterschiede zwischen den Anteilen der Vorfälle bestehen, die bei einer Organisation gemeldet wurden. Die größten Anteile der Befragten, die den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Diskriminierung der letzten zwölf Monate vor der Erhebung gemeldet haben, wurden im Vereinigten Königreich (24 %), in Belgien (22 %) und in Frankreich (21 %) festgestellt, während in Schweden nur 4 % dieser Vorfälle gemeldet wurden (Abbildung 28).

Da die Datenreihe nur eine relativ geringe Zahl gemeldeter Vorfälle antisemitisch motivierter Diskriminierung umfasst, ist eine ausführliche Analyse anhand der Stellen, bei denen diese Vorfälle gemeldet wurden, nur begrenzt möglich. In den acht erfassten EU-Mitglied-

staaten haben insgesamt 149 Befragte einen Vorfall, bei dem sie sich in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert fühlten, bei einer Behörde oder Organisation gemeldet. Etwa ein Drittel der Befragten, die erklärten, den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Diskriminierung gemeldet zu haben, wandte sich an Führungskräfte seiner Arbeitsstätte oder die Leitung seiner Schule bzw. Universität (38 %). Dies verdeutlicht den relativ großen Anteil der Vorfälle von Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie im Bildungsbereich.

Etwa ein Viertel (28 %) der Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mit antisemitisch motivierter Diskriminierung konfrontiert waren, wandte sich an eine auf Sicherheitsfragen und/oder Antisemitismus spezialisierte Organisation der jüdischen Gemeinde. Geringer waren die Anteile jener, die sich an andere jüdische Organisationen (11 %) oder eine jüdische Autoritätsperson, wie beispielsweise einen Rabbiner oder eine Führungsperson einer Organisation der jüdischen Gemeinde, wandten (17 %). Nur 6 % der Befragten, die erklärten, den schwerwiegendsten Vorfall von Diskriminierung gemeldet zu haben, wandten sich an eine Gleichbehandlungsstelle oder Menschenrechtsorganisation ihres Landes. Die Befragten konnten alle Organisationen auswählen, die sie nach dem Vorfall von Diskriminierung kontaktiert haben. Jedoch gaben nur sehr wenige Befragte an, den Vorfall von Diskriminierung bei mehr als einer Organisation oder Einrichtung gemeldet zu haben.

Die Erhebungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass nur geringe Überschneidungen zwischen den Tätigkeitsbereichen der verschiedenen Stellen und Organisationen bestehen, wenn es um die Unterstützung von Juden geht, die diskriminiert wurden. Diese Information ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass vier von fünf Befragten (82 %) den schwerwiegendsten Vorfall antisemitisch motivierter Diskriminierung der letzten zwölf Monate niemandem gemeldet haben. Die Ergebnisse machen deutlich, dass alle diese Organisationen ihrer Verantwortung nachkommen müssen, jüdische Diskriminierungsopfer über ihre Rechte, die Meldeverfahren und die Optionen für den Erhalt einschlägiger Unterstützung aufzuklären. Voraussetzung für die optimale Unterstützung von Diskriminierungsopfern ist eine wirksame Zusammenarbeit und ein effektiver Informationsaustausch zwischen den zuständigen Organisationen. Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Betroffenen Vorfälle von Diskriminierung bei einer Reihe unterschiedlicher Organisationen melden. Das bedeutet, dass ohne eine wirksame Zusammenarbeit und eine etwaige Harmonisierung der Datenerfassungsverfahren auch weiterhin nur bruchstückhafte Statistiken aus Verwaltungsdaten über gemeldete



Vorfälle von Diskriminierung möglich sein werden, die keinen umfassenden Überblick über die Situation auf nationaler Ebene bieten können.

Die Befragten, die in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung diskriminiert wurden, den Vorfall jedoch nicht gemeldet haben, wurden nach den Gründen für diese Nichtmeldung gefragt. Die am häufigsten ausgewählten Gründe entsprechen weitgehend den zuvor im Zusammenhang mit der Nichtmeldung von Vorfällen von Belästigung und körperlicher Gewalt angegebenen Gründen. Hierzu gehören Bedenken, dass sich durch die Meldung des Vorfalls nichts ändern würde (57 %), oder die Auffassung, dass das Geschehene im Leben der Betroffenen zu sehr an der Tagesordnung sei, um einer Meldung wert zu sein (32 %). Zum Teil hatten die Befragten auch das Gefühl, selbst mit der Situation zurechtzukommen (24 %), oder hielten das Meldeverfahren für zu bürokratisch oder zeitraubend (24 %).

Die Mehrheit der Befragten (57 %), die in den vorangegangenen zwölf Monaten diskriminiert wurden und den schwerwiegendsten Vorfall nicht gemeldet haben, erklärte, nicht daran geglaubt zu haben, dass die Meldung des Vorfalls ihre Situation verbessern würde. Ein Drittel der Befragten (32 %), die diskriminiert wurden und den schwerwiegendsten Vorfall nicht gemeldet haben, gab als Grund für die Nichtmeldung an, dass ihm diese Form von Diskriminierung ständig passiere.

Stellungnahme der FRA

Die EU-Mitgliedstaaten sollten überwachen, inwieweit sich Gleichbehandlungsstellen und andere einschlägige Mechanismen gemäß ihrem jeweiligen Mandat und nach Maßgabe der Bestimmungen der Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (Richtlinie 2000/43/EG) wirksam darum bemühen, jüdische Bürger über den Schutz vor Diskriminierung aufzuklären.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Zusammenarbeit zwischen Gleichbehandlungsstellen und Organisationen der jüdischen Gemeinde fördern, um zu gewährleisten, dass jüdische Bürger, die Opfer von Diskriminierung werden, über ihre Rechte und die verfügbaren Beschwerdeverfahren aufgeklärt werden.

Die EU-Mitgliedstaaten sind gehalten, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in ihren Bemühungen um die Festlegung von Strategien für Vielfalt und Nichtdiskriminierung zu unterstützen. Diese Strategien sollten auch Maßnahmen umfassen, die darauf abzielen, den Bedürfnissen jüdischer Mitarbeiter am Arbeitsplatz besser Rechnung zu tragen, wie beispielsweise (sofern möglich) durch flexible Arbeitszeitvereinbarungen in Bezug auf Feiertage.

5

Kenntnis der eigenen Rechte



Selbst die größten Bemühungen der Gesetzgeber um mehr Rechtsschutz müssen wirkungslos bleiben, wenn sich die Betroffenen dieses Schutzes nicht bewusst sind und nicht wissen, wo sie Unterstützung und Informationen erhalten können, um sich Gehör zu verschaffen. In diesem Abschnitt wird untersucht, in welchem Maße die Befragten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten die Rechtsvorschriften, die sie vor Diskriminierung schützen, die Organisationen, die ihnen nach einschlägigen Vorfällen helfen können, und die Rechtsvorschriften über die Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust kennen.

Die zentralen Rechtsinstrumente der EU zur Bekämpfung der Diskriminierung, d. h. die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf³¹ und die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse³², dienen der Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, wobei Erstere ein breites Spektrum von Diskriminierungsgründen abdeckt, darunter auch die Religion, während Letztere Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft verbietet. Die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse verbietet unmittelbare und mittelbare Diskriminierung oder Belästigung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft im Beschäftigungsbereich, bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, im Bildungswesen sowie im Bereich des Sozialschutzes. Ferner sind die Mitgliedstaaten nach Maßgabe beider Richtlinien verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen der einschlägigen Rechtsvorschriften in ihrem Hoheitsgebiet allen Betroffenen in geeigneter Form bekannt gemacht werden.

31 Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16 (Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf).

32 Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 22 (Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse).

AKTIVITÄT DER FRA

Zugang zur Justiz

Die mangelnde Kenntnis der eigenen Rechte und der verfügbaren Unterstützungsdienste für Diskriminierungsoffer kann ein Hindernis für den Zugang zur Justiz darstellen. Eine ausführlichere Untersuchung der verschiedenen Aspekte des Zugangs zur Justiz sowie der Faktoren, die einem wirksamen Rechtsbehelf im Wege stehen, wie beispielsweise die Komplexität der Beschwerdesysteme, enthalten die Berichte der FRA über den Zugang zur Justiz.

Für weitere Informationen siehe Zugang zur Justiz in Europa: Ein Überblick über Herausforderungen und Chancen (2011), verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/zugang-zur-justiz-europa-ein-ueberblick-uber-herausforderungen-und-chancen>, und Access to justice in cases of discrimination in the EU - Steps to further equality [Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen in der EU - Schritte zu mehr Gleichbehandlung] (2012), verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2014/zugang-zur-justiz-diskriminierungsfallen-der-eu-schritte-zu-mehr-gleichbehandlung>

5.1. Kenntnis von Schutzmaßnahmen gegen Diskriminierung

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, ob sie Rechtsvorschriften kennen, welche die Diskriminierung von Juden in den folgenden Situationen verbieten:

- Bei der Bewerbung um eine Stelle?
- Beim Betreten eines Geschäfts, eines Restaurants, einer Bar oder eines (Nacht-)Clubs?
- Bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen?
- Bei der Anmietung oder dem Kauf einer Wohnung oder eines Hauses?

Am häufigsten kannten die Befragten Antidiskriminierungsgesetze in den Bereichen Beschäftigung und Gesundheitsdienste – mehr als die Hälfte von ihnen wusste, dass es einschlägige Gesetze gibt (57 % bzw. 52 %). Was Dienstleistungen wie Einkaufen oder das Wohnungswesen betrifft, so erklärten in den acht EU-Mitgliedstaaten zwischen 47 % und 49 % der Befragten, entsprechende Rechtsvorschriften zu kennen. Andererseits wusste etwa die Hälfte der Befragten (in Abhängigkeit von der abgefragten Situation zwischen 43 % und 53 %) nicht, dass es Rechtsvorschriften gibt, die Juden vor Diskriminierung schützen.

Wie in Abschnitt 4.2 zum Kontext der Vorfälle von Diskriminierung festgestellt wurde, nannten die Befragten, die berufstätig oder auf Arbeitsuche waren, den Beschäftigungsbereich am häufigsten als eine Situation, in der sie diskriminiert wurden. Die größten Anteile der Befragten, die Rechtsvorschriften kennen, welche die Diskriminierung von Juden bei Stellenbewerbungen verbieten, wurden im Vereinigten Königreich (73 %), Schweden (64 %), Frankreich (58 %) und Belgien (53 %) ermittelt (Abbildung 29). Dagegen wussten in Lettland nur 12 % der Befragten, dass es Gesetze gibt, die Juden bei Stellenbewerbungen vor Diskriminierung schützen.

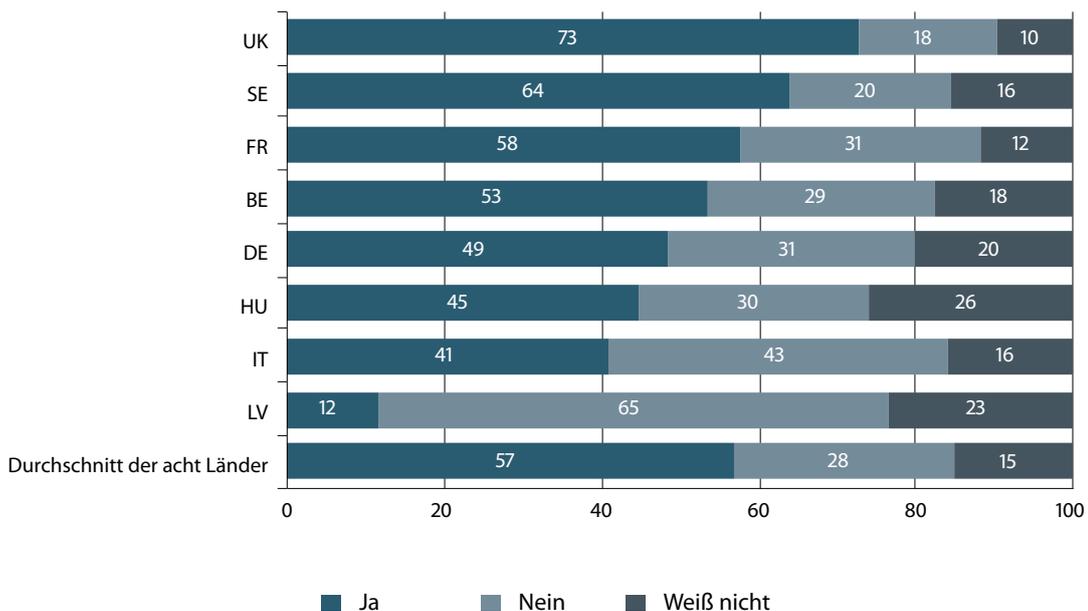
Ein ähnliches Muster zeigen die Ergebnisse aus den acht EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Kenntnis von Antidiskriminierungsgesetzen in anderen Bereichen wie beim Betreten eines Geschäfts, eines Restaurants, einer Bar oder eines Clubs, bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten

sowie bei der Miete einer Wohnung oder eines Hauses. Die in diesen Bereichen geltenden Antidiskriminierungsgesetze sind jedoch etwas weniger bekannt als die einschlägigen Rechtsvorschriften im Beschäftigungsbereich.

Auf die Frage, ob sie Organisationen kennen, die Diskriminierungsoffer unterstützen, erklärten zwei Drittel (67 %) der Befragten, in ihrem Land eine Organisation zu kennen, die ihnen helfen könnte, wenn sie diskriminiert werden. Am bekanntesten waren derartige Organisationen bei den Befragten in Frankreich (86 %), Belgien (75 %), Schweden (74 %) und dem Vereinigten Königreich (72 %). Die Befragten, die erklärten, eine solche Organisation zu kennen, wurden gebeten, diese Organisation genauer zu beschreiben. Dabei hatten sie die Möglichkeit, eine oder mehrere Organisationen zu nennen, die ihres Wissens Diskriminierungsoffer unterstützen könnten. Diesbezüglich stachen zwei Formen von Organisationen besonders hervor: die auf die Sicherheit der jüdischen Gemeinde und/oder Antisemitismus spezialisierten jüdischen Organisationen sowie nationale Gleichbehandlungsstellen und Menschenrechtsorganisationen.

Etwa die Hälfte der Befragten (je nach Bereich zwischen 43 % und 53 %) weiß nicht, dass es Gesetze gibt, die Juden vor Diskriminierung schützen. Am bekanntesten sind unter den Befragten Antidiskriminierungsgesetze im Beschäftigungsbereich, während nur die wenigsten wissen, dass es Rechtsvorschriften über den Schutz vor Diskriminierung beim Betreten eines Geschäfts, eines Restaurants, einer Bar oder eines Clubs gibt.

Abbildung 29: Kenntnis von Rechtsvorschriften, welche die Diskriminierung von Juden bei Stellenbewerbungen verbieten, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: E01. Gibt es, nach allem was Sie wissen oder gehört haben, in [A02:COUNTRY] ein Gesetz, das die Diskriminierung jüdischer Menschen in den folgenden Situationen verbietet: [Antwort: E01a] Bei der Bewerbung um eine Stelle?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Von den Befragten, die erklärten, eine Organisation zu kennen, die Diskriminierungsoffern helfen könnte, beschrieben 66 % diese als eine auf Sicherheitsfragen spezialisierte Organisation der jüdischen Gemeinde. In Frankreich und im Vereinigten Königreich nannten 83 % bzw. 76 % der Befragten eine solche Organisation. Diese hohen Anteile gehen vermutlich darauf zurück, dass es in diesen Ländern Organisationen der Zivilgesellschaft gibt, die antisemitische Vorfälle dokumentieren, wie beispielsweise die auf Sicherheitsfragen spezialisierte *Organisation Service de Protection de la Communauté Juive* in Frankreich und den *Community Security Trust* im Vereinigten Königreich. Die Befragten, die wussten, dass es eine einschlägige Behörde oder Hilfsorganisation gibt, nannten zu 61 % nationale Gleichbehandlungsstellen oder Menschenrechtsorganisationen, wobei in Schweden (89 %) und Ungarn (78 %) höhere Anteile verzeichnet wurden. Darüber hinaus erklärten 40 % der Befragten, wenn sie diskriminiert würden, könnten sie sich an eine jüdische Autoritätsperson, wie beispielsweise einen Rabbiner, oder eine andere Führungsperson einer jüdischen Organisation wenden, während 24 % andere jüdische Organisationen nannten, die nicht auf Sicherheitsfragen spezialisiert sind. Ein Drittel (34 %) der Befragten, die eine Organisation kennen, die Diskriminierungsoffern unterstützen kann, nannte in diesem Zusammenhang eine Opferhilfeorganisation.

Zwei Drittel der Befragten (67 %) gaben an, in ihrem Land eine Organisation zu kennen, die Beratung oder Unterstützung für Diskriminierungsoffern anbietet. Am häufigsten nannten die Befragten auf die Sicherheit der jüdischen Gemeinde und/oder Antisemitismus spezialisierte jüdische Organisationen sowie nationale Gleichbehandlungsstellen und Menschenrechtsorganisationen.

5.2. Leugnung und Verharmlosung des Holocaust

Nach Maßgabe des Rahmenbeschlusses über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit³³ müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Aufstachelung zu Hass aufgrund der Rasse, Religion oder ethnischen Herkunft sowie die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust unter Strafe gestellt werden. Die Mitgliedstaaten hätten bis zum 28. November 2010 die erforderlichen Maßnahmen treffen müssen, um dem Rahmenbeschluss nachzukommen. Gemäß Artikel 10 des Rahmenbeschlusses prüft der Rat der Europäischen Union anhand der von den Mitgliedstaaten übermittelten Informationen und eines schriftlichen Berichts der Kommission bis zum 28. November 2013, inwieweit die Mitgliedstaaten

33 Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 55-58.

ARBEITEN DER FRA

Holocaust- und Menschenrechtsbildung

Im Zeitraum zwischen 2006 und 2012 führte die FRA ein Projekt zur Holocaust- und Menschenrechtsbildung durch, dessen Schwerpunkt auf der Frage lag, welchen Beitrag Gedenkstätten und Museen hierzu leisten können. Gemeinsam mit einschlägigen Museen und Gedenkstätten erarbeitete die FRA praktische Instrumente für Lehrkräfte für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und Menschenrechten im Unterricht:

Toolkit on the Holocaust and Human Rights Education [Toolkit für die Aufklärung über den Holocaust und die Menschenrechte] (2011) (in Zusammenarbeit mit Yad Vashem);

Human rights education at Holocaust memorial sites across the European Union: An overview of practices [Menschenrechtserziehung an Holocaust-Gedenkstätten in der Europäischen Union: Praktiken im Überblick] (Oktober 2011);

Reise in die Vergangenheit – Lehren für die Zukunft: Ein Handbuch für Lehrer (November 2010);

Die Vergangenheit für die Zukunft entdecken – Die Rolle historischer Stätten und Museen in der Holocaust- und Menschenrechtsbildung in der EU (Januar 2010).

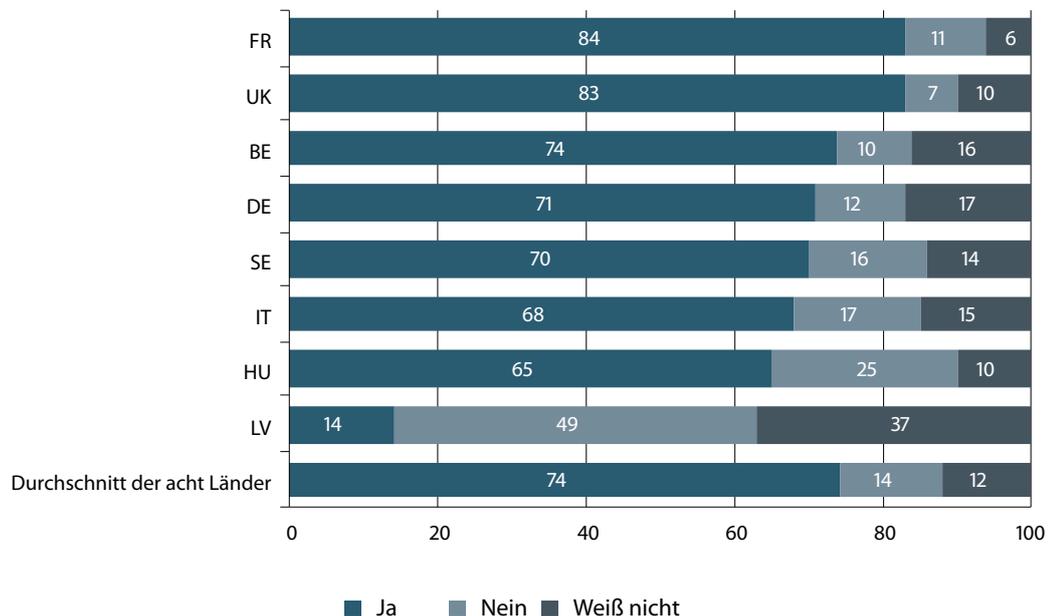
Alle diese Veröffentlichungen sind auf der Website der FRA verfügbar: <http://fra.europa.eu>

die Maßnahmen getroffen haben, die erforderlich sind, um diesem Rahmenbeschluss nachzukommen.

Im Rahmen der Erhebung wurde untersucht, inwieweit die Befragten gesetzliche Bestimmungen kennen, welche die Aufstachelung zu Hass sowie die Leugnung und Verharmlosung des Holocaust verbieten. In sieben der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten wissen die meisten Befragten, dass es Rechtsvorschriften gegen die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gegen Juden gibt (Abbildung 30). Mit Ausnahme Lettlands erklärten in allen Ländern mindestens zwei Drittel der Befragten – von 65 % in Ungarn bis hin zu 84 % in Frankreich – dass es solche Rechtsvorschriften gebe.

Die Erhebungsergebnisse belegen erhebliche länderspezifische Unterschiede bei der Kenntnis von Rechtsvorschriften gegen die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust. In Lettland wurde der größte Anteil der Befragten ermittelt, die erklärten, dass es in ihrem Land keine solche Rechtsvorschrift gibt; 42 % der Befragten wählten die Antwortoption „weiß nicht“, was auch bedeuten kann, dass sie unsicher waren, ob es ein solches Gesetz gibt. In Schweden, dem Vereinigten Königreich und Italien waren 27 %, 32 % bzw. 41 % der Befragten der Auffassung, dass es in ihrem Land Rechtsvorschriften gibt, welche die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust verbieten. In einigen Fällen jedoch irrten sich die Befragten damit, da der Stand der Umsetzung des Rahmenbeschlusses über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Abbildung 30: Kenntnis einer nationalen Rechtsvorschrift, welche die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gegen Juden verbietet, nach EU-Mitgliedstaat (%)

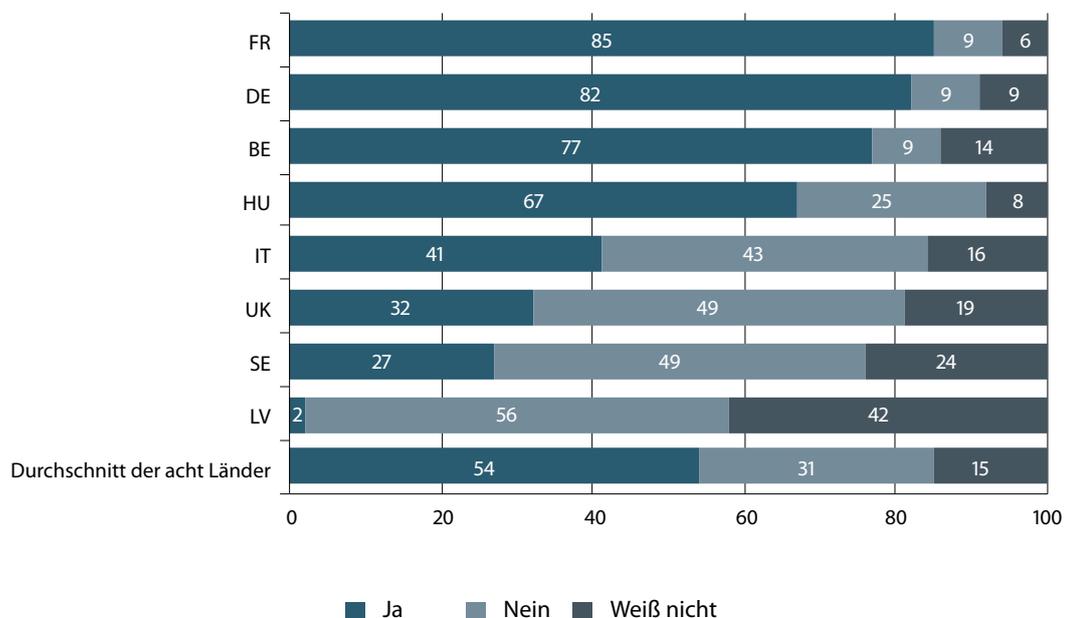


Frage: Eo4. Gibt es, nach allem was Sie wissen oder gehört haben, in [Aoz:COUNTRY] ein Gesetz, das es verbietet: [Eo4b] Zu Gewalt oder Hass gegenüber Juden anzustiften?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

Abbildung 31: Kenntnis von Rechtsvorschriften, welche die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust verbieten, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: Eo4. Gibt es, nach allem was Sie wissen oder gehört haben, in [Aoz:COUNTRY] ein Gesetz, das es verbietet: [Eo4a] Den Holocaust zu verleugnen oder herunterzuspielen?

Anmerkung: N = 5 847.

Quelle: FRA, 2013

nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gleich ist. In den übrigen vier Erhebungsländern waren größere Anteile der Befragten überzeugt, dass es eine Rechtsvorschrift gibt, welche die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust verbietet: 67 % bis 85 % gaben an, dass diese Handlungen in ihrem Land gesetzlich verboten sind (Abbildung 31).

5.3. Schutz traditioneller religiöser Riten

Der Fragebogen enthielt zwei konkrete Fragen über traditionelle religiöse Riten, namentlich die Beschneidung (*Brit Mila*) und das traditionelle Schächten (*Shechita*), die in mehreren Mitgliedstaaten Gegenstand politischer Diskussionen waren³⁴.

Im Zuge der Erhebung der FRA sollten die Auswirkungen dieser Diskussionen auf die jüdische Bevölkerung in den acht erfassten EU-Mitgliedstaaten untersucht werden. Hierzu wurden die Erhebungsteilnehmer gefragt, ob sie von dem Vorschlag gehört hätten, die Beschneidung (*Brit Mila*) oder das traditionelle Schächten (*Shechita*) zu verbieten, und ob dies für sie als Juden ein Problem darstellen würde. In den acht EU-Mitgliedstaaten waren die Befragten in unterschiedlichem Maße mit derartigen Forderungen konfrontiert. In Deutschland und Schweden wurden mit mehr als 80 % die größten Anteile der Befragten ermittelt, die gehört haben, wie Nichtjuden ein Verbot der Beschneidung oder des traditionellen Schächten im Land forderten. In Schweden und Deutschland haben 60 % bzw. 49 % der Befragten die Forderung nach einem Verbot sowohl der Brit Mila als auch des Schächten gehört. Zudem erklärten weitere 21 % bzw. 29 % der Befragten, nur die Forderung nach einem Beschneidungsverbot gehört zu haben. Die niedrigsten Anteile wurden diesbezüglich in Lettland und Ungarn festgestellt, wo 22 % bzw. 21 % der Befragten angaben, Forderungen nach

einem Verbot der Brit Mila oder der Shechita oder beider Riten gehört zu haben. In den übrigen Ländern – Belgien, Frankreich und Italien – haben 50 % bis 60 % der Befragten derartige Vorschläge gehört (Tabelle 9).

Mehr als drei Viertel der Befragten in Frankreich (88 %), Belgien (87 %), Italien (85 %) und dem Vereinigten Königreich (80 %) sowie mehr als zwei Drittel der Befragten in Deutschland (71 %) und Schweden (68 %) erklärten, ein Beschneidungsverbot würde für sie ein sehr großes oder ein ziemlich großes Problem darstellen. Etwa zwei Drittel der Befragten in Frankreich (70 %), Italien (70 %) und dem Vereinigten Königreich (66 %) sowie die Hälfte der Befragten in Belgien (59 %) und Deutschland (50 %) äußerten sich entsprechend über das Verbot des traditionellen Schächten. In Schweden erklärten 38 % der Befragten, ein Schächtungsverbot würde für sie als Juden ein Problem darstellen, während in Lettland 27 % der Erhebungsteilnehmer diese Auffassung vertraten (Abbildung 32). Die in Schweden ermittelten Ergebnisse sind unter Umständen zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, dass hier anders als in den übrigen Erhebungsländern das traditionelle Schächten bereits seit 1937 verboten ist, wobei die jüdische Bevölkerung allerdings die Möglichkeit hat, Fleisch von traditionell geschächteten Tieren einzuführen.

Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass Bedenken gegen ein Beschneidungs- oder Schächtungsverbot häufiger von Befragten geäußert wurden, die ihre Religiosität und jüdische Identität hoch einstufen. Die Befragten wurden gebeten, sich selbst auf einer Skala von 1 – überhaupt nicht religiös – bis 10 – sehr religiös – einzustufen. Beispielsweise belief sich unter den Befragten, die sich als relativ wenig religiös einstufen (Werte von 1 bis 3 auf der Zehnpunkteskala), der Anteil derer, die erklärten, für sie als Juden würde ein Beschneidungs- und Schächtungsverbot ein Problem darstellen, auf 60 % bzw. 37 %. Unter den Befragten jedoch, die ihre Religiosität hoch einstufen (Werte zwischen 8 und 10

Tabelle 9: Anteil der Befragten, die gehört haben, dass Nichtjuden ein Verbot der Beschneidung und/oder des traditionellen Schächten in ihrem Wohnsitzland forderten, nach EU-Mitgliedstaat (%)

EU-Mitgliedstaat Kenntnis einschlägiger Äußerungen	BE	DE	FR	HU	IT	LV	SE	UK	Durchschnitt der acht Länder
Ja, über die Beschneidung (<i>Brit Mila</i>)	8	29	6	10	15	1	21	10	13
Ja, über die traditionelle Schlachtung (<i>Schächten</i>)	12	2	19	3	9	18	4	11	10
Ja, sowohl über die Beschneidung (<i>Brit Mila</i>) ALS AUCH über die traditionelle Schlachtung (<i>Schächten</i>)	30	49	34	8	28	3	60	40	36
Nein, keine derartigen Aussagen gehört oder gesehen	49	20	42	79	48	78	16	40	41

Frage: F.10. Haben Sie in den LETZTEN 12 MONATEN gehört oder gesehen, dass nichtjüdische Menschen die Meinung vertreten haben, dass Beschneidung und traditionelle Schlachtung (*Schächten*) in [Aoz: COUNTRY] NICHT erlaubt sein sollten: (In der Tabelle genannte Antwortoptionen)?

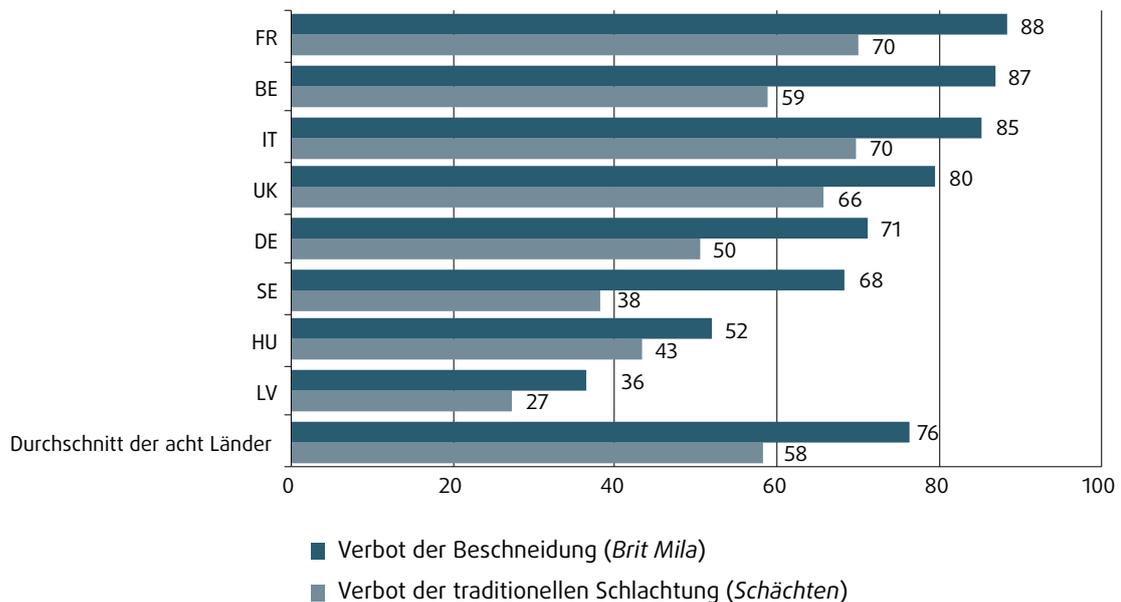
Anmerkungen: N = 5 847 Die Antwortoptionen sind in der Reihenfolge aufgeführt, in der sie im Erhebungsfragebogen genannt wurden.

Quelle: FRA, 2013

34 Siehe FRA (2013 a), *Fundamental rights: challenges and achievements in 2012*, [Grundrechte: Herausforderungen und Erfolge im Jahr 2012], Jahresbericht, S. 144.



Abbildung 32: Anteil der Befragten, die erklärten, für sie als Juden würde ein Beschneidungs- oder Schächtungsverbot ein Problem darstellen, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Frage: F11. Wären die folgenden Dinge für Sie als Jude ein Problem und wenn ja, wie groß wäre das Problem: [A.; B.] A. Ein Verbot der Beschneidung (Brit Mila); B. Ein Verbot der traditionellen Schlachtung (Schächten)?

Anmerkungen: N = 5 847.

Berücksichtigt wurden die Antworten „ein sehr großes Problem“ und „ein ziemlich großes Problem“.

Quelle: FRA, 2013

auf der Skala) wurden mit 92 % bzw. 85 % deutlich höhere Anteile jener ermittelt, für die ein Verbot der Brit Mila und oder des Schächtens ein Problem darstellen würde. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich bei der Analyse der Erhebungsergebnisse unter den Befragten ab, die ihre jüdische Identität als relativ schwach (Werte zwischen 1 und 3) bewerteten: Von ihnen erklärten 31 % bzw. 17 %, ein Beschneidungs- oder Schächtungsverbot würde für sie als Juden ein Problem darstellen.

„Mit kontrovers diskutierten Themen wie der Brit Mila, dem religiösen Schächten usw. muss offen umgegangen werden; wir haben keinen Grund, uns zu verstecken!“

(Frau, 50 bis 54 Jahre, Deutschland)

„Ich warte die Entwicklungen bezüglich einer gesetzlichen Regelung über die Brit Mila ab. Dies wird für meine Entscheidung, ob ich Deutschland verlasse, ausschlaggebend sein.“

(Mann, 55 bis 59 Jahre, Deutschland)

„Es ist in Schweden fast unmöglich, koscher zu leben, aber ich vermeide bestimmte Lebensmittel, insbesondere Schweinefleisch. Es gibt fast täglich Situationen, in denen das eine Rolle spielt und in denen ich erklären muss, dass ich etwas nicht essen möchte, dass es nicht wegen Allergien ist usw. Ich empfinde das als Diskriminierung.“

(Frau, 50 bis 54 Jahre, Schweden)

Stellungnahme der FRA

Sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten, einschließlich der lokalen Behörden, sollten konkrete Sensibilisierungsmaßnahmen erarbeiten oder diese verstärken, um jüdische Bürger bei einem wirksamen und einfachen Zugang zu den Mechanismen und Verfahren für die Meldung von Hassdelikten und Diskriminierung zu unterstützen.

Sie sollten des Weiteren dafür Sorge tragen, dass die jüdische Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einbezogen wird und ihre Ansichten Gehör und Berücksichtigung finden, wenn für sie relevante Themen erörtert werden. Die EU-Mitgliedstaaten sollten untersuchen, inwieweit und auf welche Art der Holocaust in den Lehrplänen für Menschenrechtsbildung und den Geschichtsunterricht behandelt wird. Ferner sollten sie die Wirksamkeit der Aufklärung über den Holocaust evaluieren, wobei verschiedene Kompetenzen, einschließlich Sozial-, Bürger- und Kulturkompetenzen, zu berücksichtigen sind. Des Weiteren sollten die EU-Mitgliedstaaten untersuchen, inwiefern der europäische Bezugsrahmen zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG) sowohl in die schulischen Lehrpläne als auch in die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte integriert wurde.

Schlussfolgerungen

Die Erhebungsergebnisse zeigen Ausmaß und Art von Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus, wie sie von der jüdischen Bevölkerung in acht EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – wahrgenommen und erlebt werden. Sie bieten einen ausführlichen Überblick über die unterschiedlichen Formen, welche diese Phänomene im Alltag der Juden in der EU annehmen können, und belegen, wer von derartigen Vorfällen am stärksten betroffen ist. Neben den ausführlichen Ergebnissen für jedes einzelne der acht Länder bietet die Erhebung Einblicke in einige allgemeingültige Muster, denen auch in anderen, von der Erhebung nicht erfassten EU-Mitgliedstaaten Beachtung geschenkt werden sollte.

In nahezu allen in der Erhebung erfassten EU-Mitgliedstaaten stellen antisemitische Kommentare im Internet für die Befragten ein vordringliches Problem dar. Diese Ergebnisse müssen sehr ernst genommen werden. Sie werfen weitere Fragen nach Wegen auf, die Grundrechte im Medium Internet wirksam zu schützen und zugleich das Recht auf freie Meinungsäußerung gebührend zu berücksichtigen. Antisemitische Kommentare im Internet könnten einen der zahlreichen und vielfältigen Faktoren darstellen, die zur Angst der jüdischen Bevölkerung beitragen, selbst Opfer von Hasskriminalität zu werden. Fast die Hälfte (46 %) der Befragten macht sich Sorgen, in den zwölf Monaten nach der Erhebung an einem öffentlichen Ort Opfer verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden, während ein Drittel (33 %) der Befragten befürchtet, aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum angegriffen zu werden. Da Viktimisierungserfahrungen verheerende Folgen für die Betroffenen und die ihnen nahestehenden Menschen haben können, zeigt das Ausmaß der Besorgnis der Befragten – oder ihrer Furcht vor Viktimisierung –, dass dieser auch weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt und über die Erarbeitung von Maßnahmen nachgedacht werden muss, die speziell auf die Anliegen der jüdischen Bevölkerung zugeschnitten sind.

Zwar finden Vorfälle antisemitisch motivierter Gewalt und mutwilliger Beschädigung des Eigentums jüdischer Bürger und der jüdischen Gemeinden in den Medien und in politischen Debatten zu Recht Beachtung, jedoch

zeigen die Ergebnisse auch die Diskriminierung auf, mit der die jüdische Bevölkerung insbesondere im Beschäftigungsbereich und im Bildungswesen nach wie vor konfrontiert ist. Dies sollte an die Notwendigkeit gemahnen, gegen die Diskriminierung von Juden vorzugehen – sowohl durch die Gewährleistung einer wirksamen Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften als auch durch die Aufklärung der jüdischen Bevölkerung über die einschlägigen Schutzmechanismen, Rechtsbehelfe und Unterstützungseinrichtungen sowie über die Maßnahmen zur Unterstützung von Diskriminierungsopfern, wie sie beispielsweise von den nationalen Gleichbehandlungsstellen ergriffen werden.

Die Erhebungsergebnisse belegen, dass sich die Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle in den EU-Mitgliedstaaten, in denen es solche Einrichtungen gibt, häufig an die auf Sicherheitsfragen spezialisierten Organisationen der jüdischen Gemeinde wenden. Diese Organisationen haben die Möglichkeit, die Opfer zur Meldung dieser Vorfälle bei der Polizei zu ermutigen, um sie beim Zugang zur Justiz und bei der Inanspruchnahme der Maßnahmen zu unterstützen, die bereits verfügbar sind oder derzeit eingeführt werden, wie z. B. im Zuge der Umsetzung der Richtlinie über Opferrechte (Richtlinie 2012/29/EU). Offen ist nach wie vor die Frage, ob solche Organisationen der jüdischen Gemeinde auch einige oder alle Aufgaben von Opferunterstützungsdiensten wahrnehmen können, wie sie in Artikel 9 der Richtlinie über Opferrechte festgelegt sind. Die Beantwortung dieser Frage setzt weitere Forschungsarbeiten darüber voraus, inwieweit solche Organisationen in der Lage sind, beispielsweise eine Beratung in Rechtsfragen oder im Hinblick auf die finanziellen Aspekte der Opferhilfe anzubieten oder die Opfer bei Gerichtsverfahren zu begleiten. Die den EU-Mitgliedstaaten aus Artikel 8 der Richtlinie über Opferrechte erwachsende Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Opfer ihrem Bedarf entsprechend Zugang zu spezialisierten Unterstützungsdiensten erhalten, zielt auf Organisationen ab, die in der Lage sind, alle relevanten Aufgaben der Opferhilfe wahrzunehmen. Um ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen, könnten die Mitgliedstaaten spezialisierte Organisationen beim Aufbau der erforderlichen Kapazitäten und Fähigkeiten unterstützen, die ihnen bislang fehlen.

Bibliografie

Auf alle Hyperlinks wurde letztmals am 20. August 2013 zugegriffen.

Commission nationale consultative des droits de l'homme [Nationaler Beratungsausschuss für Menschenrechte] (CNCDH) (2010), *La lutte contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie – Année 2009*, Paris, La documentation Française, verfügbar unter www.ladocumentationfrancaise.fr/rapports-publics/104000267/index.shtml.

Community Security Trust (CST) (2010), *Antisemitic Incidents Report 2009*, London, CST, verfügbar unter www.thecst.org.uk/index.cfm?Content=7.

DellaPergola, S. (2010), *World Jewish Population 2010*, Berman Institute – North American Jewish Data Bank at the University of Connecticut, verfügbar unter www.jewishdatabank.org/Studies/details.cfm?StudyID=633.

Deutschland, Landgericht Köln, Az. 151 Ns 169/11, 7. Mai 2012.

Deutschland, Bundestag, BT-Drs. 17/10331, 19. Juli 2012, verfügbar unter www.bundestag.de/dokumente/protokolle/amtlicheprotokolle/2012/ap17189.html.

Deutschland, Bundesgesetzblatt (BGBl) Jahrgang 2012, Teil I, Nr. 61, S. 2 749, 27. Dezember 2012.

Europäische Kommission (2012), *Discrimination in the EU in 2012*, Eurobarometer Spezial 393, Brüssel, November 2012, verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_399_380_en.htm.

FRA (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) (2009a), *EU-MIDIS, Bericht über die wichtigsten Ergebnisse*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/eu-midis-bericht-ber-die-wichtigsten-ergebnisse>.

FRA (2009b), *EU-MIDIS, Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 1: Die Roma*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/erster-bericht-der-reihe-daten-kurz-gefasst-die-roma>.

FRA (2009c), *EU-MIDIS, Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 2: Muslime*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/bericht-der-reihe-daten-kurz-gefasst-muslime>.

FRA (2010a), *EU-MIDIS, Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 3: Rechtsbewusstsein und Gleichbehandlungsstellen*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/bericht-der-reihe-daten-kurz-gefasst-recht-sbewusst-sein-und-gleichbehandlungsstellen>.

FRA (2010b), *EU-MIDIS, Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 4: Polizeikontrollen und Minderheiten*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/bericht-der-reihe-daten-kurz-gefasst-polizeikontrollen-und-minderheiten>.

FRA (2012a), *Antisemitism: Summary overview of the situation in the European Union 2001-2011*, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/antisemitism-summary-overview-situation-european-union-2001-2012>.

FRA (2012b), *Hasskriminalität in der Europäischen Union sichtbar machen: die Rechte der Opfer anerkennen*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2013/hasskriminalitat-der-europaischen-union-sichtbar-machen-die-rechte-der-opfer>.

FRA (2012c), *EU-MIDIS, Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ 6: Minderheiten als Opfer von Straftaten*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2013/eu-midis-daten-kurz-gefasst-6-minderheiten-als-opfer-von-straftaten>.

FRA (2013a), *Fundamental rights: Challenges and achievements in 2012*, Jahresbericht der FRA, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/fundamental-rights-challenges-and-achievements-2012>.

FRA (2013b), *EU LGBT survey – European Union lesbian, gay, bisexual and transgender survey – Results at a glance*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/eu-lgbt-survey-european-union-lesbian-gay-bisexual-and-transgender-survey-results>.

FRA (2013c), *Inequalities and multiple discrimination in access to and quality of healthcare*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/inequalities-discrimination-healthcare>.

FRA, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und Europarat (2011), *Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht*, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/de/publication/2012/handbuch-zum-europaischen-antidiskriminierungsrecht>.

Graham, D. (2011), *Surveying minority groups online: An assessment of the methodological approach used in the 2010 Israel Survey*, London, Institute for Jewish Policy Research.

Kovács, A. und Forrás-Biró, A. (2011), *Jewish Life in Hungary: Achievements, challenges and priorities since the collapse of communism*, London, Institute for Jewish Policy Research, verfügbar unter www.jpr.org.uk/publications/publication.php?id=240.

National Crime Council und Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Rechtsreform (2009), *Fear of crime in Ireland and its impact on quality of life*, Dublin, Department of Justice, Equality and Law Reform, verfügbar unter <http://www.justice.ie/en/JELR/Fear%20of%20Crime%20in%20Ireland.pdf/Files/Fear%20of%20Crime%20in%20Ireland.pdf>.

Phillips, B. (2007), *Numbering the Jews: Evaluating and Improving Surveys of American Jews*, Volume I, Maurice & Marilyn Cohen Center for Modern Jewish Studies (CMJS), Steinhardt Foundation for Jewish Life, verfügbar unter www.bjpa.org/Publications/details.cfm?PublicationID=3437.

Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 55. (*Rahmenbeschluss zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*).

Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 22 (*Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse*).

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16 (*Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf*).

Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI, ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 57.

Sutton, E. M. und Farrall, S. (2005), „Gender, Socially Desirable Responding and the Fear of Crime: Are Women Really More Anxious About Crime?“, in: *The British Journal of Criminology*, Bd. 45, Nr. 2, verfügbar unter <http://bjc.oxfordjournals.org/content/45/2/212.abstract>.

Van Dijk, J., Van Kesteren, J. und Smit, P. (2007), *Criminal victimisation in international perspective: Key findings from the 2004-2005 ICVS and EU ICS*, Onderzoek en beleid 257, Den Haag, Boom Juridische uitgevers, auch verfügbar unter <http://english.wodc.nl/onderzoeksdatabase/icvs-2005-survey.aspx>.

Vereinte Nationen (UN), Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und Wirtschaftskommission für Europa (2010), *Manual on victimization surveys*, Genf, Vereinte Nationen, verfügbar unter www.unecce.org/statistics/publications-amp-resources/publications/demographic-and-social-statistics/justice-and-crime/2010/manual-on-victimization-surveys/manual-on-victimization-surveys.html.



Anhang 1: Erhebungsmethodik

Hintergrund

Im Rahmen der Erhebung der FRA über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus wurden in neun EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Rumänien, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – im September und Oktober 2012 mittels einer Online-Befragung Daten von Befragten (im Alter von mindestens 16 Jahren) erhoben, die sich selbst als jüdisch betrachteten. In den neun erfassten EU-Mitgliedstaaten leben schätzungsweise mehr als 90 % der jüdischen Bevölkerung der EU³⁵. Der Online-Fragebogen wurde in elf Sprachen zur Verfügung gestellt: Niederländisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Hebräisch, Ungarisch, Italienisch, Lettisch, Rumänisch, Russisch und Schwedisch. Die in diesem Bericht vorgestellten Ergebnisse basieren auf den in acht dieser EU-Mitgliedstaaten erhobenen Antworten von 5 847 Befragten, die sich selbst als jüdisch betrachteten. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl in Rumänien werden die Ergebnisse für dieses Land gesondert in Anhang 2 vorgelegt.

Die Datenerhebung erfolgte unter der Federführung des Markt- und Meinungsforschungsunternehmens Ipsos MORI sowie des Institute for Jewish Policy Research (JPR) auf der Grundlage einer in Zusammenarbeit mit der FRA entwickelten Datenerhebungsmethodik. Im wissenschaftlichen Team des JPR arbeiteten unter der Leitung von Jonathan Boyd einige der führenden Sozialwissenschaftler zusammen, die sich mit dem modernen europäischen Judentum befassen, darunter Eliezer Ben-Rafael (Universität Tel. Aviv), Erik Cohen (Bar-Ilan-Universität), Sergio DellaPergola (Hebräische Universität Jerusalem), Lars Dencik (Universität Roskilde), Olaf Glöckner (Moses Mendelssohn Zentrum), András Kovács (Central European University) und Laura Staetsky (Institute for Jewish Policy Research). Weiteres Fachwissen steuerten David Feldman (Pears Institute for the Study of Antisemitism am Birkbeck College) sowie Michael Whine und Mark Gardner (Community Security Trust) bei.

Das wissenschaftliche Team beteiligte sich an den Hintergrundstudien, im Zuge derer Möglichkeiten ausgelotet wurden, um jüdische Menschen in den ausgewählten Ländern auf die Erhebung aufmerksam zu machen, und Informationen über Umfang und Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Ländern zusammengetragen wurden. Des Weiteren wirkten die Mitglieder des wissenschaftlichen Teams beratend an der Auswahl der Terminologie für den Fragebogen mit, wobei die Sensibilität zahlreicher Fragen und Themenbereiche berücksichtigt wurde, und gaben der FRA Rückmeldungen, nachdem

35 DellaPergola, S. (2010).

Pilotstudie für das Schneeballverfahren

Zwar werden in diesem Bericht die Ergebnisse der offenen Online-Erhebung der FRA über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus vorgestellt, jedoch hat die FRA im Rahmen des Erhebungsprojekts auch die Verwendung des Schneeballverfahrens im Zusammenhang mit einer Online-Erhebung getestet. Das Schneeballverfahren ist eine vielversprechende Technik*, wenn es um die Erhebung von Daten über seltene oder schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen geht, für die keine verlässlichen Stichprobenrahmen (wie beispielsweise Bevölkerungsregister oder andere Adressenlisten) verfügbar sind).

Für das Schneeballverfahren wird eine kleine Personengruppe ausgewählt, um weitere infrage kommende Erhebungsteilnehmer auszumachen, die wiederum gebeten werden, andere mögliche Teilnehmer auf die Erhebung aufmerksam zu machen. Die statistische Theorie des Schneeballverfahrens besagt, dass dieser Prozess, wenn er nach bestimmten Regeln durchgeführt wird, es gestattet, die sich ergebende Datenreihe zu gewichten, sodass die endgültigen Ergebnisse als repräsentativ für die Zielbevölkerung gelten und Schlussfolgerungen bezüglich deren Merkmalen als Gesamtheit gezogen werden können. Im Grundsatz könnte diese Technik beispielsweise herangezogen werden, um die Repräsentativität von Online-Erhebungen zu verbessern.

Im Falle der FRA-Piloterhebung lieferte das Schneeballverfahren nicht die gewünschten Ergebnisse: Die bei den anfänglich ausgewählten Befragten gewonnenen Verweisketten waren zu kurz und die Befragten machten nur zögerlich mögliche weitere Teilnehmer auf die Erhebung aufmerksam, obwohl sie daran erinnert wurden, den Fragebogen auszufüllen, der Zeitraum für die Feldarbeit verlängert wurde und man sich darum bemühte, weitere Teilnehmer zu gewinnen, um den Verweisprozess für das Schneeballverfahren in Gang zu setzen.

Insgesamt konnten im Zuge des Schneeballverfahrens – das im Juni und Juli 2012 durchgeführt wurde – nur Daten von 337 Befragten erhoben werden. Folglich werden in diesem Bericht ausschließlich die Ergebnisse aus der offenen Online-Erhebung vorgestellt.

*Siehe beispielsweise: Johnston, L. G. und Sabin, K. (2010). Sampling hard-to-reach populations with respondent driven sampling [Stichprobenziehung in schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen mit dem Schneeballverfahren], *Methodological Innovations Online*, Bd. 5, Nr. 2, S. 38ff

diese die endgültige Version des Online-Erhebungsfragebogens fertiggestellt hatte.

Die FRA berücksichtigte nicht nur ihre vorangegangenen Arbeiten und anderen Erhebungen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten zur Situation der jüdischen Bevölkerung durchgeführt wurden, sondern organisierte auch eine Reihe von Konsultationen, um die Zielsetzungen der Erhebung und die im Fragebogen abzudeckenden Themen herauszuarbeiten. An den im März 2011, April 2011 und April 2012 organisierten Treffen nahmen Sachverständige für Erhebungen in der jüdischen Bevölkerung sowie Vertreter nationaler und

internationaler Organisationen der jüdischen Gemeinde und anderer internationaler Organisationen teil.

Warum eine Online-Erhebung?

Im Zuge der Konzeption der Erhebung zog die FRA verschiedene Stichprobenverfahren in Erwägung, die bei früheren Erhebungen in einigen EU-Mitgliedstaaten sowie bei Erhebungen außerhalb der EU, wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten, herangezogen worden waren. Hierzu zählten unter anderem eine Stichprobenziehung anhand typisch jüdischer Namen sowie geografisch eingegrenzte Stichproben in der Nachbarschaft jüdischer Stätten wie beispielsweise Synagogen. Diese Ansätze haben jedoch Nachteile. Bei einer namensbasierten Stichprobenziehung bestünde beispielsweise die Gefahr, dass Befragte ausgeschlossen würden, die zwar jüdisch sind, jedoch bei ihrer Eheschließung einen nicht jüdisch klingenden Nachnamen angenommen haben. In Abhängigkeit von der konkreten Geschichte der jüdischen Bevölkerung der einzelnen Länder funktioniert eine Stichprobenziehung anhand des Nachnamens unter Umständen in manchen Ländern besser als in anderen. Eine Stichprobenziehung in der Umgebung jüdischer Stätten würde nur den relativ wenigen Juden eine Stimme verleihen, die in diesen Gegenden wohnen.

Darüber hinaus wurden bislang nur wenige Erhebungen durchgeführt, für die speziell in der jüdischen Bevölkerung Stichproben gezogen wurden. Infolgedessen sowie aufgrund der Geschichte der jüdischen Gemeinden in Europa ist es wahrscheinlich, dass viele Menschen zurückhaltend reagieren würden, wenn sie gebeten würden, speziell aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum an einer Erhebung teilzunehmen. Aufgrund dieser und weiterer Erwägungen empfahlen die von der FRA konsultierten Erhebungssachverständigen eine Online-Datenerhebung, für die sich die FRA letztlich auch entschied.

Die Online-Erhebung wurde ausgewählt, da sie es den Befragten gestattet, den Fragebogen in ihrem individuellen Tempo auszufüllen. Darüber hinaus bietet dieses Erhebungsverfahren die Möglichkeit, den Befragten einen Zugang zu Informationen über die FRA, die für die Datenerhebung zuständigen Organisationen und die geplante Verwendung der erhobenen Daten zur Verfügung zu stellen. Zwar kann mit diesem Verfahren keine Zufallsstichprobe gezogen werden, welche die statistischen Kriterien für die Repräsentativität einer Erhebung erfüllt, jedoch bot es allen interessierten Personen in den Erhebungsländern, die sich selbst als Juden betrachteten, die Möglichkeit, an der Erhebung teilzunehmen und über ihre Erfahrungen zu berichten. Zudem war es damit möglich, alle Erhebungsländer in gleicher Weise abzudecken.

Die in diesem Bericht vorgestellten Erhebungsergebnisse basieren auf den im Zuge der Online-Erhebung gewonnenen Daten. Die Erhebung wurde über einen Zeitraum von vier Wochen im September und Oktober 2012 durchgeführt. Sie war so konzipiert, dass sie für alle infrage kommenden Teilnehmer zugänglich war, d. h. für Personen im Alter von mindestens 16 Jahren, die sich selbst als Juden betrachteten und in einem der Erhebungsländer ihren Wohnsitz hatten. Der Fragebogen wurde online bereitgestellt und konnte über einen Hyperlink aufgerufen werden, der auf der Website der FRA, von (sowohl internationalen als auch nationalen) jüdischen Organisationen sowie von jüdischen Medien zur Verfügung gestellt wurde.

Zwar war die Online-Erhebung insgesamt erfolgreich, jedoch dürften aufgrund des gewählten Verfahrens einige Mitglieder der Zielbevölkerung ausgeschlossen gewesen sein, die für die Erhebung infrage gekommen wären, wie beispielsweise Personen ohne Internetzugang oder die für das Ausfüllen eines Online-Fragebogens erforderlichen Fähigkeiten. Dieses Problem war unter den älteren Angehörigen der russischsprachigen jüdischen Gemeinde in Deutschland und insbesondere unter älteren Menschen in Rumänien und Lettland zu beobachten. Dies hatte womöglich Auswirkungen auf die in den einzelnen Ländern gezogenen Stichproben. Wie später in diesem Anhang erläutert, weisen andererseits die Merkmale der Befragten nicht darauf hin, dass ältere Menschen in der Stichprobe unterrepräsentiert waren.

Merkmale der Befragten

Der von der FRA herangezogene Ansatz einer offenen Online-Erhebung war von der Teilnahmebereitschaft der Zielbevölkerung abhängig. Infolgedessen ist es auch im Hinblick auf die Auswertung der Ergebnisse besonders wichtig, die Zusammensetzung der Stichprobe und das Profil der darin vertretenen Befragten zu berücksichtigen.

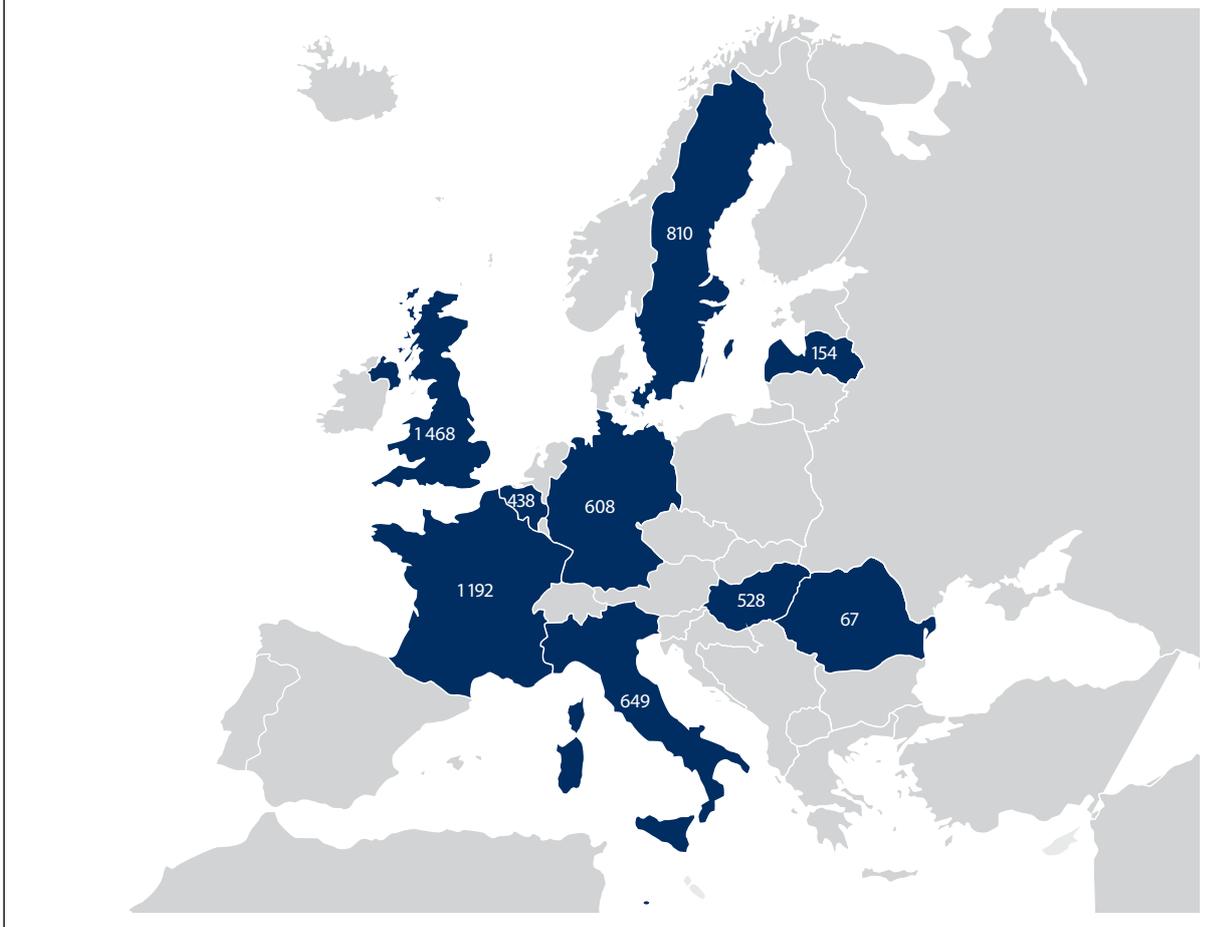
Stichprobengrößen

Die größten Stichproben wurden erwartungsgemäß in den beiden Ländern mit den schätzungsweise größten jüdischen Gemeinden generiert, namentlich in Frankreich und im Vereinigten Königreich. In Lettland und Rumänien, deren jüdische Gemeinden kleiner sind als die der übrigen in der Erhebung erfassten EU-Mitgliedstaaten, wurden die kleinsten Stichproben gezogen. In den übrigen fünf Ländern umfassten die Stichproben 400 bis 800 Befragte.

In Rumänien füllten 67 Teilnehmer den Fragebogen aus. Aufgrund dieser geringen Stichprobengröße wurden die Ergebnisse dieses Landes nicht gemeinsam mit denen der übrigen acht Länder im Hauptteil dieses Berichts vor-



Abbildung A1: Stichproben in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten



gestellt. Stattdessen ist Anhang 2 ein Überblick über die Ergebnisse aus Rumänien zu entnehmen.

Auch für Lettland können infolge der relativ kleinen Stichprobe ($n = 154$) nur in begrenztem Maße Schlussfolgerungen auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Landes gezogen werden. Darüber hinaus ist auch beim Vergleich der gewonnenen Ergebnisse mit denen der übrigen Erhebungsländer Vorsicht geboten. Den Schätzungen des wissenschaftlichen Teams des JPR zufolge entsprechen die unterschiedlich großen Stichproben in den einzelnen Ländern grob den Unterschieden hinsichtlich der Größe der jüdischen Bevölkerungsgruppen in den erfassten EU-Mitgliedstaaten.

Wesentliche soziodemografische Merkmale

Die Merkmale der Erhebungsteilnehmer sind den Angaben zu entnehmen, welche im Rahmen der Erhebung von den Befragten erhoben wurden. Einen Überblick über diese Merkmale bietet Tabelle 8.2. Diese Information ist zum einen wichtig, weil sie Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Stichprobe erlaubt. Zum anderen ist davon auszugehen, dass sich die soziodemografischen Merkmale der Befragten auf deren Erfahrungen

im Alltag auswirken und damit auch auf Situationen, in denen Menschen mit Diskriminierung und hassmotivierten Straftaten konfrontiert werden könnten. Die Hintergrundinformationen über die Befragten ermöglichen es, Zusammenhänge zwischen den Antworten auf verschiedene Fragen der Erhebung herzustellen und zu untersuchen, ob für bestimmte Teilpopulationen der jüdischen Bevölkerung (z. B. aufgrund des Alters, des Geschlechts oder der Wohngegend) ein höheres oder ein geringeres Risiko besteht, Opfer antisemitisch motivierter Vorfälle zu werden.

An der Erhebung beteiligten sich etwas mehr Männer (57 %) als Frauen (43 %)³⁶. Anders als in vielen anderen Online-Erhebungen, in denen häufig jüngere Befragte überrepräsentiert sind, waren 68 % der Befragten dieser FRA-Erhebung mindestens 45 Jahre alt (40 % waren mindestens 60 Jahre alt). Die jüngste Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) war relativ klein und machte 11 % der Befragten aus. Die übrigen 21 % der Erhebungsteilnehmer waren zwischen 30 und 44 Jahre alt. Obgleich die Teilnehmer

36 Den Eurostat-Bevölkerungsdaten für 2012 zufolge machen in den acht erfassten EU-Mitgliedstaaten Frauen 50 % bis 55 % der Gesamtbevölkerung im Alter ab 16 Jahren aus, während auf Männer Anteile zwischen 45 % und 50 % entfallen.

von Online-Erhebungen häufig unterdurchschnittlich jung sind, scheint dies bei dieser Erhebung der FRA zum Antisemitismus nicht der Fall gewesen zu sein. Zudem ist auch die Altersverteilung unter den Erhebungsteilnehmern insgesamt höher als in der Mehrheitsbevölkerung der EU-Mitgliedstaaten³⁷, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass die jüdische Bevölkerung in den acht EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt älter wird. Da sich die Altersverteilung in der jüdischen Bevölkerung möglicherweise von der Altersverteilung in der Mehrheitsbevölkerung der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten unterscheidet, wurde nicht versucht, die Altersverteilung in der Stichprobe durch Gewichtung zu korrigieren, da dies eine weitere Verzerrung der Ergebnisse hätte bewirken können (da keine verlässlichen Daten über die Altersverteilung in der jüdischen Bevölkerung aller acht Erhebungsländer vorliegen).

Drei Viertel (75 %) der Befragten hatten mindestens einen Hochschulabschluss, 61 % waren erwerbstätig, 24 % im Ruhestand. In allen Erhebungsländern waren mehr als drei Viertel der Befragten Städter und lebten nach eigenen Angaben in Großstädten oder Städten. Landbewohner machten eine kleine Minderheit von bis zu 5 % aus. Zwei Drittel (67 %) der Befragten lebten mit einem Ehegatten oder Partner (Lebenspartnerschaft oder Lebensgemeinschaft) zusammen, das übrige Drittel (30 %) war unverheiratet, verwitwet oder geschieden oder lebte von seinem Ehegatten getrennt.

Die Daten belegen leichte Unterschiede zwischen den acht Erhebungsländern im Hinblick auf die soziodemografischen Merkmale (wie Geschlecht, Alter und Beschäftigungsstatus) der Befragten. Was die Geschlechterverteilung betrifft, so waren in Schweden (51 % Frauen und 49 % Männer) und Ungarn (49 % Frauen und 51 % Männer) die Anteile von Frauen und Männern an den Befragten in etwa gleich groß, während in Belgien und Frankreich mehr Männer als Frauen an der Erhebung teilnahmen (in diesen Ländern waren 64 % bzw. 62 % der Befragten männlich). Im Hinblick auf das Alter ist festzustellen, dass die älteste Altersgruppe (60 Jahre und älter) in der französischen Stichprobe am stärksten vertreten war: 47 % der französischen Befragten waren mindestens 60 Jahre alt. Die deutsche Stichprobe setzte

sich diesbezüglich anders zusammen, da hier 60 % der Stichprobe auf die 30- bis 59-Jährigen entfielen (31 % auf die 30- bis 44-Jährigen und 29 % auf die 45- bis 59-Jährigen). In Ungarn war der Anteil der jüngsten Altersgruppe unter den befragten Juden größer (18 %) als in den übrigen Ländern – entsprechend kleiner war hier der Anteil der ältesten Altersgruppe (34 %).

Im Beschäftigungsbereich sind gewisse Unterschiede zwischen den Anteilen der Beschäftigten und Selbstständigen zu beobachten. In Italien und Belgien beispielsweise waren 27 % der Befragten selbstständig. In Schweden und Ungarn war dieser Anteil geringer und umfasste 15 % bzw. 16 % der Befragten, gegenüber 21 % im Durchschnitt aller acht erfassten EU-Mitgliedstaaten. Der Anteil der Befragten im Ruhestand war in Frankreich mit 35 % am höchsten, während er sich in Belgien auf 8 % und in Deutschland auf 15 % belief. Auf die Beschäftigten entfielen in Schweden 48 % und in Frankreich 28 %, gegenüber 40 % im Durchschnitt der acht erfassten EU-Mitgliedstaaten. Arbeitslose waren unter den Befragten kaum vertreten: In allen Erhebungsländern gaben nur 4 % der Befragten an, derzeit arbeitslos zu sein.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gebeten anzugeben, ob in ihrer Wohngegend viele Juden leben. Die Mehrheit der Befragten (71 %) erklärte, in ihrer Wohngegend seien Juden in der Minderheit, d. h., sie antworteten auf die Frage über den Anteil der Juden an der Bevölkerung ihrer Stadt/Gemeinde, dass dort „keine Juden oder sehr wenige“ oder „ein paar Juden“ leben. Die höchsten Anteile der Befragten, die erklärten, dass in ihrer Wohngegend viele andere Juden leben, wurden im Vereinigten Königreich und Ungarn (30 % bis 40 %) ermittelt, während diesbezüglich der niedrigste Anteil in Schweden (unter 5 %) festgestellt wurde. In den übrigen Ländern lag dieser Anteil zwischen 10 % und 20 %. Die Erhebungsteilnehmer wurden ferner gefragt, seit wann sie in ihrem Wohnsitzland leben. In allen acht erfassten EU-Mitgliedstaaten lebte die absolute Mehrheit der Befragten seit Langem in dem betreffenden Land.

Die Befragten wurden gebeten, ihre Staatsangehörigkeit (oder mehrfache Staatsangehörigkeit) anzugeben. Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Befragten Staatsangehörige der Länder waren, in denen sie zum Zeitpunkt der Erhebung lebten. Diesbezüglich wurden die größten Anteile unter den Befragten in Ungarn (98 %), Frankreich (96 %), Schweden (93 %), Italien (93 %), dem Vereinigten Königreich (92 %), Lettland und Belgien (jeweils 83 %) festgestellt. In Deutschland waren 70 % der Befragten deutsche Staatsangehörige. In Deutschland (11 %), Belgien (10 %), Frankreich (9 %) und dem Vereinigten Königreich (9 %) hatte etwa jeder zehnte Befragte die israelische Staatsangehörigkeit. In Schweden (7 %), Italien und Ungarn (jeweils 6 %) sowie Lettland (4 %) war der Anteil der israelischen Staatsangehörigen geringer.

37 Dieselben Daten belegen, dass die vier für die Analyse der Erhebungsdaten gebildeten Altersgruppen in der Gesamtbevölkerung im Alter ab 16 Jahren mit leichten Abweichungen zwischen den Erhebungsländern nahezu gleichmäßig verteilt sind. In Belgien wurde beispielsweise folgende Altersverteilung ermittelt: Auf die 16- bis 29-Jährigen entfielen 21 %, auf die 30- bis 44-Jährigen 25 %, auf die 45- bis 59-Jährigen 26 % und auf die mindestens 60-Jährigen 28 % der Befragten. In den übrigen Ländern gestaltete sich die Verteilung auf diese Altersgruppen wie folgt: Deutschland: 19 %, 23 %, 27 % und 31 %; Frankreich: 21 %, 25 %, 25 % und 29 %; Italien: 17 %, 26 %, 25 % und 32 %; Lettland: 22 %, 24 %, 25 % und 29 %; Ungarn: 21 %, 28 %, 24 % und 28 %; Schweden: 22 %, 24 %, 23 % und 31 %; Vereinigtes Königreich: 23 %, 25 %, 24 % und 28 %.



Einschätzung der jüdischen Identität

Es ist unmöglich, die verschiedenen Dimensionen der jüdischen Identität in einer einzigen Frage zu erfassen. Dies gilt insbesondere für Erhebungen, die mehrere Länder abdecken. Infolgedessen wurde im Rahmen der Erhebung der FRA zum Antisemitismus eine Reihe von Aspekten herangezogen, um die jüdische Identität der Befragten einzuschätzen. Die folgende Aufstellung zeigt, welche Arten von Fragen bei der Erhebung gestellt wurden, und nennt einige Beispiele für mögliche Antwortoptionen (die vollständige Liste der Antwortoptionen ist dem Erhebungsfragebogen zu entnehmen):

- Einstufung der eigenen Religiosität (auf einer Skala von 1 bis 10);
- Praktizieren jüdischer Bräuche (z. B. koschere Ernährung oder Besuch der Synagoge);
- Zugehörigkeit zu Synagogen und/oder jüdischen Organisationen;
- Einordnung der jüdischen Identität (z. B. orthodox, traditionell, progressiv, Haredi);
- Bedeutung ausgewählter Aspekte für die jüdische Identität des Befragten (z. B. jüdische Kultur, Gedenken an den Holocaust, Unterstützung Israels);
- Einstufung der Stärke der eigenen jüdischen Identität (auf einer Skala von 1 bis 10);
- jüdischer Hintergrund (z. B. von Geburt an jüdisch, zum Judentum konvertiert).

Jüdische Identität

Die Erhebungsteilnehmer wurden in mehreren Fragen gebeten, ihre jüdische Identität anhand einiger wesentlicher Merkmale, wie beispielsweise der Identifizierung mit bestimmten Gruppen, der Stärke ihrer jüdischen Identität und des Grades ihrer Religiosität, zu beurteilen. Diese Daten zur Einschätzung der jüdischen Identität ermöglichen ebenso wie die soziodemografischen Merkmale eine Analyse der Lage unterschiedlicher Teilgruppen der jüdischen Bevölkerung.

Im Durchschnitt aller Länder bezeichnete sich die absolute Mehrheit der Befragten (87 %) als „von Geburt an jüdisch“, wobei diesbezüglich der niedrigste Anteil in Italien (75 %) und der höchste in Frankreich und im Vereinigten Königreich ermittelt wurde (in beiden Ländern über 90 %). Die Anteile der zum Judentum Konvertierten lagen zwischen 10 % und 17 %. Im Einzelnen beliefen sie sich in Italien auf 17 %, in Ungarn auf 10 %, in Belgien auf 14 %, in Deutschland auf 11 % und in Schweden auf 10 %.

In sieben der acht EU-Mitgliedstaaten machten aschkenasische Juden, die ihre Wurzeln in Frankreich, Deutsch-

land und Osteuropa haben, die Mehrheit der Befragten aus (60 %), wobei diesbezüglich mit 80 % der höchste Wert im Vereinigten Königreich zu verzeichnen war. In Italien und Frankreich waren aschkenasische Juden³⁸ in der Minderzahl. In diesen Ländern waren zwischen 40 % und 50 % der Befragten sephardische Juden³⁹, die ihre Wurzeln in Spanien, Portugal, Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten haben. In Italien war der bei Weitem größte Anteil der Befragten festzustellen, die sich als „andere“ Juden bezeichneten, was darauf hinweist, dass ihre Vorfahren bereits vor der Differenzierung zwischen aschkenasischen und sephardischen Juden in diesem Land lebten.

Von den zur Beschreibung der jüdischen Identität der Befragten angebotenen Antwortoptionen wurden im Durchschnitt der Erhebungsländer die Optionen „einfach jüdisch“ (41 %) und „traditionell“ (27 %) am häufigsten gewählt. In allen Ländern mit Ausnahme Italiens bezeichneten sich zwischen 10 % und 20 % der Befragten als „Reform/progressiv/liberal“. In Italien belief sich dieser Anteil auf 7 % der Befragten. Auf die Antwortoptionen „orthodox“ und „Haredi“ entfielen in Belgien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich 0 % bis 16 % und in den übrigen Ländern 3 % bis 9 % der Angaben. In Schweden und Ungarn wählten besonders geringe Anteile der Befragten die Antwortoptionen „orthodox“ oder „Haredi“.

Die Befragten wurden gebeten, die Stärke ihrer jüdischen Identität auf einer Skala von 1 bis 10 einzustufen, wobei 1 eine sehr schwache und 10 eine sehr starke jüdische Identität bezeichnete. Den Erhebungsergebnissen zufolge stufen die meisten Befragten (69 %) ihre jüdische Identität als stark ein (Werte zwischen 8 und 10 auf der Skala). Ein Viertel (26 %) stufte seine jüdische Identität im mittleren Bereich der Skala ein (Werte zwischen 4 und 7) und nur 5 % beschrieben sie als schwach (Werte zwischen 1 und 3). Die Durchschnittswerte der angegebenen Stärke der jüdischen Identität sind in den acht erfassten EU-Mitgliedstaaten ähnlich hoch.

Neben den Fragen zur jüdischen Identität wurden die Befragten gebeten, sich selbst auf einer Skala von 1 – überhaupt nicht religiös – bis 10 – sehr religiös – einzustufen. Nur eine Minderheit der Befragten (12 %) bezeichnete ihre Religiosität als hoch (Werte zwischen 8 und 10 auf der 10-Punkte-Skala). Nahezu die Hälfte der Befragten (47 %) kann als moderat religiös (Werte zwischen 4 und 7) beschrieben werden, und ein signifikanter Anteil (41 %) als nicht besonders religiös (Werte zwischen 1 und 3 auf der Skala). Die Durchschnittswerte der angegebenen Religiosität sind in den acht erfass-

38 Weitere Informationen sind verfügbar unter www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Judaism/Ashkenazim.html (auf alle Hyperlinks wurde am 20. August 2013 zugegriffen).

39 Weitere Informationen sind verfügbar unter www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Judaism/Sephardim.html.

Abbildung A2: Wichtige soziodemografische Merkmale der Gesamtheit der Stichprobe

		%	N
Geschlecht	Weiblich	43	2 529
	Männlich	57	3 318
	Gesamt	100	5 847
Alter	16-29	11	667
	30-44	21	1 198
	45-59	28	1 630
	60+	40	2 352
	Gesamt	100	5 847
Bildungsstand	Hochschulabschluss	25	1 474
	kein Hochschulabschluss	75	4 373
	Gesamt	100	5 847
Beschäftigungsstatus	Angestellter (Vollzeit, Teilzeit)	40	2 316
	Selbstständig	21	1 218
	In der Schule/im Studium in Vollzeit	4	256
	Arbeitslos	4	227
	Dauerhaft krank oder behindert	1	79
	In Rente/pensioniert	24	1 389
	Kümmere mich um das Haus/die Wohnung	2	100
	Mache etwas anderes	5	262
	Gesamt	100	5 847
Personenstand	Unverheirateter Single	15	900
	Mit einem Partner zusammenlebend	10	604
	Verheiratet und in einem Haushalt lebend	56	3 265
	Eingetragene Lebenspartnerschaft	1	56
	Verheiratet, aber getrennt lebend	2	118
	Geschieden	9	503
	Verwitwet	4	255
	Sonstiges	2	93
	Weiß nicht/bevorzuge es nicht zu sagen	1	53
	Gesamt	100	5 847
Wohngegend	Hauptstadt/Großstadt	60	3 496
	Vorort oder Stadtrand einer Großstadt	24	1 398
	Stadt oder Kleinstadt	12	673
	Dorf	3	193
	Bauernhof oder Haus auf dem Land	1	70
	Anderer Ort	0	17
	Gesamt	100	5 847
Haushaltseinkommen	Erstes Quartil	11	668
	Zweites Quartil	15	872
	Drittes Quartil	18	1 041
	Oberstes Quartil	34	1 991
	Weiß nicht/Nicht zutreffend	6	349
	Keine Angabe	16	926
	Gesamt	100	5 847



ten EU-Mitgliedstaaten ähnlich hoch. Diese Ergebnisse zeigen, dass zwar ein erheblicher Anteil der Befragten erklärte, nicht besonders religiös zu sein, aber nur einige wenige Befragte ihre jüdische Identität auf der Skala ebenso schwach einstuften. Viele der Befragten wählten für ihre jüdische Identität mittlere oder hohe Werte auf der Skala, obwohl sie sich nicht als besonders religiös bezeichneten.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, welche jüdischen Bräuche oder Feiertage sie praktizieren bzw. begehren. Aus den angebotenen Antworten wählte die Mehrheit der Befragten die Optionen „nehme jedes oder fast jedes Jahr an einem Sederabend teil“ (75 %) und „faste jedes oder fast jedes Jahr an Jom Kippur“ (64 %). Knapp die Hälfte der Befragten (46 %) erklärte, am Freitagabend zumeist Kerzen anzuzünden, und ein Drittel (31 %) gab an, zu Hause nur koscheres Fleisch zu essen. Ein Viertel der Befragten (24 %) besucht einmal oder mehrmals pro Woche eine Synagoge. Darüber hinaus erklärten 12 % der Befragten, am Schabbat kein Licht einzuschalten. Dagegen gaben 17 % der Befragten an, selbst keinen der aufgeführten jüdischen Bräuche zu praktizieren.

Die Erhebungsteilnehmer wurden gefragt, wie sie von der Erhebung erfahren haben. Die meisten von ihnen erklärten, eine E-Mail von einer Organisation oder einem Online-Netzwerk erhalten zu haben (61 %), während ein Viertel (25 %) angab, es habe ihm jemand davon erzählt oder den Link zugesandt. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass viele der Erhebungsteilnehmer mit Organisationen der jüdischen Gemeinde in Kontakt stehen, sei es als Mitglieder oder zumindest als Abonnenten ihrer Mailinglisten. Juden, die mit keiner jüdischen Organisation in Kontakt stehen, sind im Rahmen von Erhebungen schwer zu erreichen⁴⁰, sofern keine besseren Stichprobenrahmen verfügbar sind (d. h. umfassende und aktuelle Register, aus denen eine Zufallsstichprobe gezogen werden kann). Aufgrund der Schätzungen bezüglich der Anteile der jüdischen Bevölkerung, die mit Organisationen der jüdischen Gemeinde in Kontakt stehen oder eben nicht, ist davon auszugehen, dass Letztere in der für diese Erhebung der FRA herangezogenen Stichprobe unterrepräsentiert sind.

Medienauswertung während der Datenerhebung

Während der Feldarbeit nahmen das Institute for Jewish Policy Research (JPR) und IPSOS Mori in den Erhebungsländern Medienauswertungen vor, um etwaige bemerkenswerte Ereignisse auszumachen, welche die Befragten beim Ausfüllen des Fragebogens beeinflussen könnten.

In der Datenerhebungsphase wurden in allen Erhebungsländern sowie in anderen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich gravierende antisemitische Vorfälle verzeichnet. Am besorgniserregendsten waren eine Reihe von Angriffen auf Juden, jüdische Friedhöfe und Synagogen, Diskussionen über die Kriminalisierung der Beschneidung, die in Deutschland ihren Anfang nahmen und in anderen Ländern aufgegriffen wurden, sowie Debatten über das Verbot des traditionellen Schächtings (*Schechita*). Im Vorfeld der Befragung berichteten die Medien zudem über den terroristischen Anschlag auf eine israelische Touristengruppe in Bulgarien, den Wahlsieg der Partei *Chrysi Avgi* (Goldene Morgenröte) in Griechenland und das starke Abschneiden der *Front National* bei den französischen Präsidentschaftswahlen.

Über drei der Erhebungsländer – Frankreich, Ungarn und Schweden – berichteten die Medien vor bzw. während der Datenerhebung besonders häufig. In Ungarn ereignete sich eine Reihe von gegen Juden und gegen Eigentum der jüdischen Gemeinde gerichteten Gewalttaten. In der schwedischen Stadt Malmö war die jüdische Gemeinde mit einer Reihe antisemitisch motivierter Angriffe oder anderer Vorfälle konfrontiert, die im September 2012 in einem Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum gipfelten. Die Atmosphäre in Malmö war zum Zeitpunkt der Befragung für die jüdische Gemeinde noch immer beängstigend, und in der Stadt fand eine Reihe von Solidaritätsmärschen zu ihrer Unterstützung statt. Unmittelbar nach der Erschießung von drei jüdischen Schulkindern und einem Erwachsenen an der jüdischen Ganztagschule Ozar Hatorah in Toulouse im März 2012 berichteten die Medien über eine dramatische Zunahme der Zahl antisemitisch motivierter Vorfälle in Frankreich. Die Zahl der Vorfälle war zwar zum Zeitpunkt des Beginns der Feldarbeit bereits wieder rückläufig, jedoch ist es sehr wahrscheinlich, dass dieser Anschlag signifikante Auswirkungen auf die in Frankreich ermittelten Erhebungsergebnisse hatte.

⁴⁰ Phillips, B. (2007); Kovács, A. und Forrás-Biró, A. (2011); Graham, D. (2011).

Anhang 2: Erhebung in Rumänien

Hintergrund

Im Rahmen der Erhebung der FRA über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus wurden in neun EU-Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Rumänien, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – Daten erhoben. In Rumänien nahmen jedoch nur 67 Personen an der Erhebung teil. Aufgrund der geringen Zahl der Antworten und der Beschränkungen, die diese für die Analyse der Ergebnisse bedeutet, werden im Hauptteil dieses Berichts ausschließlich die Ergebnisse aus den übrigen acht EU-Mitgliedstaaten erörtert, in denen größere Stichproben generiert werden konnten.

Bereits die vor Beginn der Feldarbeit für die Erhebung der FRA durchgeführten Hintergrundstudien hatten gezeigt, dass Rumänien bei dieser Erhebung eine der größten Herausforderungen darstellen würde. Gründe hierfür waren die relativ geringe Größe der jüdischen Bevölkerung (schätzungsweise 10 500 Personen), die im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten schwache Internetdurchdringung und das steigende Durchschnittsalter der jüdischen Bevölkerung (Schätzungen zufolge sind in Rumänien 25 % aller Juden zwischen 41 und 60 Jahre und mehr als 40 % zwischen 61 und 80 Jahre alt). Während der Datenerhebung wurden ergänzende Maßnahmen ergriffen, um die Antwortquoten in Rumänien zu verbessern (z. B. war der Online-Fragebogen länger verfügbar, es wurden zusätzliche Kontakte mit Vertretern der Gemeinde geknüpft, die auf lokaler Ebene auf die Erhebung aufmerksam machen sollten), die jedoch nicht zum gewünschten Erfolg führten.

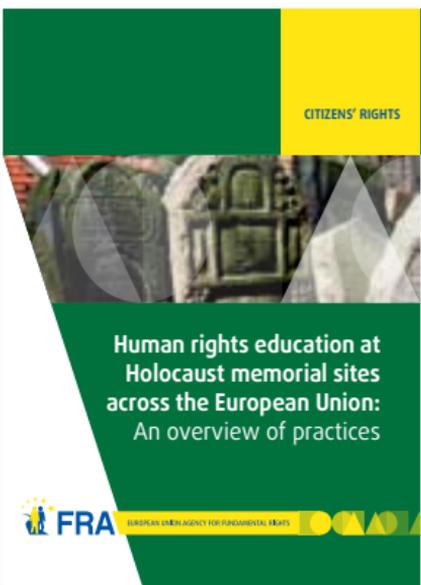
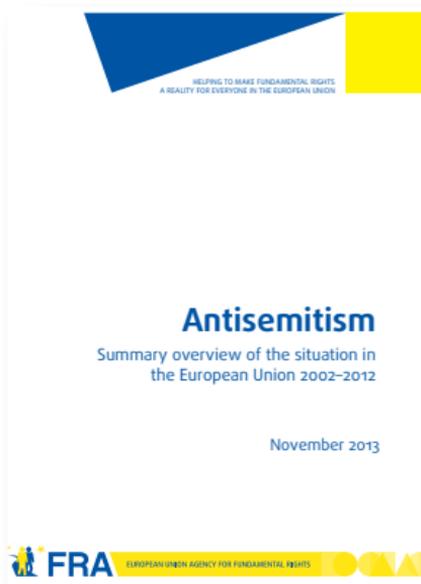
Wichtigste Ergebnisse

Im Folgenden werden einige der wichtigsten Ergebnisse hinsichtlich der Erfahrungen und Wahrnehmungen der rumänischen Befragten mit Hasskriminalität, Diskriminierung und Antisemitismus vorgestellt. Bei der Lektüre dieser Ergebnisse sollte stets die geringe Zahl der Antworten (n = 67) berücksichtigt werden.

- In Rumänien war die Hälfte der Erhebungsteilnehmer (53 %) der Auffassung, dass Antisemitismus in ihrem Land ein sehr großes oder ein ziemlich großes Problem darstelle. Ein ähnlich großer Anteil (50 %) der Befragten glaubte, dass der Antisemitismus in Rumänien in den letzten fünf Jahren zugenommen habe. Zwei von drei Befragten (69 %) waren der Meinung, dass der Antisemitismus im Internet in den letzten fünf Jahren zugenommen habe.
- Ein Viertel der in Rumänien Befragten (25 %) erklärte, in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum Opfer von verbaler Beleidigung, Belästigung und/oder körperlichen Angriffen geworden zu sein. Fast ein Drittel (30 %) der in Rumänien Befragten machte sich Sorgen, aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum in den zwölf Monaten nach der Erhebung Opfer von verbaler Beleidigung oder Belästigung zu werden.
- Etwa ein Drittel der in Rumänien Befragten (37 %) wurde in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung Opfer mindestens einer der im Fragebogen aufgeführten Formen antisemitisch motivierter Belästigung, während zwei von fünf Befragten (45 %) in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung Opfer eines solchen Vorfalls wurden.
- Jeder fünfte der in Rumänien Befragten erklärte, sich aufgrund seiner ethnischen Herkunft bzw. seiner Religion oder Weltanschauung diskriminiert gefühlt zu haben (jeweils 22 %).
- Zwei von fünf der in Rumänien Befragten wussten, dass es Gesetze gibt, welche die Diskriminierung von Juden beispielsweise bei Stellenbewerbungen verbieten (43 % der in Rumänien Befragten stimmten zu, dass es ein solches Gesetz gebe).
- Zwei Dritteln der in Rumänien Befragten (63 %) war bekannt, dass die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gegen Juden gesetzlich verboten ist.
- Drei Viertel der in Rumänien Befragten (76 %) kannten ein Gesetz, das die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust verbietet.



Weitere Informationen über die Datenerhebung der FRA über antisemitisch motivierte Vorfälle und Hasskriminalität sowie die Arbeiten der Agentur zum Thema Holocaust- und Menschenrechtsbildung sind in folgenden Veröffentlichungen verfügbar:



HELPING TO MAKE FUNDAMENTAL RIGHTS A REALITY FOR EVERYONE IN THE EUROPEAN UNION

Antisemitismus beraubt die jüdische Bevölkerung der Möglichkeit, ihre gesetzlich garantierten Rechte auf Menschenwürde, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie Nichtdiskriminierung wahrzunehmen. Obwohl die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten alles in ihrer Macht Stehende tun, sind kaum Anzeichen dafür erkennbar, dass die Beleidigung, Diskriminierung, Belästigung und sogar körperliche Gewalt, der Juden in der Europäischen Union (EU) in ihrem Alltag ausgesetzt sind, im Abnehmen begriffen ist. Ungeachtet dessen sind kaum Informationen über Ausmaß und Art antisemitisch motivierter Vorfälle verfügbar, auf die sich politische Entscheidungsträger stützen können, um wirksam gegen derartige Straftaten vorzugehen. Im Rahmen dieser Erhebung der FRA wurden erstmals in einer Reihe von Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich – vergleichbare Daten über die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus, Hasskriminalität und Diskriminierung zusammengetragen. Ihre Ergebnisse belegen eine beunruhigend starke Diskriminierung, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung und Bildung, eine weitverbreitete Furcht vor Viktimisierung und eine zunehmende Besorgnis angesichts des Antisemitismus im Internet. Indem ein Schlaglicht auf diese Straftaten geworfen wird, die nur zu häufig nicht gemeldet werden und damit unsichtbar bleiben, soll dieser Bericht dazu beitragen, ihnen ein Ende zu setzen.



Amt für Veröffentlichungen

FRA – AGENTUR DER EUROPEAN UNION FÜR GRUNDRECHTE

Schwarzenbergplatz 11 – 1040 Wien – Österreich
Tel: +43 158030-0 – Fax: +43 158030-699
fra.europa.eu – info@fra.europa.eu
facebook.com/fundamentalrights
linkedin.com/company/eu-fundamental-rights-agency
twitter.com/EURightsAgency



ISBN 978-92-9239-667-7



9 789292 139467